

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großschloß behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Belegheft. Telefon Sammelnummer 72206.	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Berlin in Leipzig. Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die Uebersicht, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg. Stellenangebote 10 Ggld. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Verwandten die Uebersicht Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamesätze 2 Mk. Inserate v. ausw.: die Uebersicht Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat. 50 Pfg. Reklamesätze 2.25 Mk.
--	---	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Zusteller, unsere Anzeigenschäfte und alle Postämter entgegen

Staatenkonflikt in Südamerika

Kriegspsychose in Bolivien

SPD London, 10. Dezember.

Wie aus La Paz gemeldet wird, hat die Regierung von Bolivien ein Angebot der mexikanischen Regierung, als Vermittler zwischen den beiden Staaten zu fungieren, abgelehnt. Die Regierung von Paraguay hat sämtlichen amerikanischen Staaten mit Einschluß der USA auf diplomatischem Wege eine Erklärung zugehen lassen, in welcher es heißt, daß sie jeden denkbaren Versuch gemacht habe, um gemäß den Entschlüssen des panamerikanischen Kongresses einen Konflikt zu vermeiden, daß die Regierung von Bolivien diese Versuche jedoch mit dem Abbruch der Beziehungen beantwortet hätte.

Die Hauptstadt von Bolivien, Asuncion, befindet sich nach den in London eingetroffenen Berichten im Banne einer wahren Kriegspsychose. Anlässlich einer dort abgehaltenen, von 4000 Personen besuchten Versammlung, soll der Präsident von Bolivien, Siles, erklärt haben, daß Bolivien bereit sei, wenn nötig, Krieg zu führen. Nach einer Reihe von weiteren aufreizenden Reden bolivianischer Abgeordneter nahm die Versammlung eine Entschlüsselung an, in der es heißt, die Bevölkerung von Bolivien stehe ohne Rücksicht auf Partei und Klasse hinter der Regierung bei ihren Bestrebungen, die Souveränität des Landes zu verteidigen. „Wir fordern“, so fährt die Resolution wörtlich fort, „die Regierung auf, mit der größtmöglichen Energie vorzugehen, bis Bolivien volle Wiedergutmachung für die Verletzung erhalten hat, die unserer nationalen Ehre zugefügt worden ist.“ Nach Schluß der Versammlung bildete sich ein von der Frau des Präsidenten der Republik geführter Demonstrationzug, der unter chauvinistischen Kundgebungen durch die Hauptstraßen zog.

Eine eigentümliche Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß am selben Tage 20 Vertreter von amerikanischen Staaten, darunter

je ein Delegierter von Bolivien und Paraguay, in Washington zusammengetreten sind, um einen gegenseitigen Schiedsgerichtsvertrag zu erwerfen, der den ewigen Frieden in der neuen Welt sichern soll.

Eine Vermittlungsaktion

SPD Berlin, 11. Dezember. (Radio)

Die panamerikanische Konferenz, die in Washington tagt, beschloß die Einsetzung eines Komitees zur Beratung über die Schritte, die zur beschleunigten Beilegung der Differenzen zwischen Bolivien und Paraguay getan werden können. Der Beschluß erfolgte einstimmig unter ausdrücklicher Zustimmung der Delegationen Bolivien und Paraguay.

Trotz dieses Völkerbundes!

WTB Lugano, 10. Dezember.

Der Grenzzwischenfall zwischen Bolivien und Paraguay wird in den Kreisen verschiedener Ratsdelegationen mit Interesse besprochen. Es sind Erwägungen im Gange, ob sich der Völkerbundsrat im Hinblick auf eine friedliche Regelung des Streitfalles an beide Parteien wenden könnte, die Mitglieder des Völkerbunds sind, wenngleich Bolivien seit Jahren nicht mehr an den Arbeiten der Bundesversammlung teilnimmt. In Bezug auf Gerüchte, die von einem bevorstehenden Schritt des Rats wissen wollen, ist jedoch festzustellen, daß sich dieser nur nach Anrufung durch eine der beiden Parteien mit der Angelegenheit befassen könnte. Eine solche Anrufung ist bisher nicht erfolgt. Eine weitere Möglichkeit wäre, daß eins der Ratsmitglieder auf Grund von Art. 11 des Pakts die Frage vor den Rat bringen würde, um diesen zunächst zu veranlassen, beide Parteien als Völkerbundsmitglieder an ihre durch den Pakt übernommenen Verpflichtungen zur friedlichen Regelung von Streitfällen zu erinnern.

Warum kein Arbeiterführer?

Die Zentrumsarbeiter unzufrieden

Das Organ der christlichen Gewerkschaften Der Deutsche schreibt in einem Aufsatz unter der Überschrift: „Warum kein Arbeiterführer?“ zu dem Zentrumsparteitag in Köln:

„Man mag es drehen, wie man will, die Arbeiterwähler des Zentrums sind mit dem Ergebnis der Führerwahl in Köln nicht zufrieden. Ueber all dem Her und Hin stand für sie die entscheidende Frage: Wird das Zentrum diesmal einen Führer aus ihren Reihen wählen oder nicht? Der Reichsparteitag hat gegen den Arbeiterführer gestimmt. Was heißt es, wenn die Zentrumspresse beschwörend schreibt, niemand dürfe darin eine Entscheidung sehen, die sich gegen die Person der anderen Kandidaten (Stegerwald, Joos) oder diejenigen Gruppen richtet, zu denen sie gehören. Sie vermag nicht zu überzeugen, zumal sie vor der Wahl ebenso beschwörend forderte: es dürfe kein Vertreter einer „Interessengruppe“ oder Schicht mit der Führung der Partei betraut werden. Es hatte einen offensichtlich tendenziösen Sinn, hier in einem Führer, der aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist, nur den Vertreter einer „Interessengruppe“ zu sehen. Und es war darin auch die Meinung und das Urteil ausgesprochen, ein Führer aus der Arbeiterklasse sei nicht imstande und fähig, die große Idee und Aufgabe der Zentrumsarbeit über die engeren Interessenpolitik der verschiedenen Wählergruppen zu stellen. Die Arbeiterklasse, die sich zum Zentrum bekennt, muß aber einer solchen Auffassung um so mehr entgegengetreten, weil sie und ihre Führer in den vergangenen Jahren weiß Gott zur Geltung bewiesen haben, daß sie, aus dem Geiste ihrer christlichen Weltanschauung heraus, den Räten und Aufgaben des Volksganzen, und damit allen Schichten, gerecht zu werden vermögen.“

Es ist darum nur allzu verständlich, wenn die Arbeiter in dem Ergebnis der Kölner Wahl nicht nur eine Zurücksetzung ihrer Führer, sondern auch eine Zurücksetzung ihres Standes erblicken. Sie müssen das höchst peinliche Gefühl haben, daß man ihnen und ihren Führern nicht das Maß von Vertrauen, Fähigkeit und gutem Willen zuzieht, das man sonst jeder Schicht und jedem Politiker, sei er Beamter oder Geistlicher, ohne weiteres zubilligt. Es werden bittere Gefühle ausgelöst, die mit ihren Wurzeln noch in jener Zeit stecken, wo man noch für den „vierten Stand“ besonders Wertschätzung hatte.“

Die arbeitertöndliche Einstellung des Zentrums wird hier von berufener Seite in einer Weise bekräftigt, wie es besser nicht geschehen kann und von autoritativer Seite noch nie geschehen ist.

Freie Bahn für die Große Koalition

Mit der Neuwahl des Parteivorstandes des Zentrums ist auch in dieser Partei die Situation für die bevorstehenden Verhandlungen über die formelle Stabilisierung der Großen Koalition im Reich geklärt. Wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus Zentrumstreifen erfährt, ist der neue Parteichef, der Abg. Kaas, als Anhänger der Großen Koalition zu bezeichnen. Es wird ihm auch ein besonderes Talent dafür nachgerühmt, ausleitend bei den verschiedenartigen Meinungsströmungen innerhalb des Zentrums wirken zu können.

Somit sei die Bahn für die Große Koalition im Reich freigemacht, und in parlamentarischen Kreisen sei man der Auffassung, daß die interfraktionellen Besprechungen, die am Mittwoch beginnen werden, aussichtsreich sind.

Das genannte Nachrichtenbüro schreibt weiter: Sobald dann im Reich, vermutlich zu Anfang des neuen Jahres, eine endgültige Regierung der Parteien von Breitscheid bis Schulz zustandekommen sein wird, werden in Preußen entsprechende Verhandlungen aufgeworfen. In beiden Fällen gilt als sicher, daß die Demokratie als die zahlenmäßig schwächste Fraktion auf einige Ministerposten verzichten müssen. Man rechnet im allgemeinen, um überhaupt einen Majorität für die Beteiligung an der Regierung zu haben, daß innerhalb der Großen Koalition auf je 30 Mandate ein Ministerposten zu entfallen habe.

Französisch-italienische Freundschaft

TU Lugano, 10. Dezember.

Wie von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist in der Besprechung zwischen Briand und dem italienischen Staatssekretär Grandi der Gedanke des Abschlusses eines Freundschaftsvertrages zwischen Italien und Frankreich erörtert worden. Man ist hierbei davon ausgegangen, daß zuerst die bereits seit längerer Zeit zwischen Frankreich und Italien schwebenden Verhandlungen über das Personalstatut der Italiener in Tunis und Tripolis zum Abschluß gebracht werden müssen. Sobald diese Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis gelangt sind, sollen die Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschafts- und Schiedsvertrages aufgenommen werden.

Der niedergeschlagene Aufstand

TU London, 10. Dezember.

Die afghanische Gesandtschaft in London hat eine Mitteilung erhalten, die eine offizielle Bestätigung der schweren Kämpfe bei Dschellalabad darstellt. Danach sind bei diesen Kämpfen 300 Afghändische getötet und 200 gefangen genommen worden. Die Shinwaris sollen nach der gleichen Mitteilung inzwischen um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten haben, die gegenwärtig noch im Gange sind. Die Unruhen erstrecken sich nicht allein auf die Shinwaris, sondern auch auf andere Stämme, die jedoch, wie man hofft, die Waffen strecken werden, sobald es zu einer Beilegung der Unruhen mit den Shinwaris kommt.

Wie aus Kabul gemeldet wird, haben die Regierungstruppen den Führer des afghanischen Stammes Rudejal gefangen genommen. Er wurde dem Militärgericht überstellt und sofort erschossen. Die Kämpfe zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen sind noch nicht beendet. Dschellalabad soll halb abgebrannt und die Bevölkerung nach Kabul geflüchtet sein. Die Kämpfe werden weiter fortgesetzt, und die Regierungstruppen hoffen, im Laufe der nächsten Woche in Afghanistan die Ruhe wieder herstellen zu können.

Die Stunde der Internationale

Von Ernst Reinhard-Bern.

In Genf geht das Komitee, das der Völkerbund eingesetzt hat, um Vorschläge zur Bekämpfung des Waffenhandels zu machen, auseinander, nachdem Graf Fernstorff festgestellt hatte, daß wiederum nichts erreicht worden sei. Zur gleichen Zeit versammeln sich in Lugano die Mitglieder des Völkerbunds-Rates, um zu Fragen Stellung zu nehmen, von denen der Weltfrieden zu einem guten Teile abhängt. Demonstrierte sich im Waffenhandelsverbot reichlich der schlechte Wille vor allem der imperialistischen Kolonialstaaten, die ihre Geheimpolitik erst wirksam unterstützen können, wenn sie Waffen zu nutzlosen Umständen — nutzlos für die aufständischen Völker — liefern so tritt der Völkerbundsrat in einem Augenblicke zusammen, da sich der schlechte Wille der Beteiligten bisher in mancherlei öffentlichen Demonstrationen unverhüllt ausgedrückt hat.

Der Völkerbundsrat soll über die Räumung des Rheinlandes wenigstens diskutieren, das ist die allerbedeutenste Hoffnung, die man an diese mit vielem Pomp eingeleitete Tagung knüpfen darf. Aber wir wissen zur Stunde noch nicht, ob wenigstens so viel guter Wille vorhanden ist, um dieses Problem auch nur zur Erörterung zu stellen; und wenn es wirklich erörtert werden soll, so geschieht es in dem durchaus nationalistischen und gefährlichen Geiste, in dem es von Briand und Chamberlain vor ihren Parlamenten erörtert worden ist. Es kann fast mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß der englische und der französische Außenminister die Räumungsfrage von der Reparationsfrage abhängig machen, daß also das Rheinland weiter als Pfand für eine genügende Erfüllung der Reparationspflicht betrachtet und demnach behandelt wird.

Wenn die Rheinlandbesetzung unmittelbar nach Kriegsschluß beschlossen wurde, so geschah das aus dem Geiste der Rache und der kurzfristigen militärischen Politik heraus. Die Welt durfte hoffen, daß die Methoden der Diplomatie sich so gründlich geändert hätten, daß sie endgültig auf den Krieg als Mittel der diplomatischen Auseinandersetzung verzichte. Wir haben den großen Aufwand um den Kellogg-Pakt eben hinter uns, jenes feierliche Versprechen, daß man internationale Konflikte nicht mehr mit Bajonetten, sondern durch Richter erledigen wolle. Nicht der General sollte zukünftig international Recht sprechen, sondern der gerecht denkende Richter. Was wir heute, wenige Wochen nach der Unterzeichnung dieses Kriegsschlichtungsvertrages erleben, das ist die vollständige Wiedereinsetzung des Kriegs in seine alten Rechte. Es ist durchaus möglich, daß sich infolge dessen in diesen Tagen die Meinungen über neue Kriegsrüstungen geradezu häufen. Auf die unerhörte Rede Fabrys in Paris folgt die Botschaft Coolidges und folgen die Worte Vorahs, die sich für die neue Kreuzerrüstung der Vereinigten Staaten aussprechen. Völlig unbekümmert um die Folgen, die wir einst alle tragen werden, geschieht diese Götterverehrung der Armeen und der Generale, die allein imstande sein sollen, die internationalen Schwierigkeiten durch ihre Mittel zu lösen. Ihr Mittel aber bleibt die Erpressung. Es ist nichts anderes als Erpressung, was sich heute die pazifistische Politik Briands und Chamberlains leistet; die Folge ist eine geradezu verheerend wirkende Mißachtung des Schiedsgerichtsgedankens, zu dem sich die Arbeiter-Internationale auf ihrem Kongreß in Brüssel mit aller Entschiedenheit bekannt hat, ist eine Verhimmelung des nationalistischen Gedankens und seine künstliche Großtät.

Die Lösung der internationalen Probleme ist fast völlig in den Händen von Leuten, die aus dem bürgerlich-kapitalistischen Lager stammen, und die, wenn sie auch einmal ein Lippenbekenntnis zum Schiedsgerichtsgedanken ablegen, im Herzen doch stille Anbeter und glühende Verehrer der militaristischen Lösungen geblieben sind. Die ganze Lösung des Reparations- und des Rheinlandproblems geschieht in völliger Gegensatz zu den Prinzipien, zu denen sich die Arbeiter-Internationale in Brüssel bekannte.

Die Regierungen aller Länder haben sich zu dem Grundsatz der Gewalt und der Erpressung nach wie vor bekannt und sind in diesem Geiste nach Lugano gegangen. Es sind die Regierungen des Bürgerturns, vielfach diejenigen rein imperialistischen Staaten, auf jeden Fall Regierungen, die in ihrer ganzen Auffassung die sozialistische Doktrin entschieden ablehnen. Und da erhebt sich die Frage, ob die Arbeiterklasse zugeben darf, daß eine so bedeutende, für ihre ganze Zukunft vielleicht vielleicht entscheidende Frage in einem Geiste gelöst werde, den sie als verhängnisvoll für die ganze Welt vor kurzem gebrandmarkt hat. Darf die Arbeiterklasse und darf ihre Internationale zugeben, daß über die Zukunft Europas in einem solchen Geiste entschieden wird, ohne daß sie wenigstens den Versuch gemacht hätte, für ihre eigene Auffassung zu kämpfen?

Wir gehören zu denen, die von den Ergebnissen des Brüsseler Kongresses nicht reiflos begeistert waren. Aber wenigstens in einer Frage war die Internationale konsequent: Sie hat sich gegen den Geist der militaristischen Gewalt gewendet und den Schiedsgerichtsgedanken überall verfochten. Dieser Gedanke steht heute in Gefahr. Friedrich Adler hat die Internationale einmal gegenüber ihren Angreifern als Internationale

des täglichen Gebrauchs bezeichnet. Das war sicherlich bescheiden, aber sie beweist heute, daß sie wenigstens das ist. Tausende von Arbeitern erwarten von ihr, daß sie den Weg zeige, der zur Lösung der Reparationsfrage und der Rheinlandfrage führt. Sie kann das, wenn sie zum allermindesten durch ihre Exekutive erklären läßt, daß die Rheinlandbesetzung nicht mehr mit der Reparationsfrage verknüpft werden dürfe, daß die Frage der Wiedergutmachung der Kriegsschäden einem internationalen Schiedsgericht übertragen werden sollte, und daß alle Handlungen, welche im Zusammenhang mit ihr zu neuer nationalistischer Verhetzung der Völker führen, mit aller uns zur Verfügung stehender Gewalt bekämpft werden müssen. Sie muß dafür sorgen, daß für diese einfachen und schlichten Gedanken durch große Massen demonstationen in England, Deutschland, Frankreich und in allen anderen Ländern der Internationale erhoben werden; sie muß den Druck der Massen hinter die Regierungen setzen, damit diese einsehen, daß nicht nur Soldaten, sondern auch Arbeiter sich um internationale Probleme kümmern. Will die Internationale eine Kraft im internationalen Leben der Völker sein, so muß sie lehr bewiesen, daß sie es auch sein will. Ihre Stunde hat geschlagen — sie zeige, daß sie ihr gewachsen ist.

Friedensmanifest der Liberalen

London, 10. Dezember.

Von der liberalen Parteileitung wird ein von Lloyd George und dem Vorsitzenden der liberalen Partei, Sir Herbert Samuel, unterzeichnetes Manifest über die Friedens- und Abrüstungspolitik der Liberalen veröffentlicht. Das Manifest verlangt vollständige Ausschaltung des Krieges als ein Mittel zur Befriedung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Nationen, sofortige und weitgehende Beschränkung und Herabsetzung der Rüstung und unparteiliche Durchführung der Friedensverträge mit Unterstützung des Völkerbundes als den Schiedsrichter für internationalen Frieden und Ordnung unter Ablehnung von Sonderklauseln und Bündnissen. Sofortige Unterzeichnung der optischen Klausel des Schiedsgerichtes, und daß Großbritannien sich verpflichtet, alle internationalen Streitigkeiten rechtlicher Art dem Gerichtshof zu unterbreiten, Annahme einer allumfassenden Schiedsgerichtsbarkeit für friedliche Befriedung der entstehenden internationalen Konflikte, Verzicht auf alle Ideen eines Flottenwettbewerbes mit den Vereinigten Staaten und energische Unterstützung aller Bestrebungen für Sicherung des internationalen Freihandels.

Protest gegen den Militarismus

SPD Paris, 11. Dezember.

Die französische Liga für Menschenrechte hielt Montagabend eine Protestkundgebung gegen die französischen Rüstungsausgaben im Budget ab. Eine Anzahl von Militärschlechtern der patriotischen Jugend suchte vergeblich die Redner am Sprechpult zu hindern. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß das Budget für 1920 eine sehr beträchtliche Erhöhung der Militärausgaben bringt, die als nichts anderes angesehen werden könnte, als ein Wiederaufwachen des alten Militarismus. Die öffentliche Meinung in Frankreich müsse unbedingt auf der Hut bleiben, damit nicht wieder ein Rüstungswettlauf begünne, der den geheiligten Versprechungen gegenüber den Toten des Weltkrieges wie auch gegenüber den neuen Nachkriegsgenerationen widerspreche.

Der kleine Mussolini

III Romno, 10. Dezember.

Ministerpräsident Woldemaras, der am Sonntag nach Lugano zur Ratstagung gereist ist, hielt im Offiziersstabs eine geharnischte Rede, in der er gegenüber den polnischen Eroberungsabsichten und den Verhandlungen über den litauisch-polnischen Konflikt in Lugano die litauische Armee aufrief, bereit zu sein, die Freiheit Litauens bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen. Die Einsetzung einer Experten-Kommission in ganz bezeichnete Woldemaras als eine leere Drohung, da die Vorschläge einer solchen Kommission nach dem Völkerbundsvertrag nur mit Zustimmung Litauens durchgeführt werden könnten. Keine Macht könne Litauen zwingen, die polnische Hand anzunehmen, an der das Blut der bei dem räuberischen Einfall Joligowski Gefallenen fließe.

Rundfunk und Krieg

Eine Probemobilisierung im Rundfunk

Wie die Zeit-Notizen erfahren, plant die Reichspost, in der nächsten Zeit beim Rundfunk Durchschlags- und Störungsversuche vorzunehmen. Es soll von einigen Sendern festgestellt werden, wie weit das Wellenband anderer Sender überlagert werden kann. Zur Vornahme dieser Messungen sind die großen Sender von Königs-Wusterhausen, Berlin, Hamburg und Langenberg herstimmt. Die Radiohörer werden dann nicht die angelegten Borträge hören, sondern was die Reichspost will hören, das, was bei ihren Versuchen herauskommt. Als Zweck wird die Prüfung der Selektivität der Empfänger angegeben. In Wahrheit handelt es sich darum, auch in der Praxis zu erproben, wie weit man mit den großen Sendern die kleinen überdecken kann. Die genannten Sender sind von einer Stärke, die die anderen um ein mehrfaches übertrifft, auch die des Auslandes. Schon heute macht der Sender von Gleiwitz Sendungen aus Polen und der Tschchoslowakei tot, so oft es ihm beliebt. Und das ist der Zweck der Uebung: den deutschen Radiohörer von den Auslandsnachrichten abzumitteln. Im Falle eines Krieges nicht nur, sondern auch für die Zeit der patriotischen Vorbereitung zum Kriege ist das die spezielle Aufgabe der großen Sender.

Macdonald über die Arbeiterpartei

SPD Paris, 10. Dezember.

Am Montag hielt der englische Arbeiterführer Macdonald in Paris einen Vortrag über die gegenwärtige Lage der englischen Arbeiterpartei. Einleitend erklärte Macdonald, er habe nicht im geringsten die Absicht, zu den gegenwärtig zwischen den Locarno-entworfene gegenseitigen Verhandlungen aktiv Stellung zu nehmen. In der dann folgenden Schilderung suchte Macdonald im einzelnen den Beweis zu erbringen, daß der Charakter der Arbeiterpartei ein durchaus revolutionärer sei und es sich für sie vor allem darum handle, die Produktion in geschlossener Weise in den Dienst der modernen Gesellschaft zu stellen. Den letzten Teil der Rede bildete eine Vorlesung der außenpolitischen Grundzüge der Arbeiterpartei, die unter Ausschaltung der ständigen Furcht vor dem Präsidentenwahlkriege die schrittweise Entwaffnung fordere.

Der chinesische Zolltarif ist nach einer Havas-Meldung aus Hanking vom Staatsrat angenommen worden.

Zwischen Frühstück und Mahlzeit

Nichts los in Lugano

SPD Lugano, 10. Dezember.

Mit Mitglieder des Völkerbundesrates sind sich schicklich darin einig, den regulären Charakter der Luganeser Tagung zu betonen. Briand entledigte sich am Montag nach Eröffnung der 58. Tagung seiner Pflicht als Präsident, Stresemann, Chamberlain und den Rumänen Titulescu zu ihrer Genesung zu beglückwünschen, mit wenigen freundschaftlichen Worten; ebenso kurz fiel sein Dank an Lugano für die herzliche Aufnahme aus. Darauf wurden in schneller Folge wie üblich diejenigen Punkte der Tagesordnung behandelt, die mit Kenntnisnahme oder Vertagung zu erledigen sind.

Der Mandatsbericht wurde auf die folgende Tagung verschoben, da die Mandatskommission erst im November getagt hat. Im Optimalzustand wurde auf die am 16. Dezember in Wien beginnenden direkten rumänisch-ungarischen Verhandlungen hingewiesen, wobei der Rat an die beiden Staaten den Appell richtete, sich zu einigen. In der Frage der Verminderung der Ratstagungen soll in der nächsten Vertikung ein Beschluß durch die Völkerbundsversammlung herbeigeführt werden. Auswählend lautete die Entscheidung über die Frage der Vorklausur bei Anfragen an den Internationalen Gerichtshof. Die Ratsmitglieder wollen diese Frage erst einmal „persönlich studieren“.

In Besprechungen, die Stresemann und Chamberlain abhielten, wurde ebenfalls betont, daß die Erledigung der ordentlichen Tagesordnung die Hauptsache darstelle. Chamberlain äußerte, daß man über die Methode der Berufung der Reparations-experten in der Hauptsache einig sei und noch bestehende Meinungsverschiedenheiten freundschaftlich regeln werde. Ueber die Reparationsfrage werde nicht in Lugano, sondern auf der Expertenkonferenz verhandelt. Wichtigkeit mit dieser oder sofort nach der Expertenkonferenz müsse „die andere Frage“, die der Räumung, erledigt werden. Von deutscher Seite wird die Notwendigkeit eines energischen Versuchs zur Lösung des litauisch-polnischen Streites betont. Der gegenwärtige Zustand berge die Gefahr von Komplikationen in sich. Darüber ist sowohl zwischen Briand und Stresemann wie in der Unterredung, die Stresemann am Montagabend

mit Chamberlain hatte, gesprochen worden. Im übrigen bildete die Unterhausklärung Chamberlains über den juristischen Anspruch Deutschlands auf Räumung das Hauptthema der 14stündigen Unterhaltung mit Stresemann. Chamberlain betonte, daß die juristische Seite der Angelegenheit nichts an Englands politischem Eintritten für kaldbige Räumung ändere.

Eine Havasmeldung, daß Stresemann und Briand über das Marinekompromiß gesprochen hätten, wird von deutscher Seite demontiert. Der italienische Unterstaatssekretär Grandi hat Stresemann um eine Unterredung ersucht.

Vor der Antwort Frankreichs

SPD Paris, 11. Dezember.

Der englische Botschafter in Paris hat gestern erneut beim Ministerpräsidenten Poincaré vorgeschlagen und ihm dabei die Zustimmung der englischen Regierung zu dem französischen Antwortentwurf auf die deutsche Demarche vom 30. Oktober zum Ausdruck gebracht. Allerdings soll er einige Reserven gemacht haben, die jedoch, wie von französischer Seite versichert wird, rein formaler Natur seien.

Rezinay erklärt im Echo de Paris, daß Poincaré seinen Antwortentwurf durch die Vermittlung des Generalsekretärs Parker Gilbert auch der Reichsregierung zur Kenntnis gebracht und ihre vorherige Zustimmung dazu erbeten habe.

Kriegsvorbereitungen

WTB London, 9. Dezember.

Eine Flottille von dreimotorigen Ganzmetall-Flugbooten für die neue Flugbootflotte des Britischen Reiches in Costa ist fertiggestellt worden. Es wird zu Kreuzer dorthin fahren, um die Kriegsschiffe bei ihren Patrouillenfahrten im Westlichen Meerbusen zu unterstützen. Die Flugboote sind so groß, daß sie je ein kleines Boot mitzuführen vermögen, das ihm Mann Besatzung aufnehmen kann, um die Verbindung mit der Küste herzustellen.

„Die Verantwortung für alles“

SPD Berlin, 11. Dezember (Radio).

Eugenberg hat seine Leute in den Vorstand der Deutsch-nationalen Partei gebracht. Seine Gegner bleiben auf der Strecke. Herausgewählt wurden:

Der bisherige außenpolitische Sachverständige der Deutsch-nationalen, Professor Hoehlich, der Arbeitnehmersprecher Lambach, der Wirtschaftspolitiker Dr. Lejeune-Jung, der in dem Konflikt Lambach für diesen Partei genommen hat, ebenso der bisherige „politische Beauftragte“ Tredtranz sowie der frühere deutsch-nationale Innenminister Dr. v. Reudell.

Das Blatt des Grafen Westarp, die Kreuzzeitung, nimmt von der Diktatur Eugenbergs Kenntnis, indem sie ihm seine Verantwortlichkeit vorrechnet:

Den Vollmachten, die dem Parteivorstand damit in die Hände gegeben sind, entspricht naturgemäß die Verantwortung, die auf ihm lastet. Er hat für alles gerade zu stehen, was unter seiner Führung politisch geschieht, eine Verschlebung von Verantwortlichkeiten nach beliebiger demokratisch-parlamentarischer Methode ist nicht möglich. Und wir hoffen, daß die Deutsch-nationale Partei auf dem nunmehr eingeschlagenen Wege die Ueberdemokratisierung und Ueberbureaufkräftigung, die sich auch bei ihr einzutreffen drohte, zu überwinden in der Lage ist.

Aus dem Appell an die Verantwortlichkeit spricht eine nur schlecht verheißene Schadenfreude darüber, daß der große Mann im Schatten nun im Lichte der Öffentlichkeit mit voller Verantwortlichkeit „selben Dreck alleine“ machen muß. Man läßt die Hoffnung auf den großen Verfaller und denkt unwillkürlich an die Sätze, die der Vormalige Eugenberg ins Stammbuch geschrieben hat:

„Eugenberg, der bei der Umbildung der Deutsch-nationalen Volkspartei vorsichtig im Hintergrund zu bleiben gedachte, ist mit List und Bosheit in den Vordergrund gewählt worden und macht nicht den Eindruck eines besonders erleuchteten und kampfbereiten Mannes. Wir sind sehr gespannt, auf welche Weise er seine Ziele unermittelt lassen wird.“

Die Westarp-Deute haben ihre Erfahrungen mit der Parteidiktatur nach dem Motto „Der Graf hat befohlen“, und sie denken an den Tag, an dem man den neuen Diktator durch Ausschließen von den Sigen ehren wird — nach der Abjagung.

Diktator Eugenberg



„Und stabilisiere ich meine Parteidiktatur wie einen Felsen von — Bronze.“ (Zitiert nach Friedrich Wilhelm L.)

Warum so schweigsam?

Der Sozialdemokrat schreibt: Die Entlassung des Landrats von Elisa stellt keinen Schlußstrich unter die Vorgänge von Kirchheim. Nicht die Tatsache, daß ein Landrat diese Vorgänge nicht pflichtgemäß unterbreitet hat, hat die starke Beunruhigung der Öffentlichkeit hervorgerufen, sondern die Vorgänge selbst. Die Öffentlichkeit verlangt, daß darüber volle Klarheit geschaffen wird, sie will wissen, was die zuständigen Behörden veranlaßt haben. Der Besuch des Nationalsozialisten Strasser im Wehrkreiskommando Rassel hat die Öffentlichkeit geradezu zu der Frage gezwungen, ob Reichswehrstellen bei diesen Vorgängen beteiligt sind. Es handelt sich nicht nur um die Vorgänge im Kreise Kirchheim selbst, vielmehr vor allem um gleiche Vorgänge in Thüringen, namentlich in Oberhof.

Der Reichswehrminister würde gut beraten sein, wenn er diese Angelegenheit mit größter Eile, aber auch mit größtem Freimut erledigen würde. Sind Verfehlungen vorgekommen, so ist es am Platze, die notwendigen Maßnahmen in aller Öffentlichkeit mitzuteilen. Glaubt der Reichswehrminister, daß die Beunruhigung der Öffentlichkeit grundlos sei, so würde eine begründete Erklärung angebracht sein. Ein Schweigen des Reichswehrministers würde die starke Unruhe über diese Vorgänge nur vergrößern.

Und was sagt denn das Reichskabinett zu diesen Dingen?

95 000 Mark für eine Ministerwohnung

Was Dr. Köhler dem Reich kostet

SPD Am Montag wird sich ein Unterausschuß des Hauptauschusses des Reichstags u. a. auch mit den Ausgaben für die Einrichtung einer Dienstwohnung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Köhler beschäftigen. Der im Etat 1927 für die Herstellung dieser Wohnung vorgesehene Betrag von 50 000 Mark ist um 45 000 Mark überschritten worden, so daß die Gesamtkosten der Köhlerschen Dienstwohnung rund 95 000 Mark betragen.

Der Betrag von 95 000 Mark für die Einrichtung von 5 Zimmern ist mehr als reichlich. Immerhin überlassen wir es zunächst dem Zentrum, Herrn Köhler zur Rechenschaft zu ziehen und festzustellen, wieweit er selbst für die Uebersteigerung der Ausgaben verantwortlich zu machen ist. Uns interessiert einzig und allein, ob die Einrichtung der Köhlerschen Dienstwohnung wirklich in ihrem Werte den ausgegebenen 95 000 Mark entspricht, und da haben wir allerdings gewisse Zweifel. Oder seit wann kostet — um nur einige Beispiele zu nennen — eine kleine Krümmelkronen 4170.80 Mark, seit wann beträgt der reguläre Preis für zwei Korbesseln 500 Mark und seit wann sind für die Bekleidung einer Bediente-Laterne 100 Mark zu entrichten? Alle anderen Gegenstände in der von dem früheren Reichsfinanzminister eingerichteten Wohnung scheinen ebenfalls viel zu teuer gekauft worden zu sein.

Angeichts dieser einwandfreien sachmännlichen Feststellung scheint es notwendig, die Bekaffung von Möbeln für das Reich in Zukunft unter eine starke Kontrolle zu stellen. Das Reichsfinanzministerium sollte deshalb bald entsprechende Maßnahmen ergreifen und so von künftigen Geschäften den Köhler-Glauben von vornherein ausschließen.

Wilhelm der Steuerscheue

SPD Amsterdam, 10. Dezember.

Auf eine parlamentarische Anfrage der niederländischen Sozialdemokratie über die dem Gelehrten im Laufe der letzten Jahre mehrfach gewährte Stundung von Steuern erklärte die holländische Regierung, daß diese Stundung wegen der unrichtigen finanziellen Lage des Flüchtlings von Daarn gestattet worden sei. Die öffentliche Meinung der Niederlande betrachtet diese Maßnahme der Regierung als einen Skandal, zumal sich jetzt herausstellt, daß es sich nicht um eine Stundung, sondern um eine Befreiung von den verhältnismäßig hohen Steuern handelt.

Der bürgerliche Telegraaf schreibt dazu, daß die niederländischen Steuerzahler sich nunmehr mit dem größten Interesse die Frage vorlegen können, seit wann die Unschärfe der finanziellen Lage Anspruch auf Befreiung von steuerlichen Veranlagungen gewährt. Zehntausende von Steuerzahlern befinden sich in Unschärfe wegen ihrer finanziellen Lage, würden aber doch auf die unerbarmlichste Weise wegen ihrer Steuerhuld verfolgt. Die Steuerbefreiung des Kallers sei jedenfalls eine Befreiung des Billigkeit- und Rechtsbewußtseins.

„Freiheit der Meere“ gegen Stützpunkt-politik

Die englisch-amerikanischen Flottenkonferenzen

Die politische Debatte „Freiheit der Meere“ findet heute im weiten atlantisch-pazifischen Raum und angesichts der amerikanisch-britisch-japanischen imperialistischen Dreiecksstellung erneut entscheidende politische Bedeutung. Klar und gefährdend liegt der Ausgang des Weltkriegs die beiden aktiv imperialistischen Mächte der Gegenwart, die USA und Japan, die Forderung nach Gleichberechtigung an der Herrschaft über die Meere zu politischen Zielsetzungen verbunden und sie zum Angriff auf die britische Monopolstellung sich formieren. Die Tendenzen erwachsen, deren Konsequenzen politische Verwirklichung zu unabsehbaren Katastrophen, zu dreifachem erbittertem Ringen um die Behauptung und um die Erzwingung der maritimen Vorherrschaft führen müssen.

Die Strukturwandelungen der beiden angelsächsischen Mächte unter den Wirkungen des großen Krieges — enorme materielle Verluste und erhebliche Prestigeabnahmen einerseits, zur Expansion zwingende riesenhafte ökonomische Steigerung und moralisch-nationale Selbstbehauptung andererseits — mußten notwendigerweise maßgebende richtungspolitische und maritime Gegenstände ergeben. Und diese Gegenstände werden in erhöhtem Maße verwickelt durch die Verschiedenartigkeit der geographischen Charaktere der beiden großen Staatswesen, die speziell in den maritimen Sphären, kaum je reiflos lösbarer internationalen Flottenproblemen ihre Auswirkung finden.

Wenn die Ergebnisse der Konferenz von Washington von 1921, die der Genfer „Coolidge“-Konferenz von 1927 und schließlich der zuletzt des englisch-französischen Flottenkompromisses vom Sommer 1928 zusammenfassbar sind in der Formel: England für Behauptung der Kreuzertypen von 10 000 und mehr Tonnen, für Freilegung der kleineren Klassen, USA für große Kreuzer mit schwerer Bewaffnung, so vor allem deshalb, weil die naturgegebenen Eigenheiten der beiden Mächte deren unterschiedliche maritime Bedürfnisse klar und eindeutig bedingen.

Die auf dem Gedanken der Erhaltung der Reichseinheit basierenden britischen Sicherungsbestrebungen der Nachkriegszeit müssen bei der tiefsten Verknüpfung mit den geographischen Besonderheiten des Empires unvermeidlich mit den jungen imperialistischen Zielsetzungen der USA zusammenstoßen. Der über sämtliche Kontinente sich erstreckende Herrschaftsbereich Großbritanniens muß deshalb nicht allein in territorial-machtpolitischer Hinsicht eventuelle Ausdehnungsmöglichkeiten der USA begrenzen, sondern auch strategisch deren Position dann erheblich herabmindern, wenn gewisse Differenzen zwischen der alten und der jungen angelsächsischen Macht sich verschärfen sollten. Das Rückgrad des britischen Weltreichs, das hervorragend organisierte System von maritimen Stützpunkten, von Kohlenstationen, Kabelpunkten und Basisstationen garantiert schließlich nicht allein die innere Stabilität des Reiches, sondern erhöht dessen strategische Bedeutung und verringert durch dessen monopolartigen Charakter die politischen Chancen seiner Rivalen. Hier liegen die Ausgangspunkte der britischen Forderung nach kleineren, beweglichen, für den Wendeverkehr bestimmten Kreuzertypen.

Die kontinental gebundenen USA verfügen hingegen weder über ein mit dem britischen irgendwie vergleichbares Stützpunktsystem — die Besitzungen im Karibischen Meer, in Mittelamerika, im Pazifik, der Südpazifik und in der Nähe des asiatischen Festlandes werden doch ausschließlich von britischen Gebieten blockiert — noch über die geographische Spannweite Großbritanniens. Wohl vermag der USA-Imperialismus durch die Methoden finanzieller Durchdringung in einem gewissen Maße die britische wirtschaftlich-politische Vorherrschaft über einzelne Gebiete zu beschränken. Trotzdem aber ist es ihm bisher kaum gelungen, jenen Grad tatsächlicher Herrschaftsmacht zu verwirklichen, der für britische Verhältnisse charakteristisch ist. Und nicht zum wenigsten mögen wohl gerade diese Bedingungen maßgebend die heutige vorwiegende Behauptung des imperialistischen Vorstoßes auf den eigenen Kontinent — speziell Mittel- und Südamerika — bestimmt haben. Da die bisherigen Flottenkonferenzen eine sachliche Einigung weder zwischen den beiden angelsächsischen Mächten, noch zwischen diesen und Japan erbrachten, die offiziellen Begriffe der nationalen Verteidigung der USA aber gleichbedeutend sind mit einer Angleichung an den Flottenstand Großbritanniens, und zwar unter Forderung großer Kreuzertypen mit schwerer Bewaffnung, muß das maritime Wettstreiten aufs schärfste forciert werden. Freilich, auch hier gibt es Grenzen. Die rückhaltlose Verfolgung der überhöhten Ziele der „Freiheit der Meere“ muß letztlich zur Katastrophe führen, die trotz aller äußeren Gegenstände doch bestehende innere Verwandtschaft imperialistischer Mächte aber schließlich zur kollektiven Handlung, zum Kompromiß zwingen!

Die amerikanischen Wahlen

Ein Überblick über das Ergebnis der amerikanischen Wahlen wird erst in einigen Wochen endgültig möglich sein. Vor allem wird die genaue Feststellung der Gesamtstimmenzahl der Sozialistischen Partei erst spät erfolgen. Jedenfalls läßt sich aber bereits heute sagen, daß die Zahl von rund einer Million Stimmen, die Eugen Debs im Jahre 1920 erreicht hat, nicht wieder erlangt worden ist. Ein Vergleich mit 1924 ist nicht möglich, da damals kein eigener sozialistischer Kandidat aufgestellt wurde und die sozialistischen Wähler für La Follette stimmten. Ganz besonders bemerkenswert ist der Verlust des Kongressmandats von Viktor L. Berger, der in Wisconsin in Gefangenschaft wurde. Es gelang ihm zwar, seine Stimmengruppe gegenüber dem letzten Wahlgang um 18 000 zu erhöhen. Aber andererseits ist die Gesamtstimmengruppe im Wisconsin um ungefähr 80 000 gesunken, was auf die politische Erregung des Kampfes zwischen Republikanern und Demokraten zurückzuführen ist. Außerdem hat auch der technische Wahlapparat verlagert, weil nicht genügend Stimmzettel vorhanden waren. Die Differenz, mit der Viktor Berger in der Minderheit geblieben ist, beträgt 2388 Stimmen. In Kenosha erhielt der sozialistische Präsidentschaftskandidat Norman Thomas nicht ganz 60 000 Stimmen. Die zwei anderen proletarischen Präsidentschaftskandidaten erhielten zusammen rund 11 000 Stimmen, wovon auf den kommunistischen Kandidaten 8649 entfielen. Die Sozialistische Partei ist daher in Kenosha, aber auch im ganzen Land, weitaus die stärkste der proletarischen Parteien. Der neue Senat wird 55 Republikaner (bisher 40), 39 Demokraten (45) und 1 Bauern-Arbeiter-Vertreter umfassen. Das Abgeordnetenhaus besteht nunmehr aus 263 Republikanern (287), 165 Demokraten (165) und 1 Bauern-Arbeiter-Vertreter (2). Die Sozialistische Partei, die bisher durch einen Abgeordneten vertreten war, wird nunmehr kleinerer Vertretung im Parlament haben.

Anruhe im Bedisch-Gebiet

II London, 10. Dezember.

Nach Meldungen aus Jerusalem haben sich zwei der mächtigsten Stämme des Bedisch gegen König Ibn Saud erhoben. Man befürchtet, daß sich die Bewegung auf ganz Arabien ausdehnen werde. Die britischen Luftstreitkräfte und Wagnerswagen-Abteilungen in Transjordanien befinden sich in Alarmbereitschaft.

Märtyrer der Revolution

18 Jahre im Zuchthaus

(P.G.) Am 14. November waren es 18 Jahre, seitdem Simon Radowitsch im Kerker in Ushuala (Festland) wegen eines im Jahre 1900 verübten Attentats gefangen gehalten wird. S. Radowitsch ist gebürtiger Russe. Seit früherer Jugend Revolutionär, kam er als Emigrant nach Argentinien. Im Jahre 1900 wurde in Buenos Aires die 1. Madriemonstration blutig erdrückt; es wurde wahllos die demonstrierenden Massen hineingeschossen, wobei mehrere Personen getötet und eine große Anzahl schwer verletzt wurden. Verantwortlich für dieses blutige Ereignis war der damalige Polizeichef von Buenos Aires, Colonel Ramon E. Falcon, der in seinem Amte stets als der erbitterteste Feind der sozialistischen Organisationen auftrat. Der damals 19 Jahre alte Simon Radowitsch sah den Entschluß, das Verbrechen und die Ungerechtigkeiten, die die Arbeitermassen zu tragen hatten, zu rächen und tötete den Polizeichef Falcon. Radowitsch, der zugleich das Attentat begangen zu haben und die Verantwortung auf sich nahm, wurde daraufhin verurteilt und befindet sich nun seitdem im Zuchthaus, wo er unerbittliche Leiden zu ertragen hat. Die argentinische Arbeiterschaft betrachtet Radowitsch als einen Märtyrer für ihre Sache und versucht wiederholt, seine Freilassung zu bewirken. Diese Bemühungen blieben bis jetzt erfolglos. Nun, da seit seiner Einlieferung 18 Jahre vergangen sind, hat die argentinische Arbeiterschaft den Kampf um die Freilassung Radowitschs wieder aufgenommen und das internationale Proletariat wird sich einmütig, ohne Rücksicht auf parteipolitische Differenzen, die Forderung nach der Freisetzung Radowitschs zu eigen machen, der als neunzehnjähriger eingekerkert wurde und nun 18 Jahre als lebendig Begrabener sein Dasein fristet.

In den Gefängnissen der GPU

(P.G.) Das Mitteilungsblatt der russischen Sozialdemokratie, IZSW, bringt folgenden Bericht über die Lage in den Sowjetgefängnissen.

Die beiden Moskauer Gefängnisse, die der GPU unterstehen (das Lubjansk und das Butyrki-Gefängnis) sind bis zum äußersten überfüllt. Man schläft in einem wahren Kauduel durcheinander, die Strohmatten und die Decken sind mit Ungeheuer über und über bedeckt. Das Essen ist sehr schlecht; das Brot nicht durchgebacken, mit irgendwelchen unverbäulichen Beimischungen, und dann gibt es eine Brühe mit faulen Kartoffeln oder Fleischabfällen. Die politischen Gefangenen werden von den inhaftierten kriminellen erst etwa zwei Wochen

nach der Einlieferung und auch dann nur auf ausdrückliches Verlangen getrennt. Unter den politischen Gefangenen sind viele Arbeiter und Bauern. Auch viele kommunistische Oppositionelle, Ausländer und Russen sind in den Gefängnissen. Die prominentesten und resistentesten von ihnen sind in strenger Einzelhaft, während die anderen immerhin einige Privilegien genießen; sie werden in der Arbeitserteilung (Butyrki) untergebracht und verrichten verschiedene Arbeiten im Gefängnis, säubern die Zellen, holen Essen, arbeiten in der Küche usw.

Zweimal im Monat werden ganze Truppen von Gefangenen nach den Solowezki-Inseln und nach Remi verfrachtet. Im Konzentrationslager von Remi befinden sich gegenwärtig 18 000 Gefangene, im Konzentrationslager auf den Solowezki-Inseln 27 000 Gefangene. Die Haftbedingungen im Solowezki-Lager sind so entsetzlich, daß die Insel unter den kriminellen Gefangenen den Namen „rotes Sachalin“ (nach der in der japanischen Zeit befruchteten Strafolonie auf Sachalin) erhalten hat. Unter den politischen Gefangenen gibt es die verschiedensten Kategorien, Sozialisten, die in einer selbstorganisierten Gemeinschaft zusammenleben, Arbeiter, die wegen Beteiligung an Streiks, und Bauern, die wegen Beteiligung an Agrarbewegungen oder wegen sozialer Paragrafen im Gefängnis sind, die sogenannten „Schädlinge“, die im Sachalin-Prozess verurteilt worden sind, Trozkisten, ausländische Kommunisten und chinesische Studenten, die beschuldigt sind, in der Chinafrage eine oppositionelle Haltung gegenüber der Linie der Komintern einzunehmen zu haben. Im Butyrki-Gefängnis gibt es in strenger Isolierung der Trozkisten Ratschlowitsch, ein alter Bolschewik, einer der Führer der Roten Armee, früherer Oberbefehlshaber des Wehrkreises Nordwest.

Im Leningrader Untersuchungsgefängnis war Dublow, ein früherer Sekretär von Trotski (aus dem obersten Volkswirtschaftsrat) inhaftiert. Sein Schicksal erinnert an das grausamsten Zeiten des Faschismus. Er war schon zur Zeit seiner Verhaftung schwer krank, tuberkulös und litt an einem akuten Magengeschwür. Um seine Ueberführung ins Krankenhaus zu erreichen, trat Dublow in den Hungerstreik. Er wurde daraufhin auf Anordnung der Gefängnisverwaltung künstlich ernährt, was den Zustand seiner Nervenzerrüttung derartig steigerte, er lag in einem unbewachten Augenblick aus dem zweiten Stockwerk des Untersuchungsgefängnisses auf den Hof stürzte. Er blieb mit zerstückeltem Brustkasten liegen und starb nach zwei Wochen fürchterlicher Qualen im Gefängnis. Nicht nur in der Provinz, sondern auch in den Moskauer Gefängnissen häufen sich in letzter Zeit die Fälle grausamer Behandlung der Gefangenen und damit auch die Selbstmordversuche in den Gefängnissen.

Der neue Mann im Amt

Dr. Hainisch über Demokratie

WIB Wien, 10. Dezember.

Heute fand die Uebergabe des Amtes des Bundespräsidenten an den neu gewählten Bundespräsidenten Miklas statt. Miklas, der Dr. Hainisch begrüßte seinen Nachfolger und kam dann auf die Stellung des Bundespräsidenten zu sprechen, wobei er erklärte, er halte gerade vom Standpunkt der Demokratie eine Stärkung der Macht des Bundespräsidenten für geboten. Besonders wäre es zweckmäßig, dem Bundespräsidenten das Recht der Ernennung der Minister einzuräumen, was praktisch nicht zu einer Auswahl des Ministers, wohl aber zu einem Veto gegenüber nicht ganz geeigneten Persönlichkeiten führen könnte. Solange die moderne Demokratie, die allgemeine Konsequenz einer individualistischen Gesellschaftsordnung, bestehe, sei es nötig, daß gewisse Organe geschaffen würden, die der täglich wechselnden öffentlichen Meinung gegenüber ein Beharren zum Ausdruck brächten. Der neue Bundespräsident Miklas würdigte die Verdienste Dr. Hainichs.

Spionage hüben und drüben

Der Fall Lembourn

WIB Berlin, 10. Dezember.

Gegen den Mitte Juni d. J. wegen Spionage in Deutschland verhafteten und gegenwärtig noch im Berliner Untersuchungsgefängnis befindlichen dänischen Infanterie-Hauptmann Harry Lembourn hat nach einer Korrespondenzmeldung der Oberstaatsanwalt in Leipzig Anzeige wegen fortgesetzten Betrugs mit teilschweren Geheimnisse erhoben. Gleichzeitig wird gegen die 29-jährige Berliner Stenotypistin Stagemann, die Nachrichten für ihn beschafft haben soll, Anzeige erhoben. Hauptmann Lembourn, der zuletzt bei einem Infanterie-Regiment in Tondern im Dienste stand, ist der Korrespondenz zufolge im Nachrichtendienst besonders ausgebildet worden und hat während des Krieges in der französischen Armee gedient. Auch nach dem Krieg ist er, nach derselben Quelle, zu Studienwecken zur französischen Armee nach Straßburg und Metz abkommandiert worden.

Die Mainzer Affäre

Zu der Mainzer Spionageaffäre Frick-Krah erzählt der Frankfurter Berichterstatter der Volksstimme Zeitung, daß die Anklage sich auf folgende Tatsachen stützt: Der „Geheimagent“ Frick, ein ehemaliger Offizier aus Düsseldorf, der dem Stahlhelm angehört, wurde von der französischen Geheimpolizei, der er verdächtig war, seit langem beobachtet. Bei der nach seiner Festnahme erfolgten Vernehmung und der Durchsichtung seines Gepäcks sollen bei ihm außer einer Reihe von Zeugnissen Papiere gefunden worden sein, die seine Beziehungen zu dem Oberinspektor des Mainzer Reichswehrvermögensamts Krah außer Zweifel stellen. Es sollen ihm auch zwei Einträge in Offizierswohnungen, aus denen er Papiere und Pläne entwendet habe, nachgewiesen worden sein. Wie weit diese Feststellungen stimmen, läßt sich vorläufig nicht nachprüfen. In Mainz ist als Beauftragter der Reichsregierung Ministerialrat Böhm aus Berlin eingetroffen, um nachzuprüfen, inwieweit sich die französische Besatzung einer Verletzung des Hausrechts und der deutschen Hoheitsrechte bei der in den Räumen der Reichswehrvermögensverwaltung eigenmächtig vorgenommenen Hausdurchsuchung schuldig gemacht hat.

Die Abendpresse veröffentlicht eine halbamtliche Meldung aus Mainz, wonach die von der französischen Polizei geführte Untersuchung in der Mainzer Spionage-Affäre zur Verhaftung eines weiteren Angeklagten geführt habe, der der gleichen Verwaltungsstelle, wie die straffällig verhaftete Person, angehört.

Protest der Reichsregierung. Die Reichsregierung hat in Paris und bei der Rheinlandkommission Verwahrung dagegen eingelegt, daß die Beamten der Geheimpolizei (Sureté) im besetzten Gebiet zu Zwecken der Industriespionage verwendet werden.

Rücktritt der neuseeländischen Regierung. Die neuseeländische Regierung ist zurückgetreten. Die Kammer hat sie mit 50 gegen 28 Stimmen des Mißtrauens ausgesprochen.

Die „Gazette du Franc“ bankrott

II Paris, 10. Dezember.

Das Pariser Handelsgericht hat den offiziellen Bankrott der Gazette du Franc und ihrer Tochtergesellschaft ausgesprochen und einen Verwalter eingesetzt. Die Entscheidung läßt sich auf die Art der Zahlungen einstellen, bankrott erklärt wird. Der Untersuchungsrichter erhielt von der Frau des Angeklagten Frau Hanau, einer gewissen Frau Pollak, einen Scheck über 1 Million Franc. Sie will nichts davon gewußt haben, daß das ihr von Frau Hanau gegebene Geld von Betrügeren bestimme. Auf Grund der Enthüllungen der letzten Tage gebe sie es aber zurück.

Der Sieg des Flamen

SPD Brüssel, 10. Dezember.

Das Endergebnis der Antwerpener Kammerwahl ist: 76 681 Stimmen für Borms, 39 441 für den liberalen Kandidaten und 46 000 Enthaltungen. Einen solchen Triumph für Borms hatte niemand erwartet.

Das Ergebnis hat auf die gesamte niederländische bürgerliche Presse und die nationalistische Presse geradezu niederschmetternd gewirkt. Sie spielt Feuer und Flamme namentlich auch gegen die Sozialdemokraten, die dieses Ergebnis durch ihre Haltung herbeigeführt haben. Charakteristisch ist der folgende Kommentar der Gazette: „Im Antwerpener Wahlkreis zählt man 30 000 Belgier, 76 000 Boches (Walter von Borms) und 46 000 Feiglinge.“

Die Lage in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 10. Dezember.

Die politische Lage hat sich mit der Beendigung der Konvention der Gewerkschaften entspannt. Die letzte Sitzung der Konvention hat den Abschluß eines Solidaritätspaktes zwischen einer Anzahl Gewerkschaften und Bauernbünde zur Verteidigung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Interessen, zur Befähigung arbeiterfeindlicher Behörden, zur Förderung der Arbeitseingehung gebilligt.

Litauische Schandjustiz

DE Romno, 10. Dezember.

Die in der kommunistischen Bewegung Litauens als Führerin und Agitatoren bekannte Maria Choboska ist vom Kriegsgericht wegen staatsfeindlicher Tätigkeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Sie ist die Tochter eines sehr reichen Mannes, der politisch dem äußersten Rechtsflügel angehört.

Litauische Staatsgeheimnisse. In Romno wurde eine Telephonistin verhaftet, weil sie die Telephongespräche des Ministerpräsidenten Woldemaras mitgehört habe. Bei der Verhaftung gab sie an, sie habe auf ausdrücklichen Befehl des Staatspräsidenten Smetona gehandelt und die Gespräche vollständig der Gattin des Staatspräsidenten mitgeteilt. Durch diesen Zwischenfall ist das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen Woldemaras und Smetona noch schärfer geworden.

Verantwortlich für den reaktionären Zeitungsleiter Ruzschanbet in Leipzig Verantwortlich für den Intelligenzisten Hugo Schepke in Leipzig Druck und Verlag Leipzig Verlagsgesellschaft Antiquarisch Leipzig



Wagbimel bei Husten, Keiserheit, Katarrh 1 Mk

Für die Abonnenten des Bezirks liegt der heutige Nummer ein Sonderheft vom Ortsverein D. D. H. der SPD bei.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

„Gotteslästerung . . .“

George Grosz und Malifverlag auf der Anklagebank

Die „Gotteslästerer“ gerichtet Die Kirche . . . gerichtet

X Berlin, 10. Dezember.

Die Kirche ist in Gefahr. Der Staatsanwalt schwingt den Gotteslästerungs-Paragrafen. Die „Gotteslästerungs“-Epidemie greift immer weiter um sich.

Auf der Anklagebank vor dem Schöffengericht Charlottenburg sitzen heute der Zeichner George Grosz und der Vertreter des Malifverlages Herzfeld; sie haben die „Einrichtungen der christlichen Kirche“ (Christenverehrung, Predigeramt, Priesterium) öffentlich beschimpft. R. A. Dr. Apfel verteidigt.

Der geniale Zeichner, George Grosz, Schöpfer des Wertes „Das Gesicht der herrschenden Klasse“, hatte im Auftrag der Berliner Visator-Bühne Entwürfe zu „Schweil“ hergestellt. Sie erschienen im Malif-Verlag als Mappe von 7 Zeichnungen: „Hintergrund“, Hintergrund des mörderischen Weltkriegs mit seiner Bestialität und Heuchelei, seinem Vortierium und seinen verzogenen Pfaffen. Drei von diesen 17 Zeichnungen erregten Anstoß. Die Abteilung la des Berliner Volkstheaterpräsidenten beschlagnahmte sie, die Staatsanwaltschaft eröffnete ein Ermittlungsverfahren.

Das Blatt 2 der Mappe trägt die Unterschrift „Seid Untertan der Obrigkeit“. Ein österreichischer und ein deutscher General reichen sich die Hand. Hinter ihnen der totenkopfsähnliche Paragrafenrichter; er drückt aus Herz das Gebetsbuch und hält mit der rechten Hand eine Paragrafenpistole. Seitwärts ein Geistlicher mit einem wackelnden Kreuz auf der Nase. Vor ihm das Evangelium. Gotteslästerung? George Grosz wollte sagen: So mancher Geistliche balancierte während des Krieges zwischen Christus und Mord.

Blatt 9. Gefangene halten hinter dem Rücken Karten und hören der Predigt ihres Geistlichen zu. Sein Mund spuckt Kanonen, Bajonette, Gewehre und Granaten. Das Kreuz auf der Kanzel gerät ins Wanken. Die Sticker auf der Kanzelbrüstung zeigt im Gegensatz zum Mord predigenden Pfarrer das Bannsymbol des christlichen Glaubens. Das ganze heißt „Auslösung des heiligen Geistes“. Gotteslästerung? War es nicht so während des Krieges?

Blatt 10. Christus am Kreuze. Ueber dem Gesicht eine Gasmaske, über dem Kopf der Heiligenschein, auf den Füßen Soldatenstiefel, in der Hand das Kreuz. Unterschrift: „Maul halten und weiter dienen“. Der geniale Einfall des Zeichners liegt an: So hattet ihr während des Krieges den Soldaten ans Kreuz geschlagen; oder: Selbst den gekreuzigten Christus hättet ihr, mit Soldatenstiefeln und Gasmaske ausgestattet, euren Mordsweden dienlich gemacht. Gotteslästerung!

Gegen die Beschlagnahme dieser drei Zeichnungen hatte Dr. Apfel beim preussischen Justizminister Beschwerde eingelegt; er hatte u. a. gerügt, daß vor der Beschlagnahme der Kunstauschuss beim Volkstheaterpräsidenten nicht gefragt worden war. Er erhielt den Bescheid, daß laut einer Verfügung des Ministeriums der Kunstauschuss nur gefragt werden müsse, wenn es sich um den § 184 des Strafgesetzbuches handle oder wenn die Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet sei.

Nach eineinhalbständiger Beratung verurteilte das Schöffengericht folgendes Urteil:

„Die Angeklagten sind wegen Vergehens gegen den § 166 des Strafgesetzbuches an Stelle der verwirkten 2 Monate Gefängnis zu einer Geldstrafe von je 2000 Mark zu verurteilen (der Staatsanwalt hatte an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von 20 Tagen je 1000 Mark beantragt), die Platte zur Zeichnung Nr. 10 wird beschlagnahmt, die Zeichnungen werden eingezogen.“

Das Urteil wurde vom Publikum mit einem „Pfu!“ entgegengenommen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: es liegt eine einheitliche Handlung vor, deshalb bleibt es gleichgültig, ob der Tatbestand des § 166 von den Bildern zu 2 (der Pfarrer, auf dessen Nase das Kreuzig balanciert) und Nr. 9 (der Pfarrer, der Kanonen, Bajonette und Gewehre spuckt), erfüllt ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Lehre vom heiligen Geist eine Einrichtung der Kirche ist, jedenfalls sind diese beiden Bilder zur Charakterisierung der Angeklagten in Betracht zu ziehen. Betrachtet man die Darstellung Christus am Kreuzig mit der Gasmaske und in Kommunistenfeln, herausgehöhlet man sich, wie die Gläubigen in Demut vor dem Kreuzig niederknien, so muß man zu dem Schluß kommen, daß in der Zeichnung Nr. 10

eine Beschimpfung der kirchlichen Einrichtungen

gegeben ist. Berücksichtigt man aber die Unterschrift, die die Zeichnung führt, „Maul halten und weiter dienen“, so wird man nicht der Auffassung des Angeklagten Grosz beipflichten können, daß er Christus hier als Objekt anderer, die ihm unter Umständen Maul halten und Weiterdienen zugerufen hätten, sondern daß Christus hier als Subjekt gedacht ist, dem diese Worte in den Mund gelegt werden. Kein Christ würde Christus selbst hier als den Geknechten hingestellt sehen. Bei dem Strafmaß war die Schwere der Verleumdung der Einrichtungen der Kirche zu berücksichtigen, wenn auch die Erklärungen des Angeklagten selbst insofern berück- sichtigt haben müßen.

So das Urteil.

Wie lauteten aber die

Erklärungen des angeklagten Kunstmalers George Grosz?

Unter großem Andrang eines interessierten Publikums und einer Massenbesetzung der Presseplätze äußerte er sich auf die peinliche Befragung durch den Vorsitzenden etwa folgendermaßen: Es ist schwer, für einen Künstler, das in Worte zu fassen, was er gedanklich mit Hilfe des Zeichenstifts erschöpft hat. Für das, was er geschaffen steht er gerade. Wenn auch das Buch „Der brave Soldat Schweil“ ihm als Unterlage gedient hat, so stehen seine Zeichnungen mit dessen Inhalt nur in losem Zusammenhang. Mit der Zeichnung Nr. 2 hat er sagen wollen: aus der Bibel läßt sich alles herauslesen, mit Gott sich alles bewerkeln.

Der Kampf galt hier dem Jonglieren mit Begriffen.

In der Zeichnung 9 spricht der Pfarrer ähnlich dem Geistlichen im „Schweil“ mit feurigen Jungen, doch stets in einer Richtung. Wenn das Lamm auf der Sticker mit einem Fel Wehlichkeit hat (auf die Frage des Vorsitzenden), so kommt es wohl von der Verwandtschaft der beiden Tiere. Sie sind für ihn das Einbild der Unschuld. Er sieht auch nichts Beleidigendes für die Kirche in der Unterschrift „Auslösung des heiligen Geistes“. Er, der

Künstler George Grosz läßt sich zu einer Mißton berufen, er ist gewissermaßen die Zuchtstute und kimmert sich deshalb nicht um die Gehehe. Daß sich eine Mehrheit durch seine Zeichnung beleidigt fühlt, will er wohl glauben, das beweist auch der Prozeß. „Ich als Künstler bin in der Minderheit“, ruft er aus, „Sie haben die Mehrheit, Sie sind die Richter, Sie vertreten die Mehrheit der Menschen, die Sie eingezogen haben. Aufgabe des Künstlers ist es, seiner Zeit Ausdruck zu verleihen. Ich sehe in dieser Beziehung die politische Tradition der Pamphletisten fort, ich bin nur insofern politisch, als jeder wahr empfindende Künstler, der sieht, wieviel Unrecht geübt, wieviel Brutalität herrscht und wie wenig Liebe, politisch sein muß. So muß jeder empfindende Zeichner politisch werden, wenn er dazu eine Veranlassung besitzt.“

Zu Bild 10 sagte George Grosz, daß er zum Ausdruck habe bringen wollen, daß selbst dieser milde Mensch in Kommunistenfeln gesteckt und für den Krieg zu predigen gezwungen worden wäre, wenn er während des Weltkriegs auf die Erde zurückgekommen wäre. Vielleicht sollte es auch die einfache gekreuzigte Kreatur darstellen.

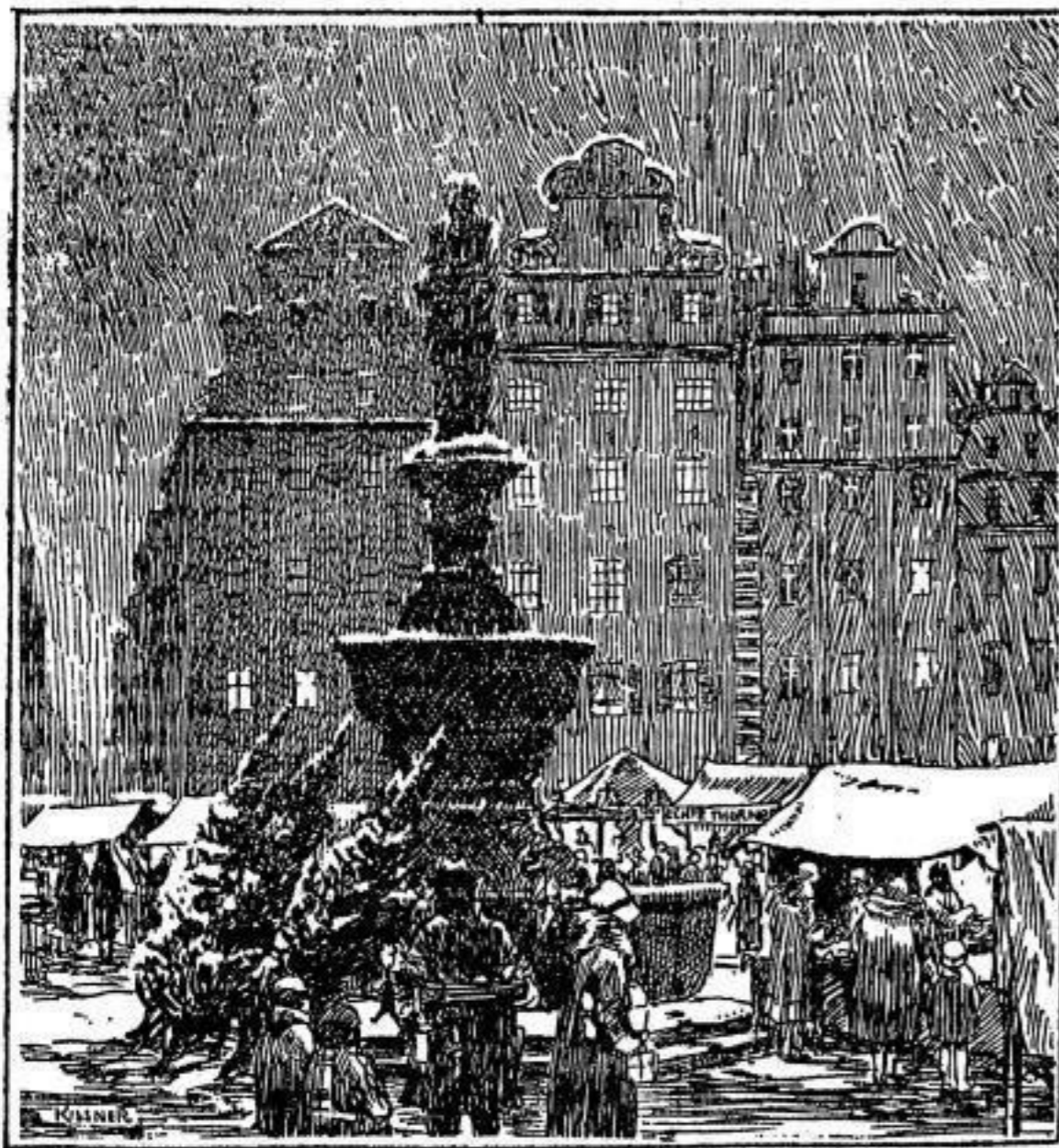
Der Angeklagte Herzfeld erklärte, daß er die Zeichnungen allein vom künstlerischen Gesichtspunkte bewertet habe und daß er die Paragrafen nicht kenne. Er bestritt, die religiösen Gefühle irgend jemandes gekränkt zu haben.

Der als Sachverständiger geladene Reichskunstwart Redlob gab folgendes Gutachten ab: Er habe versucht, sich in die Gedankengänge des Gerichts hineinzuversetzen und müsse sagen: George Grosz besitzt einen ausgeprägten künstlerischen Willen, er hat eine eigene Kunstform geschaffen. Es ist stets die Gefahr für den Graphiker, daß er, besonders wenn er so an führender Stelle steht wie George Grosz, in Konflikte gerät. Auch Klingsers gekreuzigte Frau wurde seinerzeit als Blasphemie aufgefaßt, jetzt ist sie als Kunstwerk allgemein anerkannt. Die Darstellung Christus am Kreuz durch George Grosz gilt nur dem lebenden Menschen, das war kein Erlebnis. Der Konflikt, der hier entstand, war notwendig, denn die Auffassung der Allgemeinheit deckt sich naturgemäß nicht mit der Auffassung des Künstlers. Jene heftet an alten Formen, dieser bewegt sich vorwärts.

Die Auffassung des gekreuzigten Christus in der Zeichnung ist aber eine ausgesprochen künstlerische. Es kann auch keine Rede davon sein, daß George Grosz den Stand der Geistlichen beleidigen wollte.

Der ungeistliche Geistliche sollte getroffen werden, im Gegensatz zum idealen Geistlichen. In einer späteren Zeit wird man die Dinge weniger apassiv sehen als heute, ähnlich wie die heutige Zeit richtig einen Goya und einen Klinger beurteilt.

Der Staatsanwalt — es war der politische Staatsanwalt, wie es auch die politische Abteilung des Volkstheaterpräsidenten diesmal gewesen ist, die das Verfahren eingeleitet hatte, — erging sich in juristischen Spitzfindigkeiten. Rechtsanwalt Dr. Apfel hielt eine groß angelegte Rede. Die Frage, die in diesem Prozeß zur Entscheidung stehe, sei, ob in Deutschland eine freie Meinungsäußerung gestattet sei oder nicht. Seit jeher wurden in Deutschland Satiriker verfolgt, nicht den Umständen wurde nachgegangen, die gerechelt, sondern der Spiegel wurde zerbrochen, in dem sie gezeigt wurden. Ist das Gericht wirklich dazu da, das Bananentum des normalen Bürgers zu decken? George Grosz hat sich nicht gegen die Kirche, sondern gegen den Mißbrauch gewisser Diener der Kirche gewendet, die im Kriege nicht gegen den Mord gepredigt, sondern für die Notwendigkeit des Krieges eingetreten sind. Man sollte auch an das Wort Markus' im Evangelium denken, der da sagt: Selbst den Gotteslästerern sei zu vergeben, nicht aber der Sünde wider den heiligen Geist. Das Ansehen des geistigen Deutschland verlange einen Freispruch.



Was glauben Sie wohl,
welche Freude Sie einem OVERSTOLZ-Raucher bereiten,
wenn Sie ihm die gewohnte Marke in schöner
Weihnachts-Ausstattung auf den Gaben-Tisch legen!
Er wird es dankbar empfinden, dass Sie beim
Einkauf seine persönlichen Wünsche beachtet haben.
Und sollte der Beschenkte auch noch kein OVERSTOLZ-
Raucher sein, so können Sie ihm doch ruhig Over-
stolz geben, denn diese Marke ist die meistgerauchte
Zigarette Deutschlands, sie hat sich das Vertrauen
unzähliger Raucher erworben und wird daher als Weih-
nachts-Geschenk überall willkommen sein.



Die Weihnachtspackung kostet 5 Mk.,
sie enthält 100 OVERSTOLZ-Zigaretten, für die Packung
wird also kein Preiszuschlag berechnet.

Hans Pfenning

• O. H. G. •

Ferner liefern wir in Geschenkpackungen: 100 RAVENKLAU zu 6 Mark. • 50 LÖWENBRÜCK und 50 GÜLDENRING zu 9 Mark. •

Den Vater ermordet?

SPD Innsbruck, 10. Dezember.

Vor dem Innsbrucker Schwurgericht wird sich am Donnerstag der 23-jährige Hochschüler Philipp Halomann unter der Anklage des Mordmordes an seinem Vater zu verantworten haben. Der Angeklagte war bis zu seiner Verhaftung Student an der Breslauer Technischen Hochschule.

Der Lehramt Max Halomann war mit seiner Familie im Spätsommer dieses Jahres nach Tirol gereist, von wo aus er verschiedene Hochtouren unternehmen wollte. Eines Tages trat er mit seinem Sohn Philipp von Wangerhofen im Jüdtal aus eine Bergtour bis zur Berliner Hütte an. Als ein fremder Tourist den Vater darauf aufmerksam machte, daß er für den beschwerlichen Weg zu schlecht ausgerüstet sei, soll der alte Halomann geäußert haben, er werde seinem Sohn nicht den Gefallen tun abzusagen, wenn dieser auch auf die Erbschaft warte. Nach der Erzählung eines Hirtenjungen soll es einigen Touristen ferner aufgefallen sein, daß der Vater den Rucksack trug, während der Sohn mit entblößtem Oberkörper neben ihm ging. Eine halbe Stunde später trat der Hirte dann den jungen Halomann wieder, und zwar ohne den Vater. Als man sich nach dessen Verbleib erkundigte, erklärte der junge Halomann, sein Vater sei abgestürzt. Die Touristen fanden dann Max Halomann in einem Wassertümpel mit dem Gesicht nach unten tot auf. In der Nähe des Fundortes fand man einen Stein, an dem Blutspuren und Haare fanden. Die Umstände deuteten daraufhin, daß der alte Halomann über den Hang zum Wassertümpel gestürzt worden war.

Der Angeklagte leugnet die Tat, er hat sich jedoch bei seiner Anklage über die Einzelheiten des Dramas in verschiedenen Punkten widersprochen. Verdächtig wirkt vor allem, daß er auf die Frage, warum er seinen Vater nicht gleich aus dem Tümpel gezogen habe, keine Antwort zu geben vermochte.

Anfall oder Verbrechen?

SPD Berlin, 10. Dezember.

Die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt sich gegenwärtig mit der Aufklärung einer Tragödie, die sich vor einigen Monaten zwischen zwei Berliner Studenten und einer württembergischen Studentin bei einer Ferienreise in die Borsartberger Alpen abgespielt hat.

Die Personen dieser Tragödie sind der vermählte 20-jährige Berliner Student der Medizin Wilhelm Bah, der gleichaltrige Student der Philosophie Joachim Schmidt und die 23-jährige Studentin Lucie Gramlich aus Schelllingen. Die beiden jungen Männer gehörten einer studentischen Verbindung an, die sich das Ausschreitungsprinzip anerkennend hatte. Bah, der eine tiefe Zuneigung zu der Studentin gefaßt hatte, soll eines Tages bei einem Ausflug seinen Studiengefährten mit der Gramlich aus einem Bergpfad in zärtlicher Umarmung liegend überrascht haben und dann verortet weggegangen sein. Als er nicht zurückkehrte, riefen die beiden anderen wieder ab und leisteten nach 3 Tagen den Eltern des Bah mit, daß dieser sich von ihnen getrennt habe und wohl inzwischen zu Hause angekommen sei. Das war jedoch nicht der Fall; der Student ist bis heute spurlos verschwunden. Da sich Schmidt und die Gramlich in Widersprüche verwickelten, nahm sich die Berliner Staatsanwaltschaft der Sache an. Die Vernehmung des in Berlin beständigen Studenten Schmidt ist noch nicht abgeschlossen. Ein Beamter der Berliner Kriminalpolizei hat sich inzwischen nach Paris begeben, um dort die Studentin Gramlich zu vernehmen.

Schweres Straßenbahnunglück

SPD Warschau, 10. Dezember.

In Lodz stießen am Montag an einer Straßenbiegung in der Hauptverkehrsader zwei in voller Fahrt befindliche Straßenbahnwagen zusammen. Die Wagen wurden vollständig zertrümmert aus den Schienen geschleudert. 15 Personen erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Schuld an der Katastrophe trägt die mangelhafte Verkehrsregelung.

Wegen 16.50 Mark 1 Jahr Zuchthaus

Als der „Fall Jacoby“ im Bergmann-Prozess bekannt wurde, ging durch die bürgerliche Presse ein Gemurmel über die Postlage der höheren Beamten, die mit „nur“ 600 bis 800 Mark Monatsgehalt nicht standesgemäß leben könnten und bis über den Kopf in Schulden fielen.

Wenn schon die höheren Beamten über die schlechte Besoldung klagen, wieviel trauriger muß es da erit bei den unteren Beamten aussehen, die nach langjähriger Dienstzeit noch nicht die Hälfte des Gehaltes der höheren Beamten erhalten. Der Fall Jacoby hat gezeigt, was für „Nebenbeschäftigung“ die höheren Beamten leisten, um sich nur einigermaßen „standesgemäß“ durchs Leben zu schlagen. Eine derartige Nebenbeschäftigung hat der untere Beamte nicht. Deshalb trifft den unteren Beamten eine unvorhergesehene Gehaltsausgabe doppelt schwer. Mander läßt sich notgedrungen eine leichtfertige Handlung zuschulden kommen, an der er zeitweilen zu tragen hat.

Einen solchen traurigen Fall verhandelte jetzt das Schöffengericht Leipzig. Ein auf Privatdienstvertrag angestellter Kanzleiangestellter beim Amtsgericht Leipzig war angeklagt, Urkundenfälschung, Betrug und Diebstahl in zwei Fällen, begangen im Amte, ausgeführt zu haben.

1924 wurde X. im Juli in den Amte angenommen und beim Landgericht als Maschinenreiber beschäftigt. Später wurde er zum Amtsgericht versetzt und hier als Protokollant verwendet. Auch wurde er in der Abteilung für Mahnsachen mit dem Ausrechnen der Zahlungs- und Vollstreckungsbefehle beschäftigt.

Durch die Niederkunft seiner Frau im Oktober 1927 hatte X. größere Geldausgaben zu erwarten. X. der einen Gehalt von 186 Mark hatte, wandte sich um eine Beihilfe an das Stützungsamt der Stadt Leipzig und auch um einen Gehaltsvorzuschuß an höhere Stelle. Beide Gesuche wurden abgelehnt. Nun wußte sich der Angeklagte nicht anders zu helfen, als durch einen kleinen Betrug Geld zu erlangen. X. schrieb als Gläubiger zwei Zahlungsbefehle an zwei fingierte Schuldner in Annaberg und Schwarzenberg aus. Auf diese Zahlungsbefehle ließe er Gerichtskostenmarken, die er vorher aus alten Akten abgelöst hatte und schickte sie an die Amtsgerichte nach Annaberg und Schwarzenberg. Die Schuldner wurden natürlich in den Städten nicht aufgefunden und die Zahlungsbefehle nach Leipzig zurückgelandt. Nun schrieb X. an die Amtsgerichte Annaberg und Schwarzenberg und hat um die Zurückzahlung der, laut ausgelassenen Marken gezahlten Kosten. Beim Amtsgericht Annaberg gelang der Trick. Der Angeklagte erhielt von da einen Betrag von 16,50 Mark zurück. Beim Amtsgericht Schwarzenberg kam aber der Betrug heraus, und X. wurde angeklagt. Die 16,50 Mark hat der Angeklagte wieder zurückerstattet.

Das Schöffengericht verurteilte den Kanzleiangestellten zu der Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus und dreihundert Mark Geldstrafe, oder weiteren 2 Jahren Zuchthaus. Selbst dem Gericht erschien diese geringe „Mindeststrafe“ als zu hart und es beschloß, ein Gnadengeuch, die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umzuwandeln, zu beschließen.

Ein Jahr und zwanzig Tage Zuchthaus für 16,50 Mark als Mindeststrafe für einen als Beamten tätigen Zivilangestellten? Uns scheint, als ob auch hier ein Unterschied zwischen höheren und unteren Beamten gemacht wird. Wir denken an Jacoby, wir denken an den Kanzleiangestellten und denken uns das Besse.

Tagung des ADGB

SPD Kiel, 8. Dezember.

Der Bundesauschuss des ADGB tagte nach der öffentlichen Rundgebung am Freitag und Sonnabend in einer nichtöffentlichen Sitzung. Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium sprach über die Grundlagen des Arbeitslebens in Sowjetrußland. Anschließend erstattete der Bundesvorsitzende Leipart den Bericht des Bundesvorstandes.

Er unterbreitete dem Ausschuss einen Vorschlag über die Neuordnung der Vertretungen der Verbände. Künftig soll die Zahl der Vertreter, welche die Verbände zum Bundesauschuss entsenden, sich nach der Mitgliederzahl richten, die in den vierteljährlichen Mitteilungen an den Bundesvorstand abgegeben werden. Die Bezirke Halle und Thüringen sollen vereinigt werden. Diese Zusammenlegung hat den Vorteil, daß nunmehr die Gliederung der Bundesbezirke mit der Gliederung der Bezirke der Landesarbeitsämter übereinstimmt. Für die statistische Abteilung beim Bundesvorstand ist der Herausgeber des bekannten Werkes „Die Welt in Zahlen“, Wladimir Bonnikin, gewonnen worden.

Der Bundesvorsitzende befragte dann die Erhöhung des Stammkapitals sozialer Baubetriebe, die schon seit geraumer Zeit als dringend erforderlich angesehen wird. Insbesondere empfiehlt der Bundesvorstand, daß alle Gewerkschaften sich an der finanziellen Unterstützung dieses gewerkschaftlichen Gemeinschaftsunternehmens beteiligen. Leipart ging schließlich noch auf den

Entwurf einer Handwerker-Novelle

entwurf ein, die zur Zeit im volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages beraten wird. Der Zweck dieser Novelle sei, eine straffere Zwangsorganisation des Handwerks zu schaffen. Leipart hält es für selbstverständlich, daß auch bei dieser Gelegenheit die Forderung des

ADGB nach einer paritätischen Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufsstammern, in diesem Falle der Handwerkerfamilien, von neuem mit allem Nachdruck erhoben wird.

Der Bundesauschuss machte sich die Vorschläge und Anregungen des Bundesvorsitzenden einstimmig zu eigen. Insbesondere hielt er es für angebracht, die Stellungnahme der Gewerkschaften zu dem Gesetzentwurf über die Handwerker-Novelle in einer Entschließung niederzulegen, die einstimmig angenommen wurde und folgenden Wortlaut hat:

„Der dem Reichstag vorgelegte Regierungsentwurf einer Handwerker-Novelle will das Bestehen der Handwerksmeister nach einer außerordentlichen erweiterten und ständelosen Organisation der handwerklichen Unternehmerorganisationen erfüllen, die mit weitgehenden gleichlichen wie öffentlich-rechtlichen Befugnissen ausgestattet ist. Die öffentlich-rechtlichen Organisationen des Handwerks sollen als selbstverwaltendes Organ, die Gesamtinteressen des Handwerks gegenüber der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung vertreten. Auf die Vorschriften der Reichssozialversicherung, die die

gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Organisationen

verlangt, nimmt der Gesetzentwurf keine Rücksicht. Die Beibehaltung der Gesetzentwürfe mit ihren veralteten Rechten und Befugnissen kann keinen Ersatz hierfür bieten.

Der Bundesauschuss des ADGB beharrt auf seiner Forderung nach Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Verbindungen im Sinne des Artikels 165 der Reichsverfassung und erhebt Einspruch dagegen, daß jetzt ein Gesetz geschaffen wird,

das einseitig nur den Einfluß der handwerklichen Unternehmer in Staat und Wirtschaft stärken soll.“

Was wird in Sachsen?

Textilindustrielle unnachgiebig

Die Verhandlungen zur Beilegung des westfälischen Textilkonflikts, die am Montag im Reichsarbeitsministerium stattfanden, sind in später Abendstunde gescheitert. Zu Beginn der Verhandlungen gab der Vorsitzende Dr. Dohberstein die Erklärung ab, daß die Besprechung nicht auf der Grundlage des von beiden Parteien abgetretenen Schiedspruches geführt werde, sondern völlig neutraler Art sei. Es sei nicht unmöglich, daß der Reichsarbeitsminister ihn (Dohberstein) zum Sonderlichter für diesen besonderen Streitfall ernenne.

Die Vertreter der Unternehmer betonten, sie müßten darauf bestehen, daß der vom Schlichter Haack gefällte Schiedspruch beseitigt, bzw. wesentlich abgeändert werde. Die Gewerkschaftsvertreter wiesen diese Forderung entschieden zurück und

verlangten eine über den Schiedspruch hinausgehende Lohn-erhöhung für alle Textilarbeiter.

Weiter machten sie darauf aufmerksam, daß es sich bei dem Vorgehen der Unternehmer um eine Generaloffensive handele; denn sie hätten bis jetzt für etwa 700 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen die Tarife gekündigt und alle ihre Forderungen hätten den gleichen Tenor. Die Verhandlungen müßten ergebnislos verlaufen, da

die Unternehmervertreter erklärten, keinen Pfennig und kein Prozent Lohnzulage zu bewilligen.

„Ungehört hohe Unterstufungen“

Ein ungehört großer Schwindel

Die an die Ausgesperrten im Ruhrgebiet gezahlten Unterstufungen haben an vielen Stellen, wenn man der bürgerlichen Presse Glauben schenken darf, „hohes Begehren“ erzeugt. Sie sollen nicht nur in Einzelfällen, sondern in einer sehr großen Zahl von Fällen „ungehört hoch“ gewesen sein, das Lohnvermögen vieler Eisenarbeiter stark überschritten haben. Wir haben schon wiederholt auf die Unzulässigkeit solcher Behauptungen hingewiesen. Nun kommt eine Widerlegung des Geschreies der Unternehmer und Unternehmerverbände von einer Seite, von der es die Arbeiterfeinde nicht erwartet haben. Das Institut für Konjunkturforschung hat eine Schätzung des Begehrensvermögens der Ausgesperrten angestellt und kommt auf eine Summe von 45 bis 50 Millionen Mark. Demgegenüber steht nach der Ansicht derselben amtlichen Stelle eine Summe der Unterstufungen von Gewerkschaften und Gemeinden von im ganzen nur 17 bis 18 Millionen Mark. Ohne uns mit einer Kritik dieser Zahlen zu befassen, und ohne um eine Million mehr oder weniger in der einen oder anderen Berechnung zu streiten, stellen wir doch fest, daß die Ruhrarbeiterfeinde einen ungehört operierenden Kampf führen müßte, daß alle Unterstufungen zusammen genommen das Opfer nur um einen bescheidenen Teil erleichtert haben, daß aber nicht etwa den Ausgesperrten noch ein Gewinn zuzuflossen ist. Das Geschrei über die ungehört hohen Unterstufungen entpuppt sich als ein ungehört großer Schwindel.

Severing in Aktion

Die Völkische Zeitung meldet aus Essen:

Minister Severing wird nach Prüfung des ihm von den Tarifparteien der nordwestlichen Gruppe vorgelegten Materials am Donnerstag in Düsseldorf nochmals mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber über die endgültige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der rheinisch-westfälischen Metallindustrie beraten. Am Freitag und Sonnabend sind weitere Beratungen mit anschließenden Vertretungen in Aussicht genommen. Es besteht somit die Möglichkeit, daß der Schiedspruch Ende dieser oder Anfang nächster Woche gefällt werden wird.

Mittel in der Krisenfürsorge

Die Bedürftigkeitsprüfung prüfungsbedürftig

Die Verordnung des Reichsarbeitsministeriums über die Neuordnung der Bedürftigkeitsprüfung in der Krisenfürsorge ist ein Buch mit sieben Siegeln. Wer die aus der neuen Verordnung sich ergebende Berechnungsmethode verstehen will, muß vorher einen Kursus in höherer Mathematik durchmachen. Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß der Durchschnitt der Arbeitslosen die Zahlenverhältnisse der neuen Berechnungsmethode kapieren; denn nicht einmal die Schriftgelehrten sind sich über die Auslegung der Verordnung einig. Ihre Unklarheit hat dazu geführt, daß die Berechnungsmethode des Reichsarbeitsministeriums von der des ADGB nicht unbedeutend abweicht. Das Resultat der Berechnung des ADGB ist für die Unterstufen günstiger als das des Reichsarbeitsministeriums. Nun muß der Spruchsenat entscheiden, was gelten soll. Hoffentlich fällt die Entscheidung möglichst bald, damit Klarheit geschaffen wird. Das Reichsarbeitsministerium, dessen Verordnung an sich zweifellos gewisse Verbesserungen gebracht hat, muß auch dem Arbeiter verständliche Bestimmungen in die Bedürftigkeitsprüfung schaffen. Unklarheit schafft Mißverständnisse, Mißverständnisse schärfen Streitigkeiten. Die Versicherungs- und Krisenfürsorge darf nicht eine Geheimwissenschaft werden.

„Fort mit der Schlichtung“

Forderungen der Volkspartei

SPD Hannover, 8. Dezember.

In einem größeren volksparteilichen Kreise, der sich aus Mitgliedern des ganzen Wahlkreises zusammensetzt, erklärte der Reichstagsabgeordnete Albrecht, daß mit dem ganzen Schlichtungssystem ausgeräumt werden müsse. Staatliche Eingriffe müßten auf Ausnahmefälle beschränkt werden und dürften auch dann nur vorgenommen werden, wenn die Reichsregierung durch Rabinetsbeschluß dafür eintrete und die Verantwortung übernehme.

Gärtnereien gewerbliche Betriebe

Eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Die Bestrebungen des Reichsverbandes der deutschen Gartenbaubetriebe, der Organisation der Gärtnereibesitzer, ihre Betriebe als nichtgewerbliche zu erhalten, um damit ihren Arbeitnehmern das gewerbliche Arbeitsrecht freitrag zu machen, haben durch eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts eine Abweisung erfahren. Der Arbeitgeberverband hatte eine Regelung der Überstundenbezahlung auf Grund des § 6a der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 abgelehnt, weil die jetzt sogenannten „Gartenbaubetriebe“ keine gewerblichen, sondern landwirtschaftlichen Betriebe seien. In der Entscheidung des angerufenen sächsischen Landbeschichters war sodann der Überstundenzuschlag auf 25 Prozent festgesetzt worden. Als die Gärtnereibesitzer sich weigerten, diese Entscheidung anzuerkennen, wurde von den Arbeitnehmern der Klageweg beschritten. Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Dresden erkannten die Ansprüche der Arbeitnehmer an, da die betreffenden Gärtnerei als gewerblicher Betrieb anzusehen sei. Dagegen wurde seitens des Arbeitgeberverbandes Revision eingelegt. Diese ist nun in der Sitzung des Reichsarbeitsgerichts am 3. Oktober unter Vorsitz seines Präsidenten Oegg zurückgewiesen worden. In der Begründung wird betont, daß die meisten Gärtnereien gewerbliche Betriebe seien.

Diese Entscheidung ist bei dem jahrzehntelangen Streit um die Rechtsverhältnisse in der Gärtnerei von schwerwiegender grundsätzlicher Bedeutung. Sie dürfte auch die Frage der Unterstellung der Gärtnerei unter die Gesetze über den Arbeitsschutz und die Berufsausbildung entscheidend beeinflussen.

Kohlenengpate des Völkerbundes

Die Arbeiter nur Objekte der Unterforschung

SPD Brüssel, 10. Dezember.

Das Internationale Bergarbeiterkomitee tagte am Montag in Brüssel. Den Hauptgegenstand der Beratung bildete die internationale Kohlenengpate des Völkerbundes. Vier Delegierte der Bergarbeiterinternationale berichteten über ihre Bemühungen in Genf, um anlässlich der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes im Oktober mit der Leitung der Enquete eine offizielle Annäherung zu erreichen. Diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Die Delegierten konnten nur mit dem technischen Kohlenunterauschuss verhandeln. Es wurde ihnen gesagt, zu der Enquete würden keine Interessensvertretungen zugelassen, auch die Sachverständigen müßten unabhängig sein. Nur nichtamtlich konnten die Bergarbeiter ihre Auffassung zur Kenntnis bringen. Das Internationale Komitee protestierte gegen diese Einstellung der zuständigen Stelle in Genf und beschloß, seine direkte Vertretung nochmals zu fordern.

Nach den Postern die Eisenbahner

SPD Wien, 10. Dezember.

In allen Betrieben der Post- und Telegraphenanstalten ist am Montag die Arbeit wieder vollständig aufgenommen worden. Die Erörterung unter den Angehörten der Bundesbahnen nimmt inzwischen zu, weil die Regierung ihnen nicht auch Zugeständnisse gemacht hat. Falls die Regierung sich weiterhin weigern sollte, den Bahnbeamten die gleichen Zugeständnisse zu machen wie den Post- und Telegraphenangestellten, werden auch sie mit den schärfsten Mitteln ihre Forderung durchzusetzen versuchen.

Mitgliederzahl der A.F. of L.

Bei der Gründung des Kongresses des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl seit dem letzten Kongress um 75 000 gestiegen ist. Zählt man die Mitglieder hinzu, die infolge von Streiks und Ausparierungen vorübergehend ihre Beiträge nicht bezahnten konnten und deshalb nicht offiziell aufgeführt werden, so kommt man zur Zeit auf eine Mitgliederzahl von über 2 250 000.

Die sächsische Textilindustrie

Arbeiterlöhne und Unternehmergewinne

Der Vorwärts schreibt:

Im Lohnstreit für die mittel- und westfälische Textilindustrie hat das Reichsarbeitsministerium nach der Ablehnung des Schlichtungsbeschlusses durch beide Parteien vermittelnd eingegriffen und die Vertragskontrahenten zu einer Aussprache zum 10. Dezember nach Berlin eingeladen.

Es war ja nicht anders möglich: Die sächsische Textilindustrie mußte den vollkommen unzureichenden Schlichtungsbescheid ablehnen. Bei den minimalen Löhnen in Westfalen in eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ein Tropfen auf einen heißen Stein. Obendrein wäre noch die Mehrzahl der Arbeiter leer ausgegangen. Die letzten Lohnsätze in der westfälischen Textilindustrie sind so niedrig, daß sie vielfach noch

unter den Söhnen der öffentlichen Fürsorge

bleiben, die ja gewiß auch nur becheidenste Lebenshaltung ermöglichen. So beträgt beispielsweise bei 48stündiger Wochenarbeitszeit nach Abzug der Lohnsteuer und der Beiträge zur Sozialversicherung der Wochenlohn eines über 20 Jahre alten Hilfsarbeiters in der Baumwollgattweberei 23,33 Mark, eines Baumwollgattwebers auf zwei Stühlen 24,10 Mark, der über 20 Jahre alte Hilfsarbeiter in der Tuchindustrie Hainichen, in der Wirtel- und Stricker- sowie Tricotagenindustrie und in der Scherwoll- und Dedewindindustrie 24,84 Mark, in den Kongreßstoffwebereien 23,78 Mark. Die Sätze der öffentlichen Fürsorge für einen verheirateten Familienvater mit drei Kindern betragen dagegen pro Woche im Bezirksfürsorgeverband Dresden 30,87 Mark, Leipzig 31,15 Mark, Chemnitz 33,47 Mark, und Reichenbach i. A. 28,15 Mark. Diese Beispiele liegen sich nach beliebig vermehren, es soll aber mit der Einführung der am leichtesten gelagerten Fälle genug sein. Mit solchen Lohnsätzen erzielen sich die sächsischen Textilindustriellen ganz sicher keine hochwertigen Facharbeiter, über deren Mangel sie ja immer klagen.

Diese Löhne zahlt

die sächsische Industrie, die immer noch am besten verdient.

Nach der Bilanzstatistik Deutscher Aktiengesellschaften erzielten 513 Aktiengesellschaften der Textilindustrie 1927/28 einen Rohgewinn von 18,4 Prozent des Aktienkapitals. So ist dies der höchste Rohgewinn von allen Industriezweigen einschließlich der Banken. In Reingewinn hatten diese 513 Textilaktiengesellschaften 11,2 Prozent vom Aktienkapital erzielt und standen damit an zweiter Stelle; überschlagen wurden sie nur noch von den Banken mit 13,1 Prozent Reingewinn. Hervorragenden Anteil an diesem Durchschnittsergebnis hatten die sächsischen Textilaktiengesellschaften, wie folgende Aufzählung beweist: Bachmann u. Labemig, Chemnitz, zahlte 16 Prozent Dividende, die Baumwollspinnerei A.-G. Gelenau, 12 Prozent, A. und M. Meister, A.-G. Erdmannsdorf, 15 Prozent, die Baumwollspinnerei Wittweida A.-G. 14 Prozent, die Leipziger Baumwollspinnerei A.-G. 16 Prozent, die Weiskalter Spinnerie und Weberei A.-G. 10 Prozent, die Baumwollweberei Wittweida A.-G. 9 Prozent, die Lugauer Kammgarnspinnerei A.-G. 10 Prozent, die Leipziger Tricotagen A.-G. 12 Prozent, die Vereinigte Kammgarnspinnerei A.-G. 10 Prozent, Gustav Rung A.-G. Treuen, 10 Prozent, die Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co. A.-G. 10 Prozent, die Zwifauer Kammgarnspinnerei zahlte 18 Prozent Dividende, Julius Kämpel A.-G. in Seulentoda 10 Prozent, Gardinenfabrik Plauen 12 Prozent, A.-G. für Gardinenfabrikation, Delzig 15 Prozent, Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur A.-G. 12 Prozent, Leipziger Spinnfabrik Barth u. Co. A.-G. 12 Prozent.

Besonders gut verdient haben die Vorzugsaktionäre der sächsischen Spinnweberei A.-G., die Lage und schreibt 45 Prozent Dividende ausgezahlt erhalten. Daneben erscheint die für die Stammaktien ausgezahlte Dividende von nur 8 Prozent beinahe als eine Lappalie. Interessant sind auch die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages dieser Aktiengesellschaft; danach erhalten der Vorstand und die höheren Beamten eine Tantieme bis zu 4 Prozent des Reingewinns an die Stammaktien-

näre und bis zu 20 Prozent des Reingewinns an die Vorzugsaktionäre. Außerdem werden 10 Prozent Tantieme vom Reingewinn an den Aufsichtsrat, außer einer feststehenden jährlichen Vergütung von 1200 Mark für jedes Aufsichtsratsmitglied und 2400 Mark für den Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewährt. Bleibt noch erscheinen in der Bilanz diese Tantiemen sogar im Lohnkonto.

Recht interessant ist auch die Bilanz der A. S. Glaeser jun. A.-G., Schöna. Diese Gesellschaft erzielte bei einem Aktienkapital von 200 000 Mark einen Reingewinn von 673 709 Mark,

also 336 Prozent des Aktienkapitals! Auch die Präunsdorfer Strumpffabrik A.-G. erzielte über 100 Prozent Reingewinn, nämlich 44 371 Mark bei einem Kapital von 30 000 Mark. Angesichts dieser Gewinne erscheinen die Verdienste der sächsischen Textilarbeiter doppelt so gering. Und dabei wird immer noch geltend gemacht, daß die Preise und ungenügende Rentabilität! Die Textilarbeiter erwarten, daß die Rentabilität und die Verdienste der Unternehmer nicht irreführen lassen, sondern die Verhältnisse so liegen, wie sie in Wirklichkeit sind. Elendelöhne und phantastisch hohe, wolkenscheinig gar nicht zu veranschauende Gewinne können einfach nicht nebeneinander bestehen.

Der neue Zuckerzoll

Die Unternehmer profitieren schon davon

In manchen Presseäußerungen über die Zuckerzollfrage ist gesagt worden, daß man nicht beabsichtige, den inländischen Zuckerproduzenten eine Preissteigerung zuzulassen zu lassen, sondern daß lediglich beabsichtigt sei, ein Abwinken des Preises unter ein für die inländische Produktion erträgliches Maß zu verhindern. Wenn das richtig wäre, so hätte man die ganze Aktion nicht nötig. Der Gesamtzoll, dem man Sachkunde nicht absprechen wird, erklärt einen Zuckerpreis von etwa 19 Mark für ausreichend. Das ist aber der Preis, den die Zuckerproduzenten auch ohne Zollerhöhung mühselig erreichen.

Der wirkliche Sinn der Zollerhöhung, die den Produzenten einen Mindestpreis nicht von 19, sondern von 21 Mark garantieren soll, spricht sich denn auch in der Preisbewegung am Zuckermarkt bereits aus. Seitdem die Zuckerzollfrage in den Kreisen der Zuckerinteressierten recht unerschrocken beurteilt wird, stehen die Preise an. In der vergangenen Woche erhöhte sich der Rohzuckerpreis, wie der Frankfurter Zeitung aus Magdeburg berichtet wird, bereits um 10 bis 15 Pfennig gegenüber der Vorwoche. Für Verbrauchs Zucker sind die Abgeber recht zurückhaltend und konnten deshalb von der vorwärtigen zur vorigen Woche eine Preissteigerung um 25 Pfennig durchsetzen. Das ist der Anfang. Weitere Erhöhungen werden nicht lange auf sich warten lassen.

Die genannten Preissteigerungen beziehen sich auf den Zentner Zucker der handelsüblichen Sorte. Sie betragen also bisher ein halb Pfennig pro Pfund Rohzucker bzw. ein Viertel Pfennig pro Pfund Verbrauchs Zucker. Ein Pfennig Preissteigerung pro Pfund Verbrauchs Zucker belastet die Konsumenten im Jahre mit etwa 25 Millionen Mark. Es ist vorzuziehen, daß es bei einem Pfennig Verteuerung pro Pfund nicht bleiben wird, und daß dementsprechend die neue Belastung der Konsumenten weit mehr als 25 Millionen Mark betragen wird.

Wir haben in unseren Artikeln über die Zuckerfrage darauf hingewiesen, daß der Zollerhöhung die Absicht zugrunde liegt, mit den Preissteigerungen am internationalen Zuckermarkt nicht auch den Zuckerpreis in Deutschland zum Sinken kommen zu lassen. Die deutsche Zuckerindustrie nimmt diese Absicht mit Behagen hin. Diese Absicht soll aber gerade nach der Meinung der Sozialdemokratie verbunden sein mit der anderen Absicht, der Zuckerindustrie keinen höheren Preis als 21 Mark erreichbar zu machen. Dagegen meinten nunmehr die Herren der Zuckerindustrie. Sie finden nach einer Mitteilung der Frankfurter Zeitung, daß die Bindung an einen Höchstpreis von 21 Mark bei einem Anstieg des Weltzuckerpreises zu ihren Ungunsten ausschlagen könnte. Die Zuckerindustrie hofft deshalb ein Kompromiß zu erreichen.

Nichts ist besser geeignet, die ganze Problematik der Preisstabilisierung für landwirtschaftliche Produkte, wie sie das sozialdemokratische Agrarprogramm fordert, zu demonstrieren, als dieses Beispiel. Nicht nur beim Zucker, auch bei jedem anderen Agrarprodukt werden die Produzenten eine Stabilisierung gerne hinnehmen, solange sie ihren Vorteil nicht verlieren. Da aber der Sinn jeder solchen Stabilisierung auch sein muß, Preisausgleichungen nach oben im Interesse der Konsumenten zu verhindern, so wird jedesmal ein großes Geschrei erheben, sobald die inländischen Produzenten den Weltmarktpreisen gegenüber ungenügender gestellt sind. Es wird, wie sehr beim Zucker, nicht beim Geschrei allein bleiben. Solange die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, besteht immer die Gefahr, daß Stabilisierungsaktionen in der Praxis dahin führen, daß zugunsten der Produzenten und zumungunsten der Konsumenten niedrige Preise verhindert werden, das Prinzip der Vermeidung überhöhter Preise aber durchbrochen wird.

Den Unwillen der deutschen Zuckertaxisten über die „Zunahme“, mit der Sicherung ihres Preises gegen ein Abwinken durch höhere Zölle, auch den Verzicht auf eine eventuell mögliche Erhöhung der Preise über den Richtpreis von 15 auf 21 Mark hinaus zu erklären, bringt nun auch die Kölnische Zeitung zum Ausdruck: „Der Gedanke ist überhaupt abwegig, daß, falls durch irgendwelche Verhältnisse der Weltmarkt sich doch etwas kräftiger aufbessern sollte, allein die deutsche Industrie daraus keinen Nutzen ziehen sollte... Er wird das aber um so mehr, weil die Höhe des als Höchstgrenze gedachten Preises dafür gar kein Äquivalent bietet.“

Die Zuckerzollerhöhung vom Reichsrat angenommen

De. Berlin, 10. Dezember.

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Vollziehung vom Montagmittag die Vorlage über die Zuckerzollerhöhung an. Die Vorlage sieht eine Erhöhung des Zuckerzollens von 15 auf 21 Mark für den Doppelzentner vor. Die Zollerhöhung soll jedoch nur solange in Kraft bleiben, wie an der Magdeburger Börse im Durchschnitt ein Kalendermonat die Preisnotiz für Rohzucker nicht über 21 Mark steigt. Ein Antrag des Grafen Veit (Vertreter der Provinz Pommern), in den Bestimmungen zugunsten der Verbraucher 22 Mark statt 21 Mark einzufügen, wurde von der Reichsregierung bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß im Falle dieses Antrages die Regierung sich genötigt sehen würde, eine Doppelvorlage einzubringen, wodurch vielleicht das Zustandekommen der Vorlage noch vor Weihnachten gefährdet wäre. In nennenswerter Höhe wurde der Antrag des Grafen Veit mit 36 gegen 30 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Vertreter der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Niederschlesien, Ober- und Niederbayern und der Rheinprovinz und der Provinzen Sachsen, Württemberg und Oldenburg.

Zuckerzoll und Zuckersteuer in Oesterreich

SD Auch Oesterreich macht gegen das ausländische, insbesondere das tschechische Zuckerdumping, mobil. Im Zollantrag des Nationalrates wurde eine Erhöhung des Zuckerzollens beantragt, und zwar sollen Zuckersteuer und Zuckerzoll um 6 Goldkronen erhöht werden. Die österreichische Sozialdemokratie tritt für die Abschaffung des Dumpings ein, wendet sich aber mit Recht gegen die Erhöhung der Zuckersteuer, die ja nur den inländischen Verbrauch droheln und die Position der Zuckerindustrie bzw. des Zuckerfabrikanten schwächen kann. Gefordert wird von den Sozialdemokraten insbesondere die Aufhebung der Warenumschlagsteuer auf Zucker, um eine Belastung der Verbraucher zu verhindern.

Sowjetrußlands Angebot an den amerikanischen Stahltrust. Sowjetrußland hat dem amerikanischen Stahltrust (Bethlehem Steel) eine Eisen- und Stahlkonzeption angeboten. Von der Konzeption aus sollen besonders die asiatischen Länder mit Eisen beliefert werden.

Rote Hände

oder brennend rotes Gesicht wärmen. Ein wirksames Mittel gegen die kälte, regnerische und schnellweiche Creme Leodor, auch als herrlich duftende Unterlage vorzüglich geeignet. Ueberreichlicher Erfolg. Tube 1 M., wofür unterliegt durch Leodor-Beilage, Stück 50 Pf. In allen Colonialwarenhandlungen zu haben.

Giganten der Landstraße

Ein Rennfahrer-Roman von André Reuze

Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Angermayer.

Copyright in Uebersetzung Gutesberg, Berlin.

Auf der Straße staute sich die erregte und lärmende Menge. Nur mühsam vermochte sich das Auto seinen Weg zu bahnen, trotz aller Flüche und Signale des Chauffeurs. Man nahm ihn nicht ernst und rief ihm entweder lustige oder grobe Worte zu. Am Rande des Trottoirs streifte ein hübsches Mädchen die Arme nach Ravenelle aus und bettelte:

„Nimm mich doch mit, Großer! Nimm mich mit!“

„Andere riesen belustigt!“

„Gute Reize!“

„Ein kleiner Bengel redete die Nase hoch und rief schallend: „Schid mal anständig Rennberichte, alter Knabe!“

Vor dem Lunapark wurde das Gedränge einfach lebensgefährlich, und Ravenelle mußte sich mit Mainguy den Eingang erkämpfen.

Hier, in diesem riesigen Volkspark, hatten sich nämlich die Bewunderer der „Straßengiganten“ für ein Silberstück das Recht erkauft, im erhabenen Augenblick der Einschreibekontrolle und der Rückennummernverteilung, wie Sardinen zusammengepackt, mit dabei sein zu dürfen.

Hier war das Volk ganz unter sich. Obwohl ein Sänger seine Arsen aus vollem Halse schmetterte, um dadurch die unruhigen Gehirne im Zaum zu halten, ließ sich die Masse in ihrem angeordneten Lärm- und Lachbedürfnis nicht stören. Die zahlreicheren Rennfahrer, die man hier, mit dem Publikum vermischt, sehen konnte, hatten allerdings ein erheblich anderes Aussehen als ihre berühmten Kollegen aus dem Café Eggelstor. Ihre schwarzweißen, weinroten, rosagrünen oder gelbgrünen Trikots waren regenverwaschen und sonnengebleicht, und kamen wohl gerade aus der Wäsche. Viele dieser Rennfahrer waren ziemlich unterseht, schon bejahrt und hatten enorme Schenkel, oder noch sehr jung, schmählich und ein wenig eingefallen. Ihre Beine glänzten von Massageöl. Alle waren mit Erschrocken beladen, und die vollgestopften Trikotsachen gaben ihnen bizarre Brillen und Hüften.

Einer sagte im Vorbeigehen:

„Meine Alte hat geheult!... Da hab' ich ihr 'ne Halbestertpulle unter die Nase gehalten und gesagt: 'Ku heul' die Wulle mal richtig voll, daß ich sehe, ob du's echtlich meinst! — Schon hat sie wieder gelacht...“

„Das sind alles sogenannte „Unabhängige“, erklärte Ravenelle. Keiner von ihnen hat einen Fabrikvertrag, und jeder fährt auf eigenes Risiko. Sie werden diese armen Teufel, weitab von der Spitzengruppe der Berufsfahrer, in kleinen Häusern strampeln sehen, und man kann wohl behaupten, daß sie eine geradezu entsehlische Aufgabe vor sich haben!“

„Warum fahren sie dann die Rundsahrt mit?“

„Am späteren einmal, wenn sie sich als bezahlt erwiesen haben, einen anständigen Vertrag zu bekommen, oder um für ihren Fahrzettel, den sie in irgendeinem Provinzort besitzen, Reklame zu machen, oder auch aus purer Liebe zum Strahnsport, sozusagen aus reinem Idealismus!... Heute nennt man sie in etwas übertrieben schmeichelehafter Weise „Straßenrenntouristen“!... Touristen!... Diese armen Teufel!... Früher hießen sie einfach

„Einschahrer“, Joliete, was zwar etwas trauriger, aber erheblich richtiger klang!“

„Ja, ja... der Ruhm!...“, murmelte Mainguy verträumt.

„Und jetzt wollen wir an den Start gehen!“ sagte Ravenelle.

Draußen brüllten die Zeitungshändler:

„Die Radwelt!... Komplette Starterliste!... Die Radwelt!“

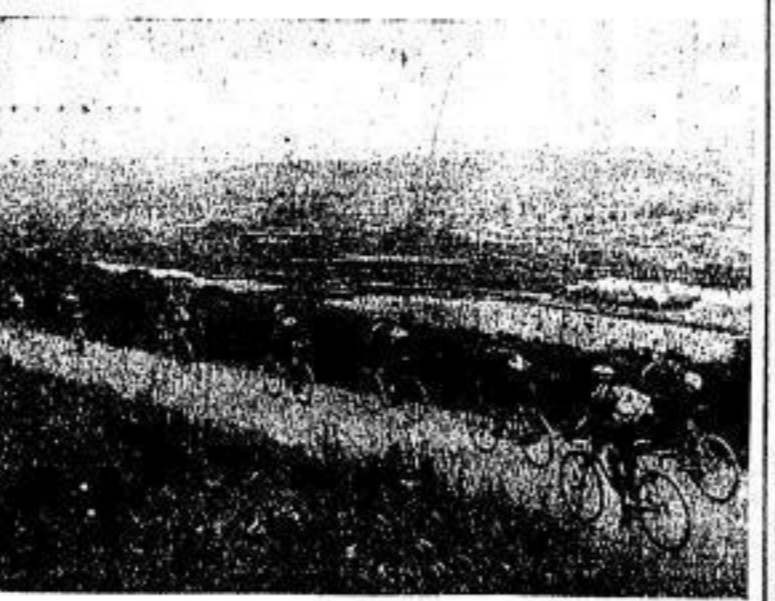
„Das Sportblatt!... Extra-Ausgabe!...“

„Für zwei Groschen lufsten sie bis übermorgen!“ Der neue amerikanische Dauerrennwagen!“

„Radwelt!... Sportblatt!... Rausgummi!...“

Die Luft dröhnte.

Eben hatte es in Argenteuil, unweit von Paris, drei Uhr morgens geschlagen, und hundertsechzig Rennfahrer standen, in einen einzigen Farbkumpen zusammengeballt, am Start.



Wie dreißig Schlangen wanden sich rote Erschrecken um ihre Schultern, und mit ihren Hüften schüttelten sie die schlanke Stahlrahmen, auf denen sie ganz Frankreich durdrollen sollten. Dunstige Handhübe verbargen die Hände. Die Geschlechter waren spöttisch oder ernst.

Die lärmende Menge von Paris war fern. Nur die Fanatiker waren bis hierher geeilt, um dem grandiosen Start beizuwohnen. Ritt ihnen unwimmeln zahllose Radfahrer, Motorräder und Schwabelfahrer die Heiden der Landstraße und hatten sich vorgenommen, das Feld wenigstens bis Sonnenaufgang zu beherrschen. Im Dunkel gewahrte man die wuchtigen Wagen der offiziellen Renntouristen. Soeben war ein dieser Wagen der eine Liste in Händen dabei, mittels Lausprechers den letzten Appell abzugeben: „Tampier... Blanc-Mesnil... Bouarre... Demouder... Hier!... Hier!“

„Presente!“ riefen die Italiener.

Die ganze Riesenmasse kam in wogende Bewegung. Die Radteile der Rennmaschinen blühten. „Diese Vorbereitung zum Kampf ist phantastisch!“ sagte Mainguy.

Ravenelle freute sich, als er das Interesse seines Freundes gewahrte.

„Nicht wahr?... Hier stehen hundertsechzig starke und mutige Burken, von denen höchstens vierzig wieder in Paris ankommen! Jeder von zwölf haben Siegeschancen, und nur ein einziger kann Triumphtor sein! Und auch er wird nicht nur durch Muskeln oder Lungen, Lenden oder Nagen, sondern durch seine unbeugsame Entschlossenheit die Spitze halten und mit eisernem Willen jedes Besch überwinden. Sie finden hier alle Charaktere und Temperamente auf einem dichten Haufen beisammen. Hervorragend vorangelaute Naturen, die sich bis zur letzten Erschöpfung verausgaben; schwerfällige, doch geduldige und zähe Kämpfer, die mit zusammengebeißenen Zähnen weiterrollen und auch das Ziel erreichen! Wir finden hier harmonische und kluge Menschen aber auch Querköpfe und Schieber! Begreiflicherweise werden die Massen durch soviel Energie mitgerissen und elektrisiert. Um nun diese Massenbegeisterung nicht erlahmen zu lassen, wird die Strecke der Rundsahrt jedes Jahr schwieriger gestaltet, und dadurch werden die Rennfahrer zu Volkshelden!“

„Was haben denn die Fahrer für Namen auf den Trikots?“ fragte Mainguy. „Ja, mein Lieber, diese für den Laien sich klanglosen Worte „Expres“, „Stella“, „Brillant“, „Opal“, „Mantel“ oder „Riva“ sind die eigentliche Erklärung dieses langen Rennens. Wie überaus, muß auch beim Rennsport die Flagge die Waise decken; und die Heiden der Landstraße den letzten Endes nichts weiter als rotende Platten! Da aber jede Reklame die Geld kostet, wieder Geld einbringen muß, lautet der Befehl: „Krepiere... aber jahre!“

Mainguy schüttelte stumm den Kopf.

Ravenelle fuhr fort: „Sie haben doch sicher schon einmal im Kasino irgendeines Kurorts die „kleinen Pferdchen“ laufen sehen? Der Uneingeweihte kann sich nur ganz selten erklären, welcher Mechanismus dieses Pferdchenspiels eigentlich belebt. Forcht er aber nach, dann entdeckt er hinter dem Spielfeld eine Finanzgruppe, die diese Unterhaltung organisiert, um die Spieler mit ihrem Geld anzulocken... Hier, mein Lieber, rollt daselbe Spiel auf der Landstraße, und auch hier sind die Karten mehr oder minder gut gemischt!“

Inzwischen nahm der Ruf der Fahrer seinen Fortgang. „Wer ist denn eigentlich das dunkelblaue Trikot mit weißem Stern, das schelmbar seinen Kopf hat?“ fragte Mainguy.

„Das ist der Senegalener Samba-Tatoré, „Kakadüte“ genannt, ein früherer Schiffstocher, und ein Fahrer, der in der tollsten Höhe am besten turniert! Ich möchte wissen, was dem kleinen Chevillard fehlt! Sehen Sie doch, wie nervös er ist!“

Chevillard ließ mit seiner Rückennummer häufig die Reihen des Publikums ab.

„Dem fehlt gar nichts!“ sagte Tampier. „Er hat sich bloß in den Schöbel gefecht, daß ihm irgendeine hübsche Maus seine Rückennummer ans Trikot nähen soll, weil er sich einbildet, daß ihm das Glück bringt!“

Ravenelle suchte mit Mainguy nach einer kleinen Dame, die Chevillards Wunsch entsprechen könnte, und entdeckte schließlich ein reizendes Mädchen, das auch sofort bereit war, dem Rennfahrer seinen Wunsch zu erfüllen. (Fortsetzung folgt.)



Vom wahren Schenken

Zu keiner Zeit im Jahre rührt sich wohlwollende Nächstenliebe so emsig, als zu Weihnachten. Groß ist die Zahl der Vereine, die denen, die weniger haben, Befeuerungsfeste veranstalten und Gabentische decken und selber daran echte Freude empfinden; denn Geben ist nun mal selbiger als Nehmen, wenn auch der Nehmende unvertennbar auch zu seinem Teil Beglücktheit verspürt. Aber Nehmen in üsse n vor vielen Fremden ist etwas von vielen peinlich Empfundenes, vom Geber bestimmt nicht Beachtenswertes. Darum sollte unterschieden werden zwischen Weihnachtsfeier und Weihnachtsbefeuerung. Feiern sind öffentliche Veranstaltungen, Befeuerungen aber sollten nur im engsten Familienkreise stattfinden; denn das Weihnachtsfest ist das Familienfest, ist das Fest, wo auch die ärmsten Eltern ihre Kinder beglücken möchten, sei es auch nur durch einen Gebrauchsgegenstand, der über kurz oder lang sicher beschafft werden möchte. Es ist das Fest, an dem der Arme wie zu keinem andern Fest spürt, daß er arm ist, daß er nicht Freude bringen kann, weil es ihm am Notwendigsten fehlt. Dürfen wir sein deprimierendes Gefühl ausnützen, indem wir ihm in öffentlicher Befeuerung — auch eine Vereinsveranstaltung ist etwas Dessenförmliches — ein Paket in den Arm drücken und dafür entsprechenden Dank und eine strahlende Miene fordern? Wäre es nicht taftvoller, wenn wir seine Armut respektieren, indem wir ihm die zuge dachte Gabe nett verpackt in seine Wohnung bringen, damit er selber seinen Angehörigen oder den Kindern Freude bereiten kann?

So wie die Einzelperson wohl nur selten bei sich im Hause beschert, was leicht eine proflige Note erhalten würde, sondern seine Pakete den vom Glück weniger Begünstigten ins Haus trägt, ebenso sollten die Vereine mehr mittelbare Beschenke, indem sie den Eltern die Gaben für die Kinder in die Wohnung bringen. Wenn ein Kürchen mit einem „Trogen Weihnachts“ den Absender vertritt, so beehrträgtigt diese Form den christlichen Wert des Schenkens in feiner Weise. Die Freude ist außerdem eine doppelte; denn das Geschenk, das den Kindern aus Elternhand gegeben wird, nimmt ihm den Charakter der Almengabe, der ihr in öffentlicher Befeuerung unverkennbar anhaftet. Das Weihnachtsfest ist das Familienfest. Sein geheimnisvoller Zauber geht verloren in der Lichtfülle großer Säle, sein Charakter als Familienfest verdirbt durch die Anwesenheit zahlreicher Leute, die oft auf besonderen Dank rechnen in der Stunde, die dem Armen die Tränen in die Augen treibt, weil ihm seine Lage doppelt hart erscheint. Es ist bitter, sich von Fremden Dinge schenken lassen zu müssen, die eigentlich als selbstverständliche tägliche Bedarfsartikel Wert haben und über öffentliche Befeuerung keineswegs Fest wert erhalten.

Schwester Lydia Kuehland, Landesfürsorgerin.

Zum Tode von Martha Schilling

Liebeskühnheit stehen die Frauen der SPD Groß-Leipzig an der Bahre ihrer unermüdbaren Kämpferin und Mitkämpferin der Genossin Martha Schilling, Mitglied des Landtages.

Mitten im frohen Schaffen ereilte sie der allzufrühe Tod. Ihr edles Streben, das Beste für die Arbeiterklasse zu erwirken, wird unvergessen bleiben und uns jederzeit ein leuchtendes Vorbild sein. Sie war eine unserer Besten.

Die Frauen der SPD Groß-Leipzig.

Zirkus Sarrafsani

Seit einer Reihe von Tagen herrscht auf dem Wehplah reges Leben und Treiben. Sarrafsani-Wandezirkus kommt demnächst nach Leipzig. Am ersten Weihnachtsstabe eröffnet er die Reihe seiner Vorstellungen. Aber schon jetzt ist man einige Zeit dabei, den Bau, in dem die Vorstellungen gemacht werden sollen, aufzurichten. Es ist nicht, wie sonst beim Wandezirkus üblich, ein Zelt, sondern ein regelrechter Holzbau. Ein „Sommerzelt“, in dem bisher alle derartigen Unternehmen „arbeiteten“ — im Winter hielten sie sich in festen Steinbauten auf — brauchte zu seinem Aufbau 6 und zum Abbruch 4 Stunden. Das Winterzelt, das jetzt erst zum zweitenmal aufgeführt wird, erfordert 14 Tage Ausbaueit und dauert 10 Tage abzubauen. 8 Rohre aus Mannesmann-Stahl von 26 Meter Länge tragen die 300 Zentner schwere Kuppel aus Holz. Sie wurde auf ebener Erde zusammengeführt und dann in vierstündiger mühsamer Arbeit hochgehoben. Der ganze Holzbau ist ohne jeden Nagel errichtet; alle Teile sind ineinandergefügt und verhaft; Wände, Planken, alles wird nur zusammengepreßt und das richtige, 73 Meter im Durchmesser betragende Gebäude hält in sich selbst.

Die eigentliche Arbeitsstätte der Zirkusleute, die „Manege“, hat 17 Meter Durchmesser, während sonst ein Durchmesser von 13 Meter gebräuchlich ist. Der Winterbau ist ein konstruktives Meisterstück und rechtfertigt nach Anspruch von Fachleuten die Bezeichnung „Wunderbau“.

Auf dem Wehplah hat sich eine kleine Stadt niedergelassen. Fast 200 Automobile gehören zum Trok; sie stehen nebeneinander in Reihen und bilden richtige Straßen. So gar ein „Regierungsgebiet“ gibt es, mit Verwaltungsbüro, Presse, Direktions-, Buchhaltungs-, Kassenwagen, 800 Angestellte arbeiten in dieser Stadt; ein eigenes Elektrizitätswerk schafft Licht, eigene Heizungsanlagen versorgen Autos und Ställe mit Wärme. Man darf auf das bisher ungewohnte Schauspiel eines Wandezirkus im Winter wirklich gespannt sein!

Fahrtgeschwindigkeit von Lastkraftwagen

Zahlreiche nicht unberechtigte Beschwerden veranlassen das Polizeipräsidium, darauf hinzuweisen, daß Lastkraftwagen mit Anhänger innerhalb geschlossener Ortschaften als höchstzulässige Fahrtgeschwindigkeit 16 Kilometer in der Stunde sehen dürfen. Dies gilt sowohl für Geschwindigkeit unter wie über 15 Tonnen. Es wird im Zukunft gegen Überschreitung dieser Geschwindigkeit im Interesse der Allgemeinheit unmissverständlich eingeschritten werden.

Weiter liegt Veranlassung vor, auf das Ueberladen der Lastkraftwagen hinzuweisen. Das Polizeipräsidium würde bedauern, wenn es gezwungen wäre, künftige Kontrollen dadurch vorzunehmen, daß es die Lastkraftfahrzeuge zur Prüfung der Belastung auf öffentliche Waagen fahren lassen müßte. Es wird deshalb der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Maßnahmen durch Vermeidung des Ueberladens sich nicht nötig machen.

Uternabend, 33. Volkshule, Heute, 20 Uhr, Uternabend. Thema: Das gute Buch, verbunden mit einer Buchausstellung.

Noch ein Wort zum Gemeindefest

Es geht bergab mit der bürgerlichen Vorherrschaft in Staat und Gemeinde. Das ist schmerzlich für die Kreise, die vor gar nicht langer Zeit noch auf stolzen Kössen über die Forderung nach Volksrechten hinwegtritten. Sie hatten die Verwaltung in Staat und Gemeinde so restlos in Händen, daß nicht einer aus den beherrschten Volksschichten sich die für Verwaltungsaufgaben notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen aneignen konnte. Dieses Privileg ist den ehemals so stolzen Herrschaften durch die Verfassung genommen. Aber die jahrhundertlange Besorgung hat ihnen dennoch bis in die heutige Zeit hinein die große Mehrheit der Verwaltungsaufgaben erhalten. Gehört auch nicht viel besondere Intelligenz dazu, Staats- und Gemeindeverwaltungsaufgaben zu erfüllen, so ist doch eine Vorbereitung zu diesem Dienst und ein gewisses Maß von Erfahrung zu solcher Berufsausübung notwendig, um die gestellten Aufgaben im besten Sinne auszuführen. Da vor dem Untergang die Arbeiterschaft von dieser Betätigung vollends ausgeschlossen war, konnte sie sich weder der Vorbereitung widmen, noch die erforderliche praktische Erfahrung aneignen. Und diese Tatsache nutzt nun das Bürgertum mit ganz besonderem Raffinement, um sich seine vorherrschende Stellung in der Verwaltung zu sichern. Man höhnt über die „Unfähigkeit der Parteibuch-Beamten“, preißt den Fachmann alter Conleur über das Bohnenlied und heßt seinen Kumut über die nicht fachlich vorbereiteten Verwaltungsbeamten zu Verunglimpfungszwecken durch alle Gassen der öffentlichen Meinung.

Am 3. und 4. Dezember tagte in Dresden der Sächsischen Gemeindefest. Die dort gepflegten Debatten waren nicht, wie sonst, lediglich eine Parade bürgerlicher Verwaltungskunst. Wir leben in einer Zeit der Umwälzung, in einer Zeit, da auch die stets von der Verwaltung geförmlich ausgeschalteten Kreise des Proletariats besonders in die Gemeindeverwaltung eindringen und dort nicht ohne Erfolg versuchen, den proletarischen Interessen auch durch Verwaltungsmaßnahmen Rechnung zu tragen. Das ist den einschüchtlenden bürgerlichen Vertretern eine verflucht unangenehme Sach. Sie denken mit Schrecken zurück an die Zeiten, da Dreiklassen- und Pluralwahlrecht den Besitzinteressen ein erdrückendes Uebergewicht auch in der Verwaltung verschaffte. Sie schämen sich vor Tat, wenn heute irgend ein proletarischer Vertreter einmal ungeschont auszusprechen wagt, daß die von der heutigen Wirtschaftsordnung besonders Geschunden des besonderer Schutzes der Allgemeinheit bedürfen. Das wurde auch auf dem genannten Sächsischen Gemeindefest zum Ausdruck gebracht. Was sagen aber die VVN, die in ihrer letzten Sonntagsausgabe zu dem Verlauf des Sächsischen Gemeindefests Stellung nahmen, dazu?

„Ein erhebendes Fest ist der Sächsischen Gemeindefest am 3. und 4. Dezember nicht gewesen! Das Schöne von allem war zweifellos die Festvorstellung der „Koblerhaus“ im Kantischen Opernhaus. Auch der Empfangabend in den Repräsentationsräumen des Dresdner Rathhauses konnte sich allenfalls noch sehen lassen.“

Diese Worte sind charakteristisch. Fest, Opernhaus, Empfangsabend in den Repräsentationsräumen. Solche Neuschöpfungen sollen uberdreien „eine herbe Kritik“ sein. Nicht ganz so schön, aber immer noch besonders hervorzuheben sind den VVN die bürgerlichen Referenten Dr. K. u. a. m. n. und Dr. K. u. i. j. Nur ihre Ausführungen werden als vollständig hingestellt. Allerdings:

„Auch die Korrespondenz des ehemaligen Ministers und jetzigen Bürgermeisters Ullig aus Kadeberg und des Oberbürgermeisters Kimpel aus Freital konnten sich hören lassen, wenn bei diesen beiden natürlich auch immer wieder einmal der Pierdesch der sozialen Weltanschauung durchblicken mußte. Da diese Betonung dann und wann den lauschenden Parteilosegen gegenüber notwendig war.“

Besonders ungehalten sind die VVN darüber, daß der Bürgermeister Schumann von Delitzsch, der sich selbst belegiert hat, nicht „immer wieder einmal“ anerkannt, sondern in großen Beugen die Luft gekehrt wurde. Die VVN entließen sich weidlich, daß „es möglich ist, daß eine Gemeinde auf dem Sächsischen Gemeindefest vertreten sein kann, ohne daß ihr gesetzlicher Vertreter, der die sämtlichen Fäden der Verwaltung in der Gemeinde in seiner Hand haben soll, die Gemeinde vertritt.“

Aus der Zurückweisung des sich selbst wählenden Bürgermeisters von Delitzsch folgern die VVN die Notwendigkeit der Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung. „Die in ihrer jetzigen Form nicht geeignet sind, den Bürgern der Gemeinde Segen zu bringen.“ Da gegenwärtig noch das Bürgertum die Bürgermeistereien fast ausschließlich in Besitz hat, ist der VVN durch sie ein Gegengewicht gegen das Schreckgespenst proletarischen Einflusses auf dem Sächsischen gegeben. Die VVN äussern sogar „den gelunden Gedanken der Steinischen Selbstverwaltung“, um der „Unerfahrenheit und der Verantwortungsförmigkeit der parlamentarischen Rebestreime“ entgegenzuwirken. Nun hat zwar der in neuerer Zeit wieder viel zitierte Freiher von Stein u. a. auch gesagt: „Man sehe die Gemeinden in den Entset, reiten werden sie schon können.“ Dasselbe gilt von proletarischen Gemeindevertretern. Wie oft hat man nicht die „Parteibuchbeamten“ den „Fachleuten in der Verwaltung“ gegenübergestellt, nur um die Position der Sozialdemokratie zu schwächen. Daß diese eine nur zu perfider Zweck erfindene „Kritik“ ohne Schrafe war, zeigen selbst die gegen die Sozialdemokratie haterfüllten VVN in ihren „Rathslängen zum Sächsischen Gemeindefest“. Denn die Anerkennung, die sie den Genossen Ullig und Kimpel als Gegenreferenten des Sächsischen Gemeindefests zollen mußten, hat ihnen nicht die Loyalität eingegeben. Sie st von der tatsächlichen Leistung der genannten Genossen erzogen worden. Was der Freiher von Stein in dem zitierten Wort für die Gemeinden sagt, trifft selbstverständlich auch für die „Parteibuchbeamten“, d. h. für die Genossen zu, die durch das Vertrauen der Gemeindevertreter in Verwaltungsstellen gerufen wurden. Und das gleiche gilt für die nicht in Bürgermeisterstellen befindlichen und dennoch zum Gemeindefest entsandten sozialdemokratischen Gemeindefestreferenten.

Die Gemeindefestreferenten sollen nicht eine Hauptdomäne der Berufsbeamten bleiben, obwohl diese dabei nicht entbehrt werden können. Je mehr von der Bevölkerung zu bestimmtem Laion in die Verwaltung einbringen, in desto besserer Weise wird diese den Wünschen und Erfordernissen der Bevölkerung selbst angepaßt werden. Daß dies geschieht, ist aber das Haupterfordernis bei der Selbstverwaltung. Die Verwaltung ist nicht ihrer selbst willen, sondern der Bevölkerung wegen da. Je wefensreicher den Einwohnern einer Gemeinde die Gemeindeverwaltung ist, je weniger das Element daran beteiligt wird, desto größer ist die Gefahr eines aufgelaesenen, langstieligen, ebenso kleinmüßelsträmischen wie machthaberischen Bureaukratismus.

Leider haben die Kommunisten durch ihr Verhalten den Feinden einer proletarischen Durchdringung des gemeindlichen Verwaltungsapparates außerordentlich willkommene Argumente in die Hand gegeben. Der kommunistische Stadtverordnete Gaebel z. B. lam sich über alle Maßnahmen weisheitsvoll vor, als er der „ewigen Fröhsimperei“ den Krieg erklärte und in Aussicht stellte, einmal die Faust aufs Rednerpult zu legen. In gleicher Weise „betätigten“ sich auch die übrigen kommunistischen Redner auf dem Sächsischen Gemeindefest. Wer so jede praktische Mitarbeit ablehnt, der sollte sich von Kongressen, die dem Zwecke dienen, der Gemeindeverwaltung neue Wege zu öffnen, fernhalten. Mit großen Worten kann man unmöglich neue Wege bahnen. Selbst dann nicht, wenn das W-ündchen noch so ungewaschen ist.

Verwaltungsreform und Finanzausgleich

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hält gegenwärtig eine Sitzung in Leipzig ab. Bei dieser Gelegenheit lud er Vertreter der Kreise Mitteldeutschlands zu einer Konferenz, in der der Präsident Dr. Müller einige Ausführungen über die den Städtetag beschäftigenden Probleme machte. Ueber die Verwaltungsreform äußerte er sich dahin, daß die Städte eine sinn- und planvolle Neugestaltung des Reichs, eine starke Reichsgewalt, eine einfache und überblickliche Verwaltung wollen, bei weitgehenden Selbstverwaltungsberechtigungen der Gemeinden und einer den berechtigten Sonderinteressen der „Stämme und Kulturkreise“ Rechnung tragenden Dezentralisation. Daß die Städte mit steigender Beförderung die Komplexierung der öffentlichen Verwaltung und das Nebeneinanderregieren von Reich und Ländern betrachten, könne nicht wundernehmen, denn im Kampf zwischen Reich und Ländern seien die Gemeinden die staatsrechtlich Schwächsten und in dauernder Gefahr, unterdrückt zu werden. Die Forderung der Gemeinden, eine Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern zu errichten, sei nicht überall richtig verstanden worden. Selbstverständlich hätten die Kommunen nicht daran, durch diese Abteilung die Zuständigkeit der Länder zu beschränken. Ihre Aufgabe solle ausschließlich in der sachverständigen Beratung der Reichsregierung liegen und eine zweckmäßige Dezentralisation bei der Ausführung der Reichsgefesetze erleichtern.

Von besonderer Wichtigkeit sei das Finanzproblem. Vereinheitlichung des Grund- und Gewerbesteuerrechts sei zu begrüßen, sie müsse aber den Gemeinden ausreichende Bewegungsfreiheit lassen. Die Zusammenhänge zwischen Gewerbesteuer und Gewerbepolitik, die zu den wichtigsten Aufgaben der Gemeinde gehören, und von den Gemeinden am besten überblickt werden können, dürfen nicht auseinandergerissen werden. Das obligatorische Anhörungsrecht der Berufsvertretungen sei abzulehnen. Es bedeute einen Eingriff in die Selbstverwaltung und wirke sich dahin aus, der durch Wahlrecht eingesetzten Vertretung entgegenzuwirken. Die Metztanzsteuer sei ein wichtiger Faktor in der Bekämpfung der Wohnungsnot und von den Gemeinden nicht zu entbehren. Der Finanzausgleich drohe durch den Fehlbetrag im Reichshaushalt für die Gemeinden Einschränkungen zu bringen. Die Mehrkosten des Reichs und der Länder dürften aber nicht auf die Gemeinden abgewälzt werden. Insbesondere sei es möglich, die Gemeinden auf einen festen Betrag zu setzen, da die Ausgaben sich sorgförmig verändern und eine stets steigende Tendenz aufweisen.

Dr. Müller teilte weiter mit, daß der Vorstand des Deutschen Städtetages an den Steuerausfluß des Reichstages ein Telegramm geschickt habe, in dem gegen die geplante Befestigung der Grund- und Gewerbesteuer der linken Hand protestiert wird. Wiederholt seien mitten im Haushaltjahr durch gesetzliche Maßnahmen Fehlbeträge in den Gemeindehaushalt gerissen, die kaum anders als durch Kreissteuern ausgeglichen werden konnten. Auf eine Anfrage, wie sich der Deutsche Städtetag die Deckung des Fehlbetrags im Reichshaushalt denke, ging Dr. Müller nicht in positiver Sinne ein. Es sei nicht seine Aufgabe, sich den Kopf des Reichsfinanzministers zu zerbrechen. Oberbürgermeister Dr. Luppe, Nürnberg, dagegen nannte als einzigen Ausweg aus dem Finanzdilemma Sparmaßnahmen.

Zeit bei den Soziallasten. An Stelle der Versicherung und Versorgung müsse mehr die individualisierte Fürsorge treten. Sehr oft werde weit mehr dem einzelnen zugewendet, als notwendig. Gewiß sei die Sicherung eines Rechtsanspruches für den sozial Bedrückten besser, aber das verarmte Deutschland könne sich einmal die dadurch entstehenden Nebenansgaben nicht leisten. Oberbürgermeister Dr. Landmann, Demotral wie Dr. Luppe auch, redete der Erhöhung der Umsatzsteuer nach dem Wort. Schließlich könne man auch aus der Eckschaftsteuer etwas herauskochen.

Das ist also das A und O der Finanzausgleichs-Weisheit der Korporaden des Deutschen Städtetages. Gegenüber den Beherrschten wagt man keinen Mut. An Soziallasten soll gepart und außerdem dem Verbraucher eine erhöhte Steuerbürde aufgeschuldet werden. Als feinerzeit die Steuerüberschüsse von annähernd dreieinhalb Milliarden Mark an die Rubrikstrassen aufgeteilt und später vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Bestimmung abgedaut wurden, hat der Deutsche Städtetag es nicht als seine Aufgabe betrachtet, vor solchem Verpinnen zu warnen. Jetzt, nach dem Abbau der Befestigung mit nachfolgendem Reichsstaatsentwurf, wenn sich keinen anderen Rat, als die Massen weiter zu belassen. Nun sind zwar die Herren Oberbürgermeister Dr. Luppe und Dr. Landmann nicht der Deutsche Städtetag und noch viel weniger die Reichsminister, aber die Verschaffung der Fehlbeträge des Reichshaushalts. Aber daß ihre Ausführungen ausbleich die einzig positiven Vörunsvorschlösse des Städtetags-Vorstandes zum Finanzproblem darstellten, das ist das Bezeichnende.

Autobuslinie 25

Als die Straßenbahnlinie nach den Wenerischen Häusern in Kleinzschöcher eröffnet wurde, hat der Rat die innerzeitlich eingerichtete Autobuslinie 25, die provisorisch den Verkehr mit den Wenerischen Häusern unterhält, wieder eingezogen. Diese Verbindung muß aber wenigstens zu einem Teile wiederhergestellt werden. Die Linienführung war recht glücklich gewählt. Sie stellte eine direkte Verbindung zwischen den Stadtteilen Connewitz und Schleußig dar. Statt, wie sämtliche Straßenbahnlinien, ihren Weg durch das Stadtinnere zu nehmen, führte die Autobuslinie 25 die Kronprinzstraße entlang und über den Schleußiger Weg nach dem Stadtteil Schleußig. Das bedeutete für die Fahrgäste eine beträchtliche Wegverkürzung und ebenso eine beträchtliche Zeiterparnis. All das ist durch die Einziehung der Linie dahin. Es muß aber vom Räte gefordert werden, die jetzt so plötzlich dem Publikum genommenen Vorteile wieder zu verschaffen. Ob dadurch Zufuß erforderlich wird, steht noch sehr dahin. Und wenn schon, Anjumen kann es nicht verhängen. Die Verkehrsverbündung aber ist so wichtig, daß ihre Wiederherstellung unerlässlich ist und selbst einen Zufuß durchaus rechtfertigen würde. Wenn die Stadt für Verkehrsverbindungen nach Chemnitz Zufuß zahlt, wird sie es doch auch nicht umgehen können, für eine sich als so wichtig erweisende Verbindung von Leipziger Stadtteilen, wenn sie ohne Zufuß wirklich nicht aufrechtzuerhalten ist, einen angemessenen Betrag auszuwerfen.

Wo ruft die Pflicht?

Zur Einbürgerung unserer Genossen Schilling treffen sich:
Platzwig-Lindenau-Schleußig 14.30 Uhr Lindenauer Markt;
Dien 14.30 Uhr am Stephansplatz;
Möckern 14 Uhr an der Hermannstraße;
Großschöcher 13.30 Uhr an der Endstation;
Möckern 15 Uhr am Ostplatz;
Schönig 14 Uhr am Meerfeldplatz-Nichtensteinstraße;
Connewitz 14.30 Uhr Ede Neudorfer und Jochenauer Straße;
Gohlis 15 Uhr am Ostplatz;
Stötteritz 15 Uhr am Ostplatz.
Alle Parteigenossen und Parteigenossen treffen sich pünktlich 15 Uhr am Ostplatz, soweit oben kein anderer Treffpunkt angegeben ist.

Rote Fahnen mitbringen!

Funktionäre.

Westbezirk und äußerer Westbezirk. Donnerstag, 18. Dezember, 20 Uhr, Gohlisstraße, Kolonnade, Elisabethallee, Stellungnahme zur Landesversammlung. Genosse Reizen wird sprechen.
Mahren. Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Turnerheim wichtige Sitzung.

Frauen.

Möckern. Morgen Mittwoch, 19 Uhr, im Heim, Bibliothek, Arbeitsabend.

Schule.

Kinder der Jugendweiche. 38. Volksschule morgen Mittwoch, 18 Uhr, im Heim Unterhaltungsabend.

Arbeiterwohlfahrt.

Wir erlauben alle Vertreter von Losen (Ortsvereine und Konsumvereine) um Abrechnung bis morgen Mittwoch, den 12. Dezember. Nicht abgerechnete Losen gelten als verkauft und können nicht zurückgenommen werden.
Ortsauschuss für Arbeiterwohlfahrt Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Platzwig-Lindenau-Schleußig. Die Gruppe der Kleinen von Lindenau meist diese Woche nicht. Wir treffen uns dafür alle Freitag 15.15 Uhr am Lindenauer Markt zum Filmnachmittag der Freizeiter.

Feilmenschuh Masera. Sitzung am Dienstag, dem 11. Dezember, 19.30 Uhr, bei Stäger. Alle kommen.
Mit-Leipzig. Donnerstag, den 12. Dezember, wichtige Besprechung bei Genossen Köhler, Kochstraße 26, III.

Flucht aus dem Gefängnis

Gestern um 15.30 Uhr gelang es dem Strafgefangenen Alfons Wilmam von A. geboren am 11. Mai 1905 in Blauen, als er im Richtsgericht mit Umkleungsarbeiten beschäftigt wurde, in einem unbewachten Augenblick zu entfliehen. Es sind sofort umfangreiche Maßnahmen zur Wiederergreifung des Missetätigen in die Wege geleitet worden.

Anfälle in Leipzig

Tödtlich überfahren. Gestern gegen 14.30 Uhr ist in der Preußenstraße, Ecke Gorbiger Straße, der acht Jahre alte Knabe Joh. Wolf, aus der Preußenstraße 91 von einem Personenkraftwagen tödtlich überfahren worden. Die Leiche ist dem Institut für gerichtliche Medizin überliefert worden.

Beim Auspringen auf die fahrende Straßenbahn ist, wie erst jetzt bekannt wird, am 6. Dezember ein 31 Jahre alter Verwaltungsinспектор zu Fall gekommen. Er hat sich die rechte Schulter gebrochen.

Sitzung der Stadtverordneten

Am Mittwoch, dem 12. Dezember 1928, 18 Uhr, treten die Stadtverordneten im Neuen Rathaus, Hauptgeschloß, Eingang vom Burgplatz, zu einer Sitzung zusammen. Die Tagesordnung lautet: Wahl eines Vertrauensmannes und eines Stellvertreters für die Sächsisch-landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Weiterführung der Werkstätten für Erwerbsbeschädigte, Uebernahme der städtischen Speiseanstalten in eigene Verwaltung, Eintritt in die Gesellschaft sächsischer Jugendberufshilfen u. a. m., Ortsgefes über die Pflege des Stadtdenkmals, Bestimmung von Leipzig-Connewitz-Nordwest, Baufläche Nr. 4 (von Baufläche D) an der Wombstraße, Straßensanierung (Wirsprach), Ritzler Straße (Verhütung), Breslauer Straße (Verbreiterung), Vergebung von Arbeiten für die Hochwasserregulierung, Schreberverein Erholung in Leipzig-Möckern (Landfrage), Arbeitgeberdarlehen für Beamtenkinder, Freizeithof in Leipzig-Sellerhausen (Grabsellengebiet), Verlegung der Kleinmühle (Eingabe), Beitrag zum Betreibe der Gitterwagenlinie Leipzig-Zwickau, Autobusverbindung für die Gartenstadt Marienbrunn u. a. m., Verkauf einer Sammlung, Hygienische Verhältnisse in den Volksschulen u. a. m., ärztliche Versorgung der Schulen, Kindergärten u. a. m., Besetzung der Stelle des Volksschulministers, Nachtrag über den gemischten Schulausschuss und den gemischten Berufsschulausschuss zur Schulordnung der Stadt Leipzig, Ueberführung der in den Betriebsverwaltungen beschäftigten Privatdienstleistungen in das Dauerangestelltenverhältnis und Verleihung der Beamtenangehörigkeit an Schichtarbeiter der Elektrizitätswerke, Ueberführung des Fahrpersonals der Straßenbahn in das Angestelltenverhältnis u. a. m., Anstellung von Bediensteten der Straßenbahn als Beamte, Ortsgefes über den gemischten Ausschuss für das Beschaffungsamt, Einrichtung einer öffentlichen Rechtsauskunftsstelle, Adreman-Anlage für das Wahlamt.

Öffentliche Jugendveranstaltungen. Das Jugendamt gibt bekannt: Die im Rahmen der öffentlichen Jugendveranstaltungen des Jugendamtes für 18. Dezember vorgesehene Aufführung des Weihnachtsmärchens im Alten Theater, muß infolge Abgabe der Direktion der Sächsischen Theater leider ausfallen. Da es technisch auch nicht möglich ist, die Vorstellung auf einen anderen Sonntag zu verlegen, muß von einer Theateraufführung im Monat Dezember abgesehen werden.

Am Mittwoch, dem 12. Dezember, 20 Uhr (Eintritt 19.30 Uhr), findet im Saale des städtischen Jugendheimes Leipzig-Mitte, Töpferstraße 2, III, ein Lichtbildvortrag über „Streifzüge durch die feinsten Schwelger“ von Herrn Lehrer Grunzel, Vorstandsmittglied des Vereins für Volks- und Heimatkunde in Leipzig, statt. Der Eintritt ist frei.

Museumsführung. Das Naturkundliche Heimatmuseum am Pleißenplatz (Eingang Vorhänger 3) veranstaltet Mittwoch, den 12. Dezember, 19.15 Uhr, eine öffentliche Führung in der geschichtlichen Abteilung der Schauammlung (hintere Treppenaufgang). Der Vorkursus unserer Heimat zur Rottegenzeit (A. Wäsel). — Die Teilnahme ist für jedermann frei.

Amerikanerfilme im Planetarium. Wir verweisen nochmals auf die Filmvorträge „USA“, im „Wilden“ Westen, die Herr Kapitän Karl Held, Bremen, vom Dienstag, dem 11., bis einschließlich Donnerstag, den 13. Dezember, täglich 18.15 und 20.30 Uhr, in dem hiesigen Planetarium im Zoo hält.

Volkshochschule Leipzig. Vom Volksbildungsamt wird mitgeteilt. Der Kursus Herweg: „Der Lebenspielraum des deutschen Volkes“ (Lehrer Franz Große), findet am Mittwoch, dem 12. Dezember, 8.30 Uhr statt.

Reichsverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch den 12. Dezember, an der Freibank I Nr. 601 bis 2800; an der Freibank II Nr. 4101 bis 4250 und Nr. 1 bis 1060. Von 10 Uhr an freier Verkauf.

Uebergang zur höheren Schule

Die Aufbauschule

Der Uebergang von der Volksschule zur höheren Schule vollzieht sich in der Hauptsache nach Beendigung des 4. Grundschuljahres. Uebergänge aus anderen Volksschulstufen als der 5. Klasse kommen nur in äußerst seltenen Fällen in Frage. Nun war es bisher bedauerlich, daß weder nach 4jährigem, noch nach 5jährigem Volksschulbesuch keinerlei nennenswerte Uebergangsmöglichkeiten zur höheren Schule bestanden. Gewiß waren seit Jahren an der Ritzlerstraße und an der Oberrealschule Nord sogenannte Uebergangsklassen für gut begabte 14jährige Knaben und Mädchen aus der Volksschule eingerichtet. Aber dieser Versuch, der sich durchaus gut bewährt hat, stellt nur eine sehr schmale Basis von Uebergangsmöglichkeiten dar. Sogenannte Aufbauschulen, wie sie in vielen Orten Sachsens sich erfolgreich durchgesetzt haben und die auch begabten 14jährigen Schülern die Möglichkeit geben, einen entsprechenden Anschluß an die höhere Schule zu finden, gab es bei uns bisher nicht. Es ist darum begrüßenswert, daß nunmehr auch in Leipzig dieser neue Schultypus, die Aufbauschule, Ostern 1929 vertreten sein wird. Zu diesem Zeitpunkt wird an der Ritzlerstraße 37 eine deutsche Aufbauschule als Aufbauschule für Knaben eröffnet. Der Unterricht baut sich auf das erfolgreiche Beenden 7. Volksschuljahr auf, beginnt mit Untertertia und führt die Schüler in 6 Jahren zur Universitätsreife. Selbstverständlich kommen hierbei nur Schüler mit sehr guten Leistungen in Frage; denn die Universitätsreife soll von diesen Schülern in demselben Lebensjahre erreicht werden wie von jenen, die bereits nach dem 4. Grundschuljahre die höhere Schule besucht haben. Schlechtes Schülermaterial würde dem Aufgabenskreis der Aufbauschule zuwiderlaufen. Im Mittelpunkt des Unterrichts steht vor allem deutsche Kultur, Naturwissenschaften, neuere Sprachen; auch eine alte Sprache wird dort gelehrt. In Ausnahmefällen ist auch der Eintritt in die Aufbauschule nach erfolgreichem Besuch der letzten Volksschulstufen möglich.

Diese Aufbauschulen bieten all den Kindern eine gute Möglichkeit zu weiterem Fortkommen, die sich erst nach dem 10. Lebensjahre

gut entwickelt haben, oder die aus besonderen Gründen den Anschluß an die höhere Schule verpasst haben. Es haben verpasst müssen. Vielfach spielen dabei finanzielle Verhältnisse eine Rolle, sehr oft sind es aber auch gesundheitliche Umstände. Um den Anforderungen einer höheren Schule, insbesondere einer neunstufigen Anstalt (Realgymnasium, Gymnasium) genügen zu können, fehlen manchen Kindern im 10. Lebensjahre die entsprechenden körperlichen Bedingungen. In all diesen Fällen erweisen sich die Eltern selbst einen guten Dienst, wenn sie zunächst einmal die weitere gesundheitliche und auch geistige Entwicklung ihrer Kinder abwarten und sie der Obhut der Volksschule auf weitere Jahre überlassen. Die Kinder vermissen nichts, da durch die Aufbauschule die Möglichkeit gegeben ist, einen geeigneten Anschluß an die höhere Schule zu finden. Die Entscheidung der Eltern, die heute allgemein bei Beendigung des 4. Grundschuljahres nötig war, wird in Zukunft leichter sein, da späterhin doch noch eine Gelegenheit vorhanden ist, die Kinder mit vollendetem 10. Lebensjahre zur Universitätsreife gelangen zu lassen. Bei kommenden Anmeldungen für die höhere Schule wird dies eine besondere Rolle spielen.

Um nun auch Kindern aus un-privilegierten Kreisen das Durchlaufen der neuen Schularzt zu ermöglichen, stehen alle Erzieherinnen zum Besuch dieser Schule wie bei den anderen höheren Schulen zur Verfügung: Freistellen, Vermittlung und Erleichterungsbefähigung, die nach dem Einkommen der Eltern abgestuft sind. Es ist wünschenswert, daß möglichst viele Eltern von dem neuen Bildungsweg für ihre Kinder Gebrauch machen. Die Anmeldungen für kommende Ostern müssen bis zum 15. Dezember 1928 bei der Leitung der Ritzler-Str.-Schule, Ritzlerstraße 37, in der Zeit von 10 bis 11 Uhr angebracht werden. Bei dieser Meldung sollen sich die Eltern aber darüber klar sein, daß dieser Bildungsweg für ihre Kinder nur dann Wert hat, wenn sie bis zur Erlangung der vollen Reife diese Schule besuchen. Zur Erwerbung der sogenannten mittleren Reife, die heute vor allem durch Realschulen und neuerdings auch durch das 9. und 10. Schuljahr vermittelt werden, ist die Aufbauschule in Leipzig nicht eingerichtet worden. Sie stellt vielmehr einen Weg dar, um Kindern aus den ersten Volksschulstufen noch Gelegenheit zu geben, möglichst rasch die Universitätsreife zu erlangen.



Liebesdrama

Am Montagmorgen gegen 1.30 Uhr wurde in Kleinmiltitz, im Hofe des Grundbesitzers Auenweg 1, die 24 Jahre alte Arbeiterin Erna Bittel in einer Blutlache liegend aufgefunden. Es konnte festgestellt werden, daß das Mädchen von ihrem früheren Geliebten angeschossen worden war. Nach Auflegung eines Notverbandes wurde die Schwerverletzte in ein Leipziger Krankenhaus übergeführt. Gleichzeitig konnte die Kriminalpolizei den in Leipzig-Schönefeld wohnhaften Zimmerer Erich Salewski in Haft nehmen, der von der verletzten Bittel als Täter bezeichnet wurde. Der Verhaftete hat trotz eines am Tatort abgehaltenen Pokartermins jeden Zusammenhang mit der Tat geleugnet.

Der amtliche Polizeibericht meldet u. a. noch folgendes:

Der Beschuldigte, der Zimmermann Erich Salewski, wohnt in Leipzig-Schönefeld, Rotherstraße, wurde in seiner Wohnung festgenommen und dem Kriminalamt zugeführt. Er bestritt die Tat. Der Schuß wurde aus einem Revolver, Kaliber 7,65 Millimeter, abgegeben. Die Waffe konnte bisher nicht gefunden werden. Bei ihrer nochmaligen Vernehmung im Krankenhaus durch die Kriminalpolizei behauptet die Verletzte nach wie vor auf das entschiedenste, daß der Festgenommene der Täter sei. Sie habe ihn beim Wichte ihrer Taschenlampe genau erkannt. Auch habe sie noch um Hilfe rufen wollen, durch den inzwischen von Salewski abgegebenen Schuß sei sie aber daran verhindert worden. Nach Zeugnisaussagen hat eine männliche Person hinter einer Pappel, in unmittelbarer Nähe des Wohnhauses, gestanden und der Angehiesenen aufgeleuchtet. Offenbar ist dies Salewski gewesen. Sie hatte vor etwa sechs Wochen das Verhältnis zu dem Festgenommenen gelöst, weil ihr die erzwungene Angabe über seine Vergangenheit gemacht hatte. Die durch Zeugnisaussagen weiterhin festgestellt werden, hat Salewski in letzter Zeit bis in den November hinein unter Drohungen versucht, das Verhältnis zu der Verletzten wieder anzuknüpfen, was diese jedoch abgelehnt hat.

Das Kriminalamt bittet um Mitteilung aller Wahrnehmungen darüber, ob Salewski in letzter Zeit im Besitze einer Schusswaffe gewesen ist. Sollte die von Salewski nach der Tat vermutlich weggenommene Waffe von Dritten gefunden werden, wird um sofortige Ablieferung an das Kriminalamt Leipzig gebeten.

Bölkisches Rowdium

Die Zusammenstöße zwischen Angehörigen der verschiedenen Verbände, die auf offener Straße erfolgen, häufen sich. Die Praxis Andersdenkenden kam, das Bürgerium und seine Presse als erstes Ziel, daß den Anlaß zu einer solchen Auseinandersetzung in jedem Falle Angehörige linksgerichteter Parteien gegeben haben. So ist es auch jetzt wieder der Fall bei einem Zusammenstoß, der auf offener Straße zwischen Wehrwölfen und Angehörigen der sozialistischen Arbeiterjugend in Borna am Sonntag ereignete. Auch hier ist die bürgerliche Presse wieder schnell mit ihrem einseitigen Urteil fertig. Sie stellt fest, ohne vorher das Ergebnis einer Untersuchung abgewartet zu haben, daß Mitglieder der Arbeiterjugend die Stimmung geschaffen haben, aus der heraus die Wehrwölfe eine regelrechte Keilerei anzettelten.

Der Wehrwolf, Gau Leipzig, dem größtenteils noch recht un-reife Burthen angehören, hatte bei Borna eine seiner üblichen Soldatenspielerien abgehalten. Angepöbel und aufgelockert wie die Garde Wilhelms des Davongelassenen bei Paraden, zogen diese Burthen höchst provozierend in Borna nach Beendigung ihrer Übung ein. Das dabei politisch Andersdenkende, die jugendliche Wehr des Wegs daherkamen, von diesen kaum der Schule entwachsenen belästigt wurden, versteht sich nach den Erfahrungen, die bei allen Aufmärschen der sogenannten Vaterländischen Verbände gemacht wurden, von selbst. Arbeiterjugend, schon an ihrer Kleidung erkennbar, wirkte auf die Wehrwölfe wie das rote Tuch auf den Stier. Die Jugendlichen wurden besonders mit Schmähsungen aus dem Munde der bölkischen Wölfe bedacht. Doch es blieb nicht bei Belästigungen durch Worte. Einem dieser Soldatentrümmel rief, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten und auch das Bornaer Tagesblatt selbst eingeleitet, die Geduld. Der „Erneuerer“ Deutschlands suchte sich einen der Jugendlichen als Prügelobjekt heraus. Das war das Signal dafür, daß ein Teil der Wehrwölfe auf die übrigen wehrlosen Jugendlichen stürzte und Prügel austeilte. Nach dieser „Heldentat“ reichten sich die bölkischen Ströcke wieder in ihre Formationen ein, ohne sich um ihre Opfer zu kümmern, die teilweise schwer verletzt waren und den Arzt aufsuchen mußten.

Der Bornaer Polizei, die ja in solchen Situationen immer besonders zuverlässig ist, ist es bisher nicht gelungen, die Namen der bölkischen Banditen zu ermitteln. Die Bornaer Polizei ver-jagte, obwohl die Wehrwölfe im Anschluß an diese Tat eine große

Siegenfeier auf dem Marktplatz zu Borna veranstalteten. Hoffentlich gelingt es der Leipziger Polizei, der wir etwas mehr Objektivität wie den Bornaer „Sicherheits“-Organen zutrauen, die Wehrwölfe zu finden, die in Leipzig wohnhaft sein sollen, zu ermitteln.

Tausch. Stadtverordnetensitzung. Der Bürgermeister teilt mit, daß die Einverleibungsverhandlungen mit der Gemeinde Grahdorf ergebnislos verlaufen sind. Die Gemeindeverordneten von Grahdorf haben beschlossen, bis auf weiteres die Verhandlungen ruhen zu lassen, da im allgemeinen keine Stimmung für die Verschmelzung im Orte vorhanden ist. Für die Arbeiter-schaft von Grahdorf bedeutet dieser Beschluß einen großen Nachteil; sie muß ihre Kinder nach Crahdorf in die Schule schicken, die aber nur zweijährig ist, während die Besten ihre Kinder nach Taucha gehen lassen, denn sie können das Fremden-schulgeld zahlen. — Gegen die Stimmen der Kommunisten wird beschlossen, den hiesigen Kriegsschädigtenvereinen eine Vertretung im Wahrschraus-schuss mit beratender Stimme zuzubilligen; die Kommunisten wollten die Vertretung auch mit beschließender Stimme. — Nach dem Vorschlag des Gemeindevorstandes wird den Polizeibeamten auf die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1929 ein Reise-geld von monatlich 10 Mark bewilligt. — In der Stadtverordnetensitzung vom 23. November hatten die Stadtverordneten beschlossen, das Gärtnereigrundstück Zeißig anzukaufen; Zeißig war auch mit dem Kauf einverstanden, hat sich aber die Sache anders überlegt und möchte jetzt von dem Verkauf zurücktreten. Gegen eine Stimme wird das Rückkaufsgeld Zeißig abgelehnt. — Der Spielplatz an der Turnhalle soll eingezäunt werden; die Kosten belaufen sich auf 1950 Mark. — Die Ritzlerer Straße und die Sommerfelder Straße sollen um etwa einen Meter gehoben werden. Die dazu nötigen Erdmassen sind von den neuanzulegenden Straßen von dem Blumischen Pläne zu verwenden. Die Kosten sind mit etwa 14 500 Mark errechnet worden. — Vom Wahrschraus-schuss wird vorgeschlagen, auch dieses Jahr eine Befragung für bedürftige Kinder und ältere bedürftige Personen zu veranstalten. Einmütig werden 1500 Mark dazu bewilligt. — Vom Rat wird vorgeschlagen, 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer für das Jahr 1928 zu erheben. Maßgebend für die Grundsteuer sind die bisherigen Einheitswerte, sollte aber die neue Einheitsbewertung angewendet werden, so ist der Zuschlag dementsprechend zu ermäßigen. Der Vorschlag der Verwaltung war schon im Steuer-ausschuss mit Mehrheit abgelehnt worden. Die Hausbesitzerpartei beantragt, nur 100 Prozent zu erheben. Die Kommunisten sind gegen jeden Zuschlag. Ihr Redner sagte, man könnte den Gewerbesteuer-betrag „noch weitere Steuern zumuten“, sie „krähen zusammen“ unter der Steuerlast (Zustimmung der Bürgerlichen, hauptsächlich der Hausbesitzer). Nach längerer Aussprache wird der Ratsantrag mit den Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten abgelehnt. — Vom Steuer-ausschuss wird vorgeschlagen, die Grunderwerb-steuer von Grundstücken, die im Eigentum von Personenvereinigungen, Anstalten oder Stiftungen (sogenannte „Tote Hand“) stehen, mit 1/2 vom Hundert zu besteuern. Die bürgerliche Fraktion hält den Zeitpunkt für zu „rüh“, da über die Einführung im Reichs- und Landtage noch Wahrungsvorhaben vorhanden seien. Die Kommunisten lehnen alles „grundständig“ ab; sie stellen nur Forderungen an die Gemeinde, wo aber das Geld herkommt, kümmert sie wenig.

Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch den 12. Dezember.

- 10.50—11.00 Uhr: Dienst der Hausfrau.
- 11.15—11.45 Uhr: Ernst Smigelski, Komola Crilla, Leipzig; Italienischer Unterricht.
- 15.00 Uhr: Frostmeldungen.
- Anschließend: Für die Jugend. Märchen und Geschichten aus dem Reich der Technik. Erzählt von Erna Moser.
- 16.30 Uhr: Konzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 18.05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamts Sachsen.
- 18.30 Uhr: Vektor Claude Grander, Gertrud aus Egeren; Franz-Josef für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 18.55—19.20 Uhr: Ing. Herm. Gultwein: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter: „Arbeitslehre“, IV. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19.30 Uhr: Dr. Hermann Bockner, Leipzig: „Das Theaterproblem“. 7. Vortrag: „Die Ehehebelung“.
- 20.00 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Gendrei. Solisten: Siegfried Geyer (Violine). Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Adolf Spielh: Sonnenaufgang (Sternennacht). — Dämmerung. — Sonnenaufgang. (Erstaufführung.) 2. Goldmark: Violinkonzert (A-Moll), Op. 28. Siegfried Geyer. 3. Tschaiowski: Francesca da Rimini. Fantastik nach Dante, Op. 32.
- 21.30 Uhr: Arno Nabel, Berlin. Vortrag aus eigenen Werken.
- 22.15 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22.30—24.00 Uhr: Schallplattenkonzert.

AMOL

Mitbei Rheuma, Gicht, Nerven-schmerzen, Kopfschmerzen, Schilddrüsenerkrankungen, Bluthochdruck und Herzleiden erprobte.

Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsauschuß des A. D. G. B. Leipzig
 Volkshaus, Reiter Straße 32, Fernruf 340 21

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Ortsverwaltung Leipzig
 Tel. 340 21 u. 340 11. Geschäfts vorm. 9-12 Uhr nachm. 1/5-1/7 Uhr Sonnabends vorm. 9-12 Uhr

Wellen! Donnerstag, den 13. Dezember, 19 30 Uhr. **Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung** in den zwei Rindern. T. D.: 1. Vortrag des Gen. Woll über: Die Sprudlungs in Unfallfällen, 2. Organisatorisches.

Werkzeugmacher und Einrichter Freitag, den 14. Dezember, 19 30 Uhr. **Betriebsräte- und Vertrauensleute-Sitzung** im Volkshaus. T. D.: 1. Vortrag über: Die Konzentration des Kapitals, 2. Branchenangelegenheiten. Die Besichtigung findet heute bestimmt statt.

Arbeiterwohlfahrt

Weihnachts-Lotterie

Ziehung 17. und 18. Dezember 1928

Hauptgewinn auf 1 Doppellos im Werte von **Mk. 50000** Lose zu 50 Pfg. Doppellos Mk. 1.-

bei den Staatslotterie-Einnahmen u. den durch Plakate kenntl. Verkaufsstellen

Konditorei VOLKSHAUS

Zeitzer Straße 30-32

empfiehlt seine Prima-Qualitäts-Weihnachts-Stollen aus besten Zutaten

Pa. Qualitäts-Hausmacher-Rosinen-Stolle	1.60 Pfund
Beste Qualitäts-Volkshaus-Rosinen-Stolle	1.90 Pfund
Beste Qualitäts-Volkshaus-Mandel-Stolle	1.90 Pfund

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Nachruf. Am 8. Dezember verschied jäh und unerwartet durch Unfalltod unsere Genossin, die Landtagsabgeordnete

Martha Schilling

Borsdorf

Wir verlieren in ihr eine der besten unserer Kämpferinnen für die Sache des Proletariats. Opfertreudig und tatbereit war sie unermüdet für die sozialistische Bewegung tätig. Wir werden ihr Andenken dauernd hoch in Ehren halten.

Borsdorf, Wurzen, Leipzig, den 10. Dezember 1928.

Ortsverein der SPD, Borsdorf
Sozialistische Frauengruppe Borsdorf
Unterbezirksvorstand der SPD, Wurzen-Grimma-Oschatz
Frauen-Agitationskommission Wurzen-Grimma-Oschatz

Friedr. Grodzinski

Petersstraße 30, I. gegenüber Althof

Qualitäts-Möbel

Ausstattungen
 Einzelmöbel
 Küchen
 Polstermöbel
 Matratzen
 Eisenmöbel
 Federbetten
 Decken
 Sprechapparate
 Teppiche

Mit und ohne Anzahlung

Vielmonatigen Kredit

Friedr. Grodzinski
 Petersstraße 30, I.

Jeder Bücherfreund

bedürft seinen Bedarf an Pasten, wissenschaftlicher und Unterhaltungs-Literatur entweder in der Zentrale oder in den Zweiggeschäften der **Leipziger Buchdruckerei AG**

Wibella, Buchhandlung, Tauchaer Straße 19 2'

Gummi-Klose

LEIPZIG HAINSTR. 17-19

Gummi-Silber- und Kinnbinden
 Knochelbinden
 Gummistricke zur Erleichterung schmerzlicher Knöchel u. Gelenke
 Senkfuß-Bandagen
 Elektrische Massage-Apparate

Nachruf. Am 5. Dezember verschied infolge Unfalltod unser Kamerad

Edmund Iwanski


Wir werden seiner stets in Ehren gedenken. Frei Heil als letzter Gruß.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Leipzig (Abteilung I).

Telephonisch können Inserate nicht angenommen werden. Expedition der Zeitschrift.

Lumitzu früh und spät

Yügina = Grogmöl



Gratis! Zweite Einführung! Sie erhalten ca. **3 Pfund Schokolade- und Erfrischungsbonbons gratis**, wenn Sie jetzt ein großes Wohnnetz Ihres Nürnberger Märker-Berliner-Dessertgebäudes zum spottbilligen Preise von nur 5,90 Mk. per Nachnahme bestellen. Viele Dankschreiben und Nachbestellungen. Versand erfolgt sofort!!! **Seifenfabrik Schmidt, Nürnberg 720.**

Am 9. Dezember verstarb unsere frühere Mitarbeiterin

Berta Schlegel

Vom Februar 1895 bis zu ihrer Pensionierung im Januar 1925 stand sie unermüdet und treu im Dienste unserer Idee. Wir werden ihrer immer ehrend gedenken.

Gesamtverwaltung und Personal des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz u. Umg. o. G. m. b. H.

Ämliche Bekanntmachungen

Marxkrantadt Die nächste öffentliche Stadterordneten Sitzung findet Freitag, den 14. Dezember 1928 abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal Weichbadweg Nr. 1 statt. Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Zwenkau Öffentliche Stadterordneten Sitzung am Donnerstag, den 13. Dezbr. 1928, abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses zu Zwenkau. Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Der Stadterordnetenvorsteher.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 82 Jahren unsere herzengute Mutter, Großmutter und Urgroßmutter. Frau

Auguste verw. Kaufmann geb. Heide

Leipzig C 1, Brüderstraße 39, III, am 8. Dezember.

Die trauernden Kinder

Die Einäscherung findet Dienstag, 11. Dezember, 1/2 1 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Regau.

Mittwoch, den 19. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet unsere **ordentliche Ausschußsitzung** im Volkshaus statt.

Tagesordnung:

- Genehmigung des Vorantrags f. 1929,
- Genehmigung der Dienstordnung,
- Wahl von Rechnungsprüfern für das Geschäftsjahr 1928,
- Erwagte Anträge. Dieselben müssen bis 17. d. M. an Kassenstelle eingereicht werden.

Die teilnahmeberechtigten Vertreter erhalten noch besondere Einladungen.

Regau, am 10. Dezember 1928.

(Ges.) **Kurt Schiebold**, Vorsitzender

Plötzlich und unerwartet verstarb an Gehirnschlag im 79. Lebensjahre mein treuer, geliebter Mann, unser herzenseuter Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Kaufmann

Eduard Dähnert

Leipzig-R., Täubchenweg 74

In tiefer Trauer
Holene Dähnert geb. Saube
 nebst Angehörigen

Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 13. Dezember, mittags 2 Uhr, statt

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Leipzig Tel. 158 44

Geschäftsstelle Leipzig, Gellertstraße 79.

Radfahrerabteilung. Donnerstag, den 13. Dezember, 20 Uhr, Versammlung im Reich, Stadt Rochitz, Schleubitz, Rochitzstr. Alles erschein.

Freizeitkurse für Junghannover beir. Die Abteilungsleiter wollen umgehend Meldung an die Geschäftsstelle geben, wieviel Teilnehmer vorhanden.

Sonntag nachmittag entließ sich und ruhig unsere liebe Mutter, Frau

Berta Schlegel

geb. Wimmerhirt

nach kurzem Leiden in ihrem 74. Lebensjahr.

Leipzig W 31, den 10. Dezember 1928.

Rönnertstraße 28, III.

In tiefer Trauer
Anton Hebel und Frau geb. Wimmerhirt
 im Namen aller Hinterbliebenen

Begräbnis Donnerstag vorm. 11 Uhr Friedhof Kleinschöcher, Freundl. zugedachte Blumenpenden bitten wir bei Gebr. Reich, Rönnertstr. 36 abzugeben

Gute Druckerarbeiten

von der einfachsten bis zur modernsten, geschmackvollsten Ausführung in ein- sowie mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe auch Massenaufträge (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb hergestellt), bei äußerst billigster Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei AG
 Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21
 Fernsprecher Nr. 722 63

Hönigsberg's

Wochenkalender

Bitte ausschneiden!

10 Montag Kinderstiefel Rindbox 31,55 27,50 6,45 5,95 25/26 4,45 23/24 3,95	11 Dienstag Lack-Spangenschuh durchbrochen amerik. Abs. helles Leder- futter 6,90
12 Mittwoch Herrn-Lack weiß gedopp. 11,90	13 Donnerstag Herrn-Rindbox amerik. Form 8,90
14 Freitag Herrn-Stiefel Derby-Schnitt in Leder 9,90	15 Sonnabend Der Sportstiefel hochgeschl. wasserd. Futter, doppeltsohlig 10,90

Unsere Verkaufsstellen:

Königsplatz 7
 Kolonnadenstraße 32
 Tau-scheweg 18
 Hainstraße 31

Petersteinweg 12
 Am Neilschicht Tor (gegenüber
 Melhusen Lin. ost
 L.-Kleinwachter, Döckaustr. 21

Hönigsberg

LEIPZIG U. HALLE A/S.

Sächsische Angelegenheiten

Die Kosten der Wohlfahrtspflege

Bezirksgemeinde und Bezirksverband.

Er. Eine für Bezirksgemeinden und Bezirksverbände wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat das Dresdner Verwaltungsgericht gefällt.

Ob die Bezirksgemeinden hinsichtlich einzelner Aufgaben oder im allgemeinen zur Mitarbeit herangezogen werden oder ob ihnen die Ausübung einzelner Aufgaben und Aufgabengebiete zur selbständigen Erledigung übertragen werden, ändert die Rechtsstellung gegenüber dem Bezirksfürsorgeverbande und den Rechtscharakter der in Rede stehenden Aufgaben nicht.

Wenn nun auch § 20 Absatz 1 des Gesetzes bestimmt, daß Träger der Kosten der öffentlichen Wohlfahrtspflege die Bezirksfürsorgeverbände sind und zu den Kosten, wie Absatz 4 und 5 ergeben, auch die Kosten der Organisation und die Verwaltungskosten gehören, so ist doch durch die Bestimmung in Absatz 6, wonach der Bezirksfürsorgeverband der Bezirksgemeinde gegenüber lediglich zwei Drittel der Kosten der Unterbringung zu übernehmen hat, zum Ausdruck gebracht, daß in Abweichung von der grundsätzlichen Regelung des § 20 Absatz 1 der Verwaltungs- und sonstige Geschäftsaufwand von der Bezirksgemeinde allein zu tragen ist.

Demgemäß muß die Bezirksgemeinde in der Lage sein, die gesamten Kosten der Wohlfahrtspflege, also auch die Verwaltungs- und Sachkosten tragen zu können, so daß ihr gegenüber nicht einmal Absatz 6 Anwendung findet (Erfüllung zu zwei Dritteln durch den Bezirksverband). Sonach ist auch der Bezirksverband nicht verpflichtet, ihr gegenüber die Bezirksumlage verhältnismäßig herabzusetzen oder sonst einen Ausgleich auf steuerlichem Gebiete einzutreten zu lassen.

Um den sächsischen Eis im Reichseisenbahnrat

Das Reich will den Anspruch der Länder, die früher eigene Eisenbahnerwartungen hatten, auf einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht mehr anerkennen und hat deshalb beim Staatsgerichtshof beantragt, den Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht auf Benennung von Mitgliedern zum Verwaltungsrat abzuschneiden.

Sachsen hat sofort mit einer Gegenschrift an den Staatsgerichtshof geantwortet und hält seine Ansprüche auf eine Vertretung in der Verwaltung der Reichsbahn voll aufrecht. Es bezieht sich dabei auf den Vertrag über den Übergang der sächsischen Staatseisenbahn auf das Reich. Das Reich beruft sich demgegenüber darauf, daß die Abmachungen mit den Ländern nur auf die frühere im Besitz des Reichs befindliche Reichsbahn Geltung hatten, nicht aber auf die durch die Dawesgesetze geschaffene neue Reichsbahngesellschaft.

Die Angelegenheit ist dadurch in Fluß gekommen, daß mit Jahreschluss die Erfahrungswahlen vorgenommen werden müssen und die Amtszeit des letzten sächsischen Vertreters ausläuft.

Da auch als Parteifreund von Hebel zu den sächsischen Regierungsmännern gute Beziehungen hat, ist der sächsische Einspruch leicht verständlich.

Industrielle Steuerfresser

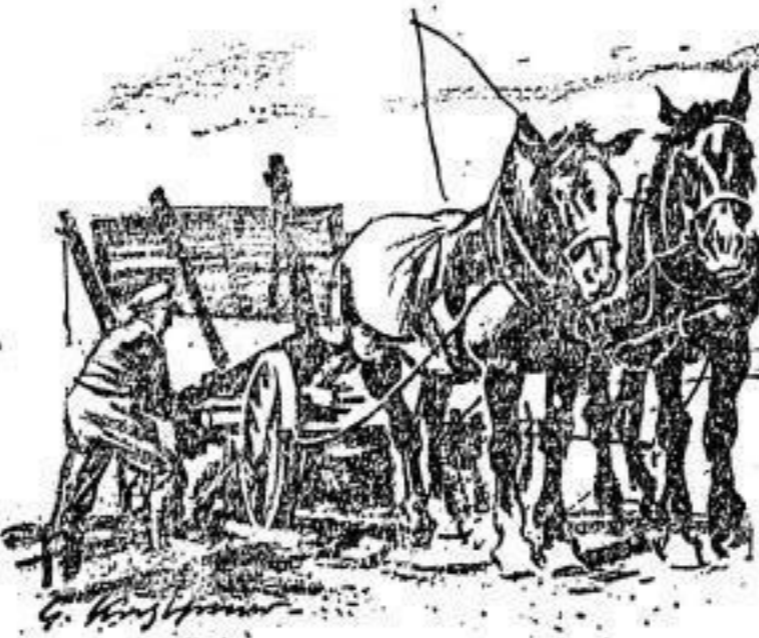
Der Verband der Sächsischen Industriellen hat eine Broschüre herausgegeben, die sich mit Steuerfragen beschäftigt. Es werden da sehr verständlich die üblichen Klagen über die hohe steuerliche Belastung der Industrie vorgebracht. Sehr unzufrieden ist man insbesondere mit den Steuervereinfachungsgeboten, die Hauptsteuerfälle vorsehen, die für die Industrie in Sachsen eine Mehrbelastung brächten.

Das ist nur ein erneuter Beweis dafür, wie gut es die sächsische Konfession verstanden hat, die Steuern der Besitzenden im Verhältnis zu den Steuern in anderen Landesteilen niedrig zu halten. Dabei ist nach dem Reichstag vorgeschlagen Grund- und Gewerbesteuergehalt in den Ländern überhaupt nicht die Höhe der zu erhebenden Steuer vorgeschrieben, sondern es ist nur ein Normalmaß angegeben, von dem die Länder nach Belieben nach oben oder unten abweichen können.

Besonders schlecht zu sprechen sind die Herren Industriellen auf die Buch- und Betriebsprüfungen, die die Steuerbehörden vornehmen lassen. Das glauben wir gern. Der Buchprüfungsdienst zwingt die Unternehmer, bei ihren Steuerangelegenheiten vorzuziehen zu Werke zu gehen als früher. Die Beträge an hinterzogenen Steuern, die durch diese Kontrollen ermittelt werden, gehen jährlich in die Hunderte von Millionen, woraus man schlussfolgern kann, daß die nicht ermittelten hinterzogenen Steuern noch viel höher sind.

Um die Aufwertung der Dresdner Altbankleihen

Wir berichteten kürzlich über die wichtige Entscheidung der Besondereinstelle für die Ablösung von Kommunalleihen beim Oberverwaltungsgericht die bestimmte, daß der Altbesitz der Dresdner Stadtanleihen auf 25 Prozent des Nennwertes aufzuwerten sei. In der letzten Sitzung des Dresdner Stadtrates hat man von dieser Entscheidung Kenntnis genommen; der Rat erhebt aber im Hinblick auf die dadurch geschaffene schwierige Finanzlage der Stadt große Bedenken. Weiter wird aus der Ratssitzung mitgeteilt, daß im Hinblick auf diese Entscheidung die Vorlage über die Beschaffung weiterer Anleihenmittel und der von den Stadtverordneten verlangte Plan für den weiteren Ausbau der Kindererholungsanstalten und der Schulgesundheitspflege ausgesetzt wird. Jedenfalls wird sich nun die Stadtverordnetenversammlung schnellstens mit dieser Angelegenheit zu befassen haben.



Am Rande der Großstadt

Die Großstadt ist ein Sammelbecken aller Art Menschen. In ihr vereinen sich Gesunde und Kranke, Arme und Reiche auf für den Einzelnen engem Raum. Aber der Platz ist ungleichmäßig verteilt. Nicht die Kranken haben sonnige Wohnungen, sondern meist die Gesunden, die Geld haben — nicht die Kinderreichen leben in geräumigen Häusern, denn sie sind fast immer arm und ungenügend gesehen. Nicht die Hungrigen sitzen vor den Speisetischen, sondern meist die Satten.

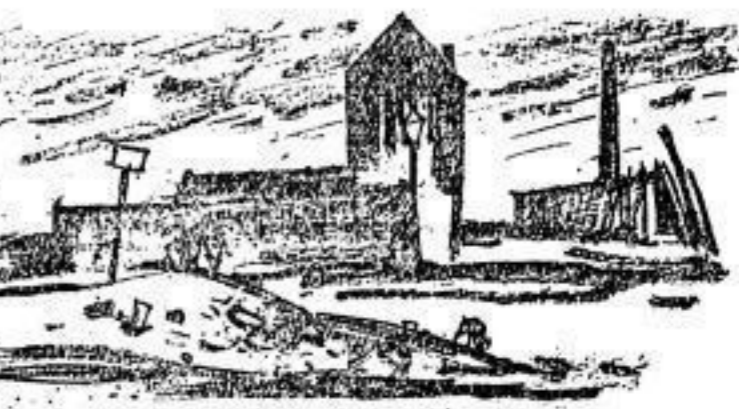
Und damit derjenige, der noch keinen Hunger gekannt hat, nicht etwa in die unangenehme Lage kommt, seinem Nachbarn, der nie satt ist, zu helfen, sind die Bevölkerungsschichten sehr räumlich getrennt. Die unglücklichen Wohnlagen sind den Proletariern vorbehalten, in den günstigen liegen in schönen Gärten die Villen der Reichen. Hier ist auch kein Platz für den Abraum der Stadt; hinter den Wohnvierteln der Arbeiter aber nimmt man es damit nicht so genau.

Da hinaus raffen die Geschirre und Autos der Müll- und Schuttabfuhr. Dort werden Berge von Dreck und Unrat der Großstadt abgelagert. Das Gelände ist ein Eldorado für allerlei Ungeziefer. Ratten und Mäuse geben sich hier ein Stelldichein und



verbringen fruchtbare Schäferstunden unter und zwischen dem Geröll. Fliegen und andere Insekten schwirren massenhaft umher, die Gegend im Sommer unerträglich machend. Es ist ein Paradies für sie. Verdorrene Lebensmittel und alles mögliche Zeug dient ihnen zum Fraß und zu einer geeigneten Abgestelle für die Nachkommen-schaft.

Viele Müllwagen werden täglich hier entleert. Außer Asche und Schutt wird da noch allerhand mitgebracht, was in den menschlichen Behältern für unverwertbar gilt. Wie, durchgerostete



Elmer, Konservendosen, Blechteile, die einmal irgendeine Verwendung hatten, Lumpenabfälle, Knochen, Glasstücke usw. In der Stadt sind sie wertlos, aber hier draußen am Rande, da lauert man auf all den Dreck und Schmutz.

Die Müllabfuhrleute haben ein Vorrecht im Suchen nach verwertbaren Ueberbleibseln. Das ist nicht ein geschriebener Vertrag, aber es ist ein durch die Tradition vererbtes Recht, an dem niemand zu rütteln wagt. Raum haben sie das Feld verlassen, so machen sich Erwerbslose eifrigs mit Hacke und Schaufel an die



Arbeit Menschen wühlen den ganzen Müll, Fuhrer für Fuhrer, Tag für Tag, um und um. Und immer finden sie noch eine Menge von Dingen, die sie herausklauben und einer weiteren Verwendung zuführen. Jedes Fleckchen Asche und Schutt wird ungewendet. Man glaubt gar nicht, was sich da noch für verwertbares Zeug finden läßt. Nicht nur Metallstücke, ausgediente Emailleimer und Konservendosen, auch alte Kochtöpfe, Lumpen, Knochen und Glas-scherben, finden Freunde. Daß diese Budelei kein Vergnügen bereitet, ist sicher. Aber hinter jedem Sucher steht der eiserne Zwang der Not. Und so ganz leicht ist diese Arbeit an nicht. Die Abfälle müssen ja nicht nur herausgehoben werden, es ist auch notwendig, daß man sie reinigt und an den Mann bringt; und das ist gar nicht so einfach, wenn man mit den Geschäftspraktiken nicht vertraut ist.

So treibt eine kleine Kolonne Arbeitsloser draußen am Rande der Stadt, ein regelrechtes, wenn auch sehr schmutziges und unhygienisches Gewerbe. „In der Not frisst der Teufel Fliegen“, heißt es im Sprichwort. Jemand einer, der seit Jahr und Tag keine Arbeit erhalten kann, dessen Hunger nie ausgeht, dessen Kinder ewig nach Brot schreien und der die Mäuler doch gern stopfen möchte, der fragt nicht viel nach angenehmer Beschäftigung und auch nicht nach Volkshygiene, wie sie in den Ausstellungen immer so vorbildlich gezeigt wird, sondern er packt zu, wo sich ihm die Möglichkeit bietet, Geld zu verdienen.

Unternehmer kennt man hier keinen. Man arbeitet auf eigene Rechnung. Hacke und Schaufel besorgt sich jeder selbst. Mühselig ist dieses Gewerbe. Bei trockenem Wetter mag es noch angehen, aber an Regentagen wird es unerträglich. Dann rinnt zäher Schlamm überall, dringt durch die Schuhe und beschmutzt die ärmlichen Kleider. Und doch halten sie aus, diese Armeisten, die schon glücklich sind, wenn sie so viel „Umsatz“ machen, um sich ein paar Pfund Kartoffeln kaufen zu können. M. B.

Änderung des Gesetzes über Handels- und Gewerbetammern

Wie die Staatskanzlei mitteilt, hat das Gesamtministerium in seiner Sitzung vom 7. Dezember beschlossen, dem Landtag einen Gesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes vom 4. August 1900 die Handels- und Gewerbetammern betreffend, zugehen zu lassen. Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf das Verfahren zu den Wahlen für die beiden Kammern und auf das Recht der Erhebung besonderer Beiträge von ihren Mitgliedern. (Nähere Angaben fehlen leider noch; es ist also vorläufig nicht möglich, den Wert dieser Vorlage zu beurteilen. Wir kommen auf die Angelegenheit zurück. D. Reb.)

Gegen Sidmann

Nach den Leipziger Demokraten hat jetzt auch eine Mitglieder-Verammlung der Deutschen Demokratischen Partei Dresdens zur Frage der Neubestellung des Volksbildungsministeriums Stellung genommen. Folgende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die Mitgliederversammlung billigt die Haltung der demokratischen Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der Partei im Falle Sidmann und bittet die Fraktion, auch weiterhin alle Vorstöße der kulturellen Reaktion mit Entschiedenheit abzuweisen.“

Erlass der Vergünstigungssteuer

Das Ministerium des Innern hat durch Verordnung die Bestimmungen der dem Deutschen Arbeiterbündnis in Sachsen und dem Sächsischen Sängerbund angeschlossenen Gesangsvereine als gemeinnützig im Sinne von Artikel 2, § 2, Ziffer 7 der Reichsrechtsbestimmungen über die Vergünstigungssteuer vom 12. Juli 1928 anerkannt. Ausgeschlossen von der Anerkennung sind jedoch solche Veranstaltungen, mit denen Tanzvergnügen oder andere vergünstigungssteuerpflichtige Veranstaltungen verbunden sind.

Leßing-Feiern an den sächsischen Schulen

Am 22. Januar 1929 jährt sich zum 200. Male der Geburtstag Lessings, der bekanntlich in Ramenz geboren wurde. Nach einer Verordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums fällt an diesem Tage mit Rücksicht auf die große Bedeutung, die Lessing für das deutsche Geistesleben gehabt hat, in allen Volks-, Hilfs-, Berufs- und höheren Schulen der Unterricht aus. Dafür sind Schulfeiern zu veranstalten, die die Bedeutung Lessings und seines Lebenswerkes würdigen. Die Ausgestaltung der Feiern bleibt den Lehrerversammlungen überlassen. Das Ministerium empfiehlt den

Schulen, etwa vorhandene Geldmittel zur Ausschmückung von Schulräumen mit guten Lessing-Bildern, zur Ueberreichung einer Lessinggabe an Schüler und Schülerinnen in Form eines Buches, eines Bildes, einer Plakette usw. zu verwenden. In Berufsschulen sind nur die Schüler heranzuziehen, die zur Zeit der Feiern Unterricht haben würden. (Die andern Berufsschüler brauchen also von Lessings Bedeutung nichts zu erfahren! D. Reb.)

Dresden. Rechtzeitige Hilfe vor dem Tode. Dieser Tage bemerkten in der Webergasse Fußgänger einen starken Gasgeruch, der aus einem Juwelierladen drang. Deshalb öffnete eine Frau den Laden, in dem der Juwelier bewußtlos auf einem Stuhle lag. Der Mann hatte vor einem Gastlocher einen Krampfanfall bekommen, so daß er die Flamme nicht mehr abdecken konnte. Durch irgendeinen Umstand erlosch die Flamme, das Gas betäubte den Juwelier, der schließlich an Gasvergiftung gestorben wäre, wenn das Unglück nicht im letzten Augenblick bemerkt worden wäre. Der Juwelier mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Flauen i. R. Ein frecher Ueberfall. Im Anwesen der ehemaligen Mühle von Karl Feustel in Unterlosa forderten zwei unbekannte junge Burshen den im Hausflur stehenden Schwiegersohn N. des Besitzers unter Vorhaltung zweier Revolver auf, die Hände zu erheben. Gleich darauf rief einer der Burshen: „Mitgehen, sonst donnert's! Der 78 Jahre alte Gutsbesitzer, der sich im Stalle befand, hörte diese Worte und eilte mit einer Düngegabel herbei. Es entstand ein Handgemenge, woraus die beiden Täter unerkannt im Schutze der Dunkelheit entkommen konnten.

Umbach bei Chemnitz. Beim Spiel in den Tod. Drei kleine Kinder vergnügten sich damit, hintereinander über den Fahrdamm zu laufen. In diesem Augenblick passierte ein einzelnes Pferd gehend mit Kohlen beladener Lastkraftwagen diese Stelle. Das erste Kind erreichte den Fußsteig glücklich, das zweite wurde von einem Kotflügel leicht gestreift und nicht verletzt, dagegen wurde der vierjährige Knabe Kurt Vöbel von dem Wagen erfasst. Ein Rad fuhr dem Kinde über den Körper. Schmerzverleht wurde der Knabe ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz nach der Entlieferung gestorben ist.

Bärenstein bei Annaberg. Teure Gänse. Schmuggler wurden von Grenzbeamten überrascht, als sie 150 lebende Gänse und einen großen Vorken Frische packen wollten. Die Weihnachtsbraten sollten unterzollt über die Grenze gebracht werden, verfielen aber nun der Beschlagnahme, was sie recht erheblich verteuern wird.

St. Egidien. Vom Zug getötet. In der Nähe eines Bahnhofs wurde die Leiche eines Bahnarbeiters aufgefunden, der auf dem Heimwege von einem Zuge erfasst und getötet worden ist.

Manöver im Parkett

Von Erich Kästner.

Zu den neuesten Theaterstandarten in Hamburg und Frankfurt, die sich gegen Brünners „Verbrecher“ und Falckenbers „Ehen werden im Himmel geschlossen“, richteten.

Wenn dir ein Theaterstück nicht poht, weil du auf der Stulle Wurst hast Braten oder einen schlechten Sitzplatz hast, — wirf Granaten!

Wenn dir ein Theaterstück mißfällt, weil die funkelnagelneuen Plomben wackeln oder weil der Nachbar bellt, — wirf mit Bomben!

Gibt man gar ein Stück mit sieben Leihen, wo du doch viel lieber lachen würdest, — lasse ein paar Tränengase streichen!

Weil dies Trauerstücke und dergleichen wirksam kitzeln.

Darf man denn nur auf der Bühne schießen? Soll man denn nur auf der Bühne schreien? In Parkett und Rang hat Blut zu fließen! Das muß doch sein!

Früher wagte man es kaum, zu weinen. Und man war empört, wenn einer pfliff. Heute macht man einfach einen kleinen Sturmangriff!

Deutschlands Jugend braucht Gelegenheiten, sonst freipiert sie altersschwach im Bett. Laßt sie Bomben werfen und sich streiten im Parkett!

Nächstens gibt es wieder einen Krieg. Das ist schon — hurra! — und gar nicht so schlimm! Probiert ihn im Theater, mit Musik! Fliege, kleine Tränengasgranate, bitte, flieg!

Bücher für die Arbeiterschaft

Nichts von künstlerischen Formen ist heute so massenbeliebt wie die Ausdrucksform des Leibes. Besonders Interesse bringt das junge Proletariat den Bewegungsbüchern entgegen. Insofern ist für alle, die mit Kultur organisierend oder ausübend zu tun haben, lesenswert ein Buch des Leiters der Berliner Bewegungsbücherei: Martin Gleisner, Tanz für Alle. (Verlag von Hesse & Weller, Leipzig, Prometheus-Bücher.) Es führt von der Gymnastik bis zum Gemeinschaftstanz, berichtet über die Entwicklung des Tanzes, seine soziologischen Zusammenhänge, seine wichtigsten pädagogischen Systeme, die Möglichkeit seiner zukünftigen Bedeutung. Reich an Mitteilungswert und gut geschrieben, nämlich so voraussetzungslos, daß es dem Laien wirklich Klarheit über die mannigfaltigen Probleme schaffen kann. Daß Gleisner ziemlich unbedingter Anhänger des vielbesprochenen Kabas, eines wirkungsvollen Anregers, ist, berührt diejenigen nicht, denen die Streitereien der Tanzschulen gleichgültig sind. Zweiundvierzig Abbildungen unterstützen die Darlegungen.

Vom Tänzerischen und Geistlichen kommen wir ins Kämpferische. In hochpolitischen Gebieten, wenn wir uns mit einem Buche der Untertun-Bücherei für alle befassen: Erich Müller, Ewig in Aufruhr. (Berlin 1928.) Seine achtzehn literarischen Porträts deutscher Rebellen bieten eine Fülle wissenschaftlicher Tatsachen, sie sind in den Einzelheiten mit journalistischer Präzision geschrieben. Aber wir müssen bedauern, daß nicht eine bessere, schärfere und treuere Hand das große Thema beherrschen hat. Neben historischen Tatsachen werden billige georgistische Effekte geleistet. Die Ereignisse nach einem augenblicklichen Parteimahlstab beurteilt. Müller deutet romantische Freiheitsunternehmungen, gewachsen aus trasser Ueberbisspannung des Individualitätsgefühls, mit marxistischer Terminologie in Klassenkämpfe um, spricht von Kommunismus, wo es keinen gibt, beschimpft die Sozialdemokratie, wo sie nicht verantwortlich ist. Je gewissenhafter man — um des Stoffes willen — mit dem Buche umgeht, um so schärfer muß man es ablehnen, seine Fälschungen und Phrasen, seine Anachronismen und Widersprüche, seinen Reiz und seine theatralische Aufmachung. „Tausende von Bauern gaben dem Gefangenengang das Ehrengeleit und begriffen den geliebten Führer (den Rüberhauptmann Klostermeyer) mit jubelndem Zuruf, bis sich das Justizhaus hinter ihm schloß.“ Man denke sich das Buch einmal nach. Nach einer Probe: ... verboten leider ein Blutzbad, wie es Hellen veranlassen wollte. Für einen Buchschreiber noch schlimmer ist freilich, daß Müller die Gabe gestaltender Darstellung verliert. Überall an den entscheidenden Stellen flacken Lücken, bei Siederbeten, mit dem Müller beginnt, ebenso wie bei Hülz, mit dem er schließt. Man bekommt weder von Hülz einen klaren Eindruck, noch kann man sich eine Vorstellung vom Verlauf des mitteldeutschen Aufstandes machen. Achtzehn Bilder von Unrecht, Not, Aufruhr und Untergang — welche Kraft könnte von solchem Buche ausgehen! Und hier verhindert die lächerliche Aufmachung jede Erschütterung.

Nichts könnte einem Buch, das „Ewig in Aufruhr“ heißt, mehr kontrapunktieren, als eine der letzten Veröffentlichungen des Verlages der Bücherhilfe Gutenberg Berlin, ein typisch schönes Buch, durch zahlreiche interessante Bildbeigaben ausgezeichnet, ein Buch der Einsicht: Der ewige Garten. Der gewöhnlichen reinen Schönheit der Erde haben die Dichter nicht minder nachgespürt als die Maler. Die Dichter erkennen jarte Märchen und Fabeln um die Entstehung der Pflanzen, dienen ihrer Gestalt in hingebungsvoller Schilderung, bringen ihren Sinn zu den Menschen in innige geheime Beziehung. Aus dem reichen Gut hat Kurt Offenburger in Vers und Prosa schöne Stücke gesammelt. Er ordnete die Dichter nach ihrer Staatsangehörigkeit — es wären festere und reizvollere Ordnungen möglich gewesen. Er ließ auch manches Starke aus und nahm Schwaches auf. Ich vermisse vermunbert Stifter, den herrlichen Naturbeschreiber, ich sehe auch manche Klassiker, streng botanische Schilderung oder die Blütenstudien lebender Dichter, die mit Worten alle Farbe und Form beschwören, den Vernehmlichungen und Blumenländereien in Offenburger Strauß vor. Trotz solcher Schönheitsfehler bleibt es Verdienst des Sammlers, den bunten frischen Strauß mit Blüten aus mehr als 2000 Jahren gebunden zu haben. Die Freunde der Blumen und die Freunde der Dichtung werden das Buch oft zur Hand nehmen können, sich am Duft des Unverwelkten und am vorgepiegelten Bilde zu erfreuen.

Eine andere Neuerscheinung der Bücherhilfe vereinigt in einem hübschen handlichen Bande Erzhändelmärchen von Bruno Schönlank unter dem Titel: Der Kräftigebon. Ein Jahresmarkt von lustigen bunten Einfällen, der Kindern und Erwachsenen viel Freude bringen wird. Ganz entzückende Dinge darunter. Dichter mit sozialer spielerischer Mäheleifer Phantasie gibt es nicht viele. Freilich liegt Schönlank allein mit dem Einfalt. Er erzählt oft unforgänglich. Die vielen Gedankenstriche ohne Notwendigkeit, das gelegentliche Durcheinander der zeitlichen Folge, die Verwendung der Worte in der abgegriffenen Bedeutung — kurz das ausgefroschene Saloppe der Darstellung brachten eine willige Lesart bei Erwachsenen in Gefahr, wenn die Stärke von Schönlanks Einfällen nicht die Einwürfe verstummen machte. (Einer erheblichen

Schuldanteil an der Sprachschwäche der Kinderliteratur trägt eine Gruppe von gutgemeinten modernen Schullehrbüchern, in denen in einem schneidbaren Babystil und falscher Jugendsprache getuschelt und gebalbt wird.)

Bewundernswert in der sprachlichen Kraft, in ihrer sorgfältigen Zucht, die jedes Wort nur in uraltem Sinn mit vollem Klang verwendet, sind die zeitgemäßen Märchen von Oskar Maria Graf. (Licht und Schatten. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel.) Nicht so bunt, nicht so leicht, nicht so lustig wie Schönlanks Gebilde, nein, eher einfarbig grau, aber manchmal aufflammend rot, schwer im Ton, mit unheimlichen Gesichtern und hastenden Gestalten. Graf ist nicht so modern großstädtisch, mit letzter Technik auf du, wie Schönlank, er nützt uralte Märchenthemata, die aber ewig aktuell sind. Man muß lange nachdenken über Grafs Märchen, sie sind so gar nicht gemütsvoll, sondern unbarmherzig und hart, fast so stark, als wären es wirklich alle echte Volksmärchen, voll gelegen mit der Bitterkeit sozialer Erkenntnis. Also: will man Kindern Spaß machen, lese man ihnen Schönlank vor; will man sie ernst machen, dann Oskar Maria Graf.

Eine neue Auswahl Arbeitererzählung ist im Verlage von E. Klotz, Gotha, erschienen: Das proletarische Schicksal. Ein Querschnitt durch die Arbeiterdichtung der Gegenwart. Der Herausgeber Hans Wühle hat gewissenhaft gearbeitet und brauchbare kurze Biographien beigegeben. Bemerkenswert, daß in solchem Bande kein heiterer frecher Klang steht, alles ist schwer, verantwortungsbewußt und ernst. Noch über dem Lächeln liegt ein Schatten. Der eigentliche Arbeiterdichter — Wühle hat nur solche aufgenommen, die noch Arbeiter sind oder es wirklich waren, seine Augenleiter der bürgerlichen Gesellschaft — hat ein zu bedrücktes Schicksal gehabt, und die ihn zu tiefste bewegen, fröhd zu reimen, es fehlt ihm völlig an der tabarettistich amüsierenden wihgrigen Satire.

Mühles Vorrede beschäftigt sich teilweise mit einem trügerischen, zerfetzten Traumbild, der Schicksalsgemeinschaft der Klassen, ist aber ehrlich gemeint und schafft die Begründung für den zwölfteiligen, wohlüberlegten Aufbau der Sammlung, die von der Arbeit ins Haus, vom Feiertag zur Revolution, von der Heimat zum neuen Reich führt. Das Kapitel von der Revolution könnte wichtigere Zeugnisse aufweisen als die von der Sanftheit des Herausgebers bestimmten.

Einige verfehlte Gedichte sind auch da; einer macht sich leicht und nähert sich dem herigen Volksliedgedicht, es gibt mal verbrauchte Reime, und einen Autor, der gute Gedichte älterer Meister auf neu dichtet — aber das sind Ausnahmen. Das Ueberwiegende besteht aus wahrhaftig, echt, interessant, weit im Thema, seit im Geiß. Auch die Form der meisten Proletarierverse ist geschamert, geschliffen, überzeugend. Zu den bekannteren guten Namen: Engelle, Bartel, Wehald, Bröger, Klauer, Lerich, Joch, Grisar, Schönlan, Jersak, O. M. Graf, Krille, kommen gut neue: Richard, Schent und Wellen. Alle Gedichte vom proletarischen Schicksal einzeln die Hingabe an dieses Schicksal und ein Wille zu seiner Lösung.

Der Egoist

Von J. E. Turgenjew.

(Aus dem Russischen überetzt von Gräfe Neufeld.)

Er hatte alles an sich, um die Geißel seiner Familie zu werden. Er war gesund und reich zur Welt gekommen, und er blieb gesund und reich während seines ganzen Lebens; er beging keinen Fehler, machte sich nie eines Irrtums schuldig, vergaß sich nicht und standhafte kein einziges Mal. Er war ohne Zweifel äußerst ehrenhaft.

Und stolz im Bewußtsein seiner Ehrenhaftigkeit drückte er damit alle zu Boden: Verwandte, Freunde, Bekannte.

Die Ehrenhaftigkeit war sein Kapital... und er nahm von diesem Kapital Wucherzinsen.

Die Ehrenhaftigkeit gab ihm das Recht, unbarmherzig zu sein und nur anbesohlene Wohlthatigkeit zu üben; und er war unbarmherzig und übte seine Wohlthaten... denn anbesohlene Wohlthaten sind keine Wohlthaten.

Er kümmerte sich nie um jemand anders, als um seine eigene, so müderhafte Person; und er war sehr böse, wenn nicht andere ebenso eifrig um diese besorgt waren!

Aber trotzdem zählte er sich nicht zu den Egoisten, und er war unter den ersten, die den Egoismus verfolgten und bekämpften! Das schloß noch!

Freude Egoismus war seinem eigenen im Wege.

Da er sich keiner Schwächen bewußt war, verstand und duldete er keine fremde Schwächen. Er wollte überhaupt niemanden und nichts verstehen, weil er ganz und gar von allen Seiten, oben und unten, vorne und hinten, von seinem eigenen Ich umgeben war.

Er verstand nicht einmal, was es heißt: verzeihen! Sich selbst hatte er nichts zu verzeihen... wozu sollte er also anderen verzeihen?

Vor dem Gericht seines eigenen Gewissens, vor dem Anklage seines eigenen Gewissens erhob dieses Wunder, diese Ausgeburt der Tugend, oft die Augen in die Höhe und verkündete mit fester, klarer Stimme:

„Ich bin ein erhabener, rechtschaffener Mensch!“ Und er wiederholte diese Worte am Sterbebette, und nicht einmal dann regte sich sein feines Herz — dieses Herz ohne Fehl und ohne Mangel.

Er häßliche, selbsthüchtige, unbesorgte, billig erworbene Tugend, du bist nicht weniger überwärtig und abscheulich, als die offene Häßlichkeit des Lasters!

Kleine Chronik

Opernabte im Konservatorium. Auch das zweite Exemplar von Opernausbildung am Konservatorium war wohl gelungen. Man gab den zweiten Akt der Butlersky und den ersten von Händel und Gretel, beides diesmal nur mit Begleitung des Klaviers, an dem der zuverlässige W. Seegelen saß. Szenisch und kostümlich erforderte die Aufführung glücklicher als unlangst die „Neugierigen Frauen“. Das Spiel war ausreichend, nach erprobten Bühneregeln, geföhrt, ohne nach der positiven oder negativen Seite hin besonders aufzufallen (Dramatische Leitung: Professor A. Proff.) Sehr sorgfältig und in der Sicherheit aller Mitwirkenden sich schon bewährend die musikalische Ausbildung des Opernensembles (Max Hochkofler).

Weil ich nun alle Sänger lobend nennen kann, muß ich zuerst sagen, daß ich Marianne Herms, die als Sandmännchen für mich zu spät auftrat, nicht mehr gehört habe. Gewandt und stimmlich kultivierter Philipp Göpel als Konful, ein noch etwas edler, aber eintrudsvoller Belendbinder Kurt Seipi, Gerhard Kreischer und Gerhard Kiemer dühnensicher in kleineren Rollen. Stimmhörn, musterwärtig in der Deklamation und klar in der Charakterisierung Käthe Herre, erst Cho-Cho-San, dann des Belendbinders Weib. Sehr zutreffend und lustig besetzt auch die beiden Kinder mit Katharina Kerken und Gertrud Barich. Charlotte Frauender, schon in der letzten Opernaufführung ausgezeichnet, war diesmal eine rührende Butlersky, beim freien Parteieinlaß in der Höhe preßt sie noch den Ton, aber sonst ist auch ihrer stimmlichen Leistung nur Gutes nachzusagen. Hoffentlich

bewahren sich die jungen Künstler in ihren späteren Engagements die jetzt allen gemeinsame sorgfältige Textbehandlung. H. W.

Das Tanz-Trio Hellerau-Lagenburg, dem die üblichen Lobespossaunen vorandlosen, ist keine sonderlich hervorzuhebende Angelegenheit. Sie tanzen ganz nett und sauber nach allerlei Musik, manchmal zusammen alle drei, manchmal zu zweit, und dann jedes mehrmals für sich allein. Valerie Kratina, die Polin, Anssi Berg, die Schwedin, Mary Souaberg, die Amerikanerin. Alle drei sehr blond, alle sehr schlantbeinig, Valerie weniger mager als die beiden Gelestinne, dafür ihnen längerer etwas überlegen, reiser, geistvoller, inspirierter. Reizvoll das Straßentied, das schwebende Lied, die Sarahande, die Melodie Cimarolas, aber keines durch Ursprünglichkeit bezwingend. Zwanzig Nummern loyaler Mittelguts an einem Abend: Das war ein bißchen viel. Die Menue der Tänze kann keinesfalls die Qualität oder die Wirkung erhöhen. C. Z.

Schauspielhaus. Am nächsten Sonnabend wird Emil Rosenows Komödie „Kater Lampe“, die jetzt Jahre lang nicht gegeben worden ist, wieder in den Spielplan aufgenommen. Die Hauptrollen sind besetzt mit Braunstein, Wildenhain, Bakus, Stoeckel, Wöfel, Walden, Annemarie de Bruyn, Olga Bekow, Melanie Krilger-Michaelis und Emilie Winterberg.

In dem naturmonistischen Paternoster von Fritz Kuzerl vom 8. Dezember muß es im vorletzten Absatz natürlich wie folgt heißen:

„Befreie uns zuletzt im unabwendbaren Uebergang aus dem organischen Sein zur anorganischen Lebensform! Geißte uns in deinem kosmischen Unbewußtsein von allem Leid! — Unsere Leier werden uns darin bestimmen, daß ein „kosmetisches Unbewußtsein“ zu den kühnsten Scherzen gehört, die sich ein Druckfehler mit uns machen kann.“

Wer will unter die Soldaten?

Wenn Lessing auch, wie Mehting es ausgedrückt hat, nur durch das Gland der deutschen Zustände dazu verdammt war, seine bürgerliche Komödie als Soldatenstück zu schreiben, aus dem Milieu des siebenjährigen Krieges heraus, in dem Lessing damals in Breslau mitten drinne lag, so konnte Minna von Barnhelm doch immer nur von den ganz Dummten, zu denen die deutschen Literatorkritiker noch hundert Jahre später gehörten und wahrscheinlich noch an Lessings 200. Geburtstag gehören werden, ein Stück „zur Verherrlichung des Soldatenstandes“ genannt werden. Denn daß ein gutmütiger, aber etwas beschränkter Vetter wie Lessings Wachtmeister dem Prinzen Heraklius nach Persien nachlaufen möchte mitamt seinem Kammerknecht, das konnte man ja doch wirklich nur im Halbschlaf für des Verfassers eigne kriegerische Meinung halten, der doch durch den Mund seiner Hauptperson, ausgerechnet durch den eben mit Friedrichs unwahrscheinlichem Gnadenbeweise rehabilitierten Major erklären läßt, daß die Dienste der Großen der Erniedrigung nicht lohnen, die sie kosten, daß er nur aus einer Grille und gewissermaßen perfunctioweise Soldat geworden sei, daß aber nur die äußerste Not ihn hätte bestimmen können, aus dieser gelegentlichen Beschäftigung ein Handwerk zu machen. Sehr charakteristischweise für das bürgerliche Theater gehört es zu seinen Tabulationen, eine so unbequeme Stelle als unnütze Länge zu unterschlagen.

Im übrigen gehen uns die engeren Zeitbeziehungen in dieser bürgerlichen Komödie heute wenig mehr an, da wir die historischen Tatbestände des prederianischen Militarismus natürlich aus anderen Quellen bequemer aufspüren können als aus dieser, die auf der Bühne ihrer Zeit sich ja doch nicht ungemüht ergehen durfte. Lessings Geniewert, das heute noch vollkommen ist, steht ja in den allerkennlichsten Beziehungen zwischen Minna und Tellheim. Wir haben schon vor Jahren einmal hier ausgeführt, wie nahe es liegt, sich des Engländers Shaw zu erinnern, der anderthalb Jahrhunderte später an schönsten in „Mensch und Uebermensch“ der Frau im Geschlechterkampf die von Natur aggressive Rolle zugesprochen hat, weil sie als Gebärerin und Erzieherin der Kinder den ihr rechten Mann als Mittel zu ihrem edelsten Zwecke braucht, während der Mann sich bei eben diesem Zwecke nur, wenn er sehr tüchtig ist, als Hauptperson zu fühlen wagen darf und deshalb von Natur so vielen anderen Zwecken nachläßt. Eben daher schreibt sich auch der Mangel an Kleintlichkeit und Bedenklichkeit des Weibes, wenn es für sie gilt, die Unstimmigkeiten irgendeiner bestehenden Wirtschafts- oder Gesellschaftsordnung zu überwinden, um zu dem Manne ihrer Wahl durchzudringen.

Nun steht es ja um den Geschlechterkampf in Lessings Lustspiel von Anfang an nicht so bitter ernst, und deshalb durfte er sich und durfte sich erst recht seine ausgezeichnete Minna den harmlosen Scherz machen, den Spieß am Ende umzubrechen und sich zu stellen, als ob sie die Bedenklichere wäre, ja als ob es die konventionelle Zeitmeinung ihr ebenso sehr zum Tadel anrechnen könnte, wenn sie als ein angeblich mittelloses und unbedachtetes Fräulein von dem glücklicheren Tellheim sich heimführen ließe, als es tatsächlich dem Ansehen des Majors unter seinerseits gleich sehr wohl geschadet hätte, wenn er, danktrotz und dazu noch eigenmächtig Schiedungen verächtlich, kleinstig in eine große Erblichkeit hineingeheiratet hätte. Nur weil ein warmes und echtes Gefühl auf beiden Seiten stärker als seine wohlbegründeten Bedenklichkeiten ist, hat Minna in einem tieferen Sinne recht. Des Südes Kern aber für uns heutige ist, daß Lessing, der revolutionäre Bürger, hier zwei andere bürgerliche Revolutionäre gezeichnet hat: Tellheim, den Soldaten wider Willen, der nicht Fürstendiener sein kann, und Minna, die Liebhaberin ohne gesellschaftlichen Gehörg, die, nach dem Vater ihrer ungeborenen Kinder tragend, sturlos auf die Reise geht, das lächerliche verlaufene Fräulein, das sich ihm an den Kopf geworfen.“

Dieses nettsche Fräulein nicht von der Carstens spielen zu lassen, deren Rolle es vor einigen Jahren im Schauspielhaus war, wäre der geringste Fehler, wenn man ihre Kraft sonst in diesem Winter schon würdiger verwendet hätte. Denn diese Rolle, die leichte Kofetterie der abligen Dame des 18. Jahrhunderts, liegt tatsächlich der Otto weit besser, und sie war so entzückend in ihrem Spiel mit dem Mann und in ihrer Dalberei mit der Gefährtin, sie war menschlich so sympathisch in ihrem warmen, niemals anmaßenden Spott, daß man sich gar kein netteres verlaufenes Fräulein vorstellen konnte. Aber auch die übrige Aufführung, von Huth dem etwas zu harmlosen Wirt, verbliesstvoll geleitet, war hübsch gelungen. Am besten Minnas Partnerin, Anita Redlich, als Wittlerin aller Intrigen, oft von wahrhaft längerlicher Grazie.

Die Männer kommen in diesem Stück der weltlichen Aktivität nun einmal schlechter weg. Die unvergängliche Dienertreue gleich in zwei Exemplaren ist doch wohl eine kleine Konzeption an den Zeitgeschmack der Herrschaften. Engst war ein sehr origineller struppiger Fudel, aber Sattlers Bramarbas hat ein gar zu unfrüherliches Mondgesicht. Den Azzo macht Zeise-Görl recht schön schelmig. Für die männliche Hauptperson fehlt es Standina etwas an dem nötigen Ueberfluß von Energie und Laune, der es begreiflich machen könnte, daß außer einem Proaktweil zwei brave Männer ihm stänlich ergeben sind. Gerade weil Tellheim auf der Bühne meist recht über Laune sein muß, ist es notwendig, daß der Schauspieler aus eigenem etwas durchblühten Leiden kann, was hinter der Verbüßterung den lebendigeren Menschen legitimiert, der seiner prederianischen Zeit ein gutes Stück voraus ist und dazu noch seine Minna so fest am Halfterband führt. hgr.